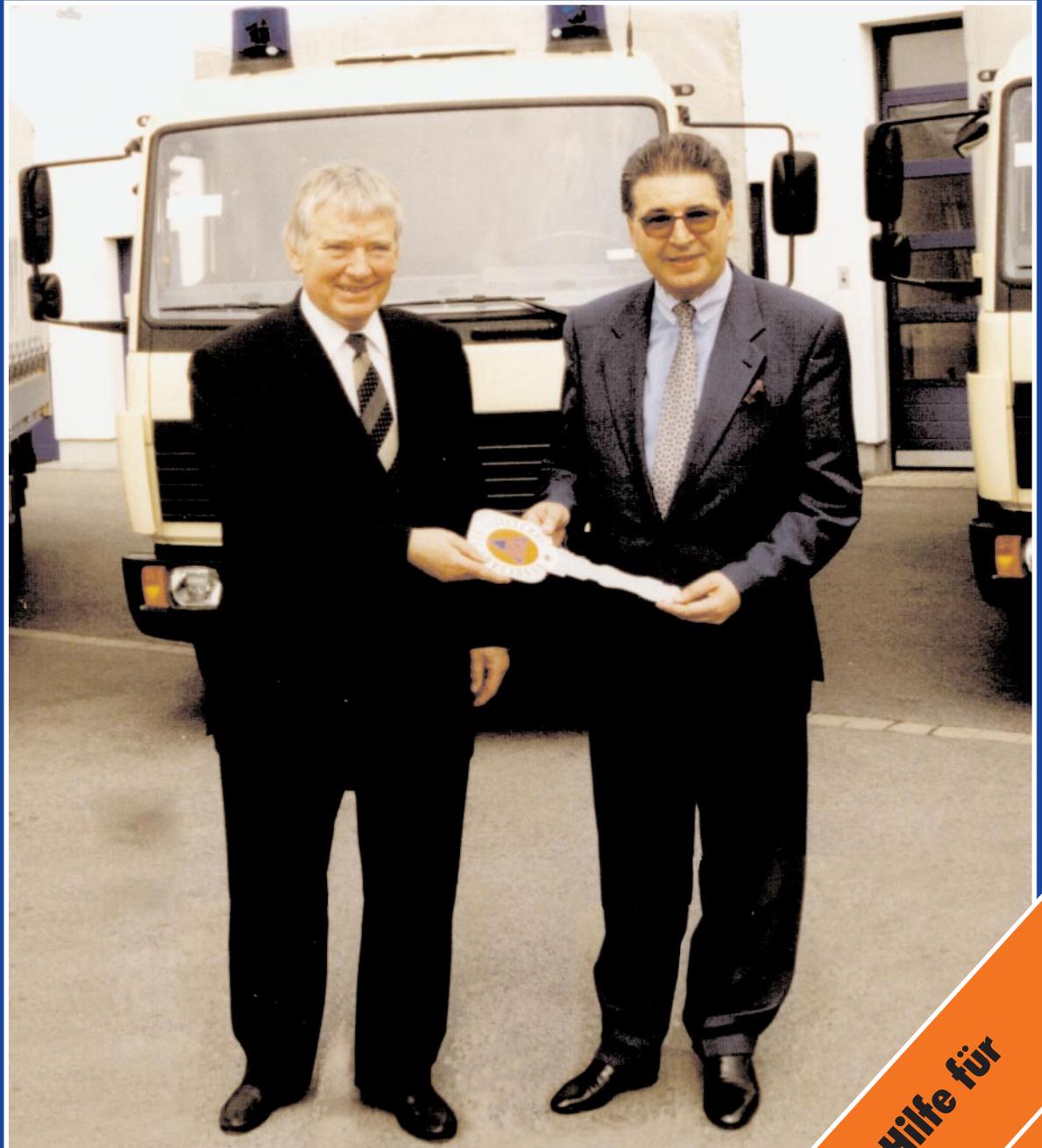


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



2-99

Minister Schily: Hilfe für
Mazedonien
Bevölkerungsschutz
als Tagungsthema



Verehrte Leserinnen, verehrte Leser,

Mitte Mai 1999 stiegen die Pegel am Oberrhein aufgrund der Schneeschmelze und starker Regenfälle in den Alpen auf besonders hohe Stände. Die Höchstmarke der letzten Jahre wurde zum Glück knapp verfehlt.

Am 26. Mai 1999 mußten jedoch sechs bayerische Landkreise nach tagelangen Regenfällen wegen Überschwemmungen zu Katastrophengebieten erklärt werden. Am schlimmsten traf es Weilheim im Schongau.

Der Bodensee stieg um zwei Meter.

Meteorologen sprechen von einem Hochwasser, wie es nur alle 200 Jahre vorkommt. Die Münchner Rückversicherung wird seit Jahren nicht müde, darauf hinzuweisen, daß durch eingetretene Klimaveränderungen auch in Deutschland frühere Jahrhunderthochwasser jetzt nur noch Jahrzehnthochwasser sind. Sie treten also zehnmal häufiger auf als früher. Die Bürger und der Katastrophenschutz stellen sich darauf ein.

Wer aber hilft den Betroffenen, mit den finanziellen Folgen fertig zu werden, wenn es doch zum Schaden kommt?

Bisher wird dieser Aspekt im Westen der Bundesrepublik als schicksalhafte Last betrachtet, die der Betroffene selbst tragen muß. Gibt es besonders viele Betroffene, so stellt die Politik Mittel zur Verfügung, so an Rhein und Mosel 1995 und in Bayern jetzt versprochen.

Die Versicherungen im Westen decken dieses Risiko aber faktisch nicht. In den alten Verträgen der Versicherungen in der früheren DDR, die bekanntlich von der Allianz übernommen wurden, ist es hingegen noch gedeckt.

Soll der Bürger auch im Westen eine gewisse Sicherheit haben und will die Politik vermeiden, ein übers andere Mal in Zugzwang zu kommen, selbst Mittel bereitzustellen, wäre eine Versicherungslösung ein geeignetes Instrument. In Frankreich gibt es sie seit langem, ebenso in der Schweiz. In Holland wurde sie kürzlich eingeführt.

Erlauben Sie am Schluß noch eine Erinnerung in eigener Sache: Wir veröffentlichen auch Ihre Leserbriefe.

*Bis zum nächsten Mal
Ihr Hans-Walter Roth*

Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Politik und Gesellschaft

„Deutschland hilft in erheblichem Maße“
Bundesinnenminister Otto Schily übergibt Fahrzeuge an Mazedonien..... 3

Schutz der Bevölkerung auch auf europäischer Ebene ein Thema
Internationale Tagung mit Vertretern aus zwölf Nationen..... 5

Fakten und Zahlen aus Frankreich
Die Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz..... 9

„Aus jeder Katastrophe lernen wir“
Vorgestellt: Das Notfallmanagement der Vereinigten Staaten 13



Mehrere Beiträge auf den Seiten der Hilfsorganisationen befassen sich mit der Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Kosovo, auf dem Foto ein Einsatz der Johanniter in Mazedonien.

INHALT

2-99



Das Großereignis der Feuerwehr rückt näher, auf den Seiten des Deutschen Feuerwehrverbands (S. 33-35) wird ein Überblick über die Veranstaltungen in Augsburg gegeben.

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund.....	30
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.....	32
Deutscher Feuerwehrverband.....	33
Deutsches Rotes Kreuz	36
Johanniter-Unfall-Hilfe.....	38
Malteser-Hilfsdienst.....	39
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.....	40
Technisches Hilfswerk.....	43

Rubriken

Rundblick.....	44
Termine	48
Zuletzt	49

Technik und Wissenschaft

Schutz vor Gaswolken in Wohngebäuden Forschungsvorhaben weist Schutzwirkung nach	19
Digitalfunk der BOS Betrachtungen zu einem aktuellen Thema	23
Aus der Industrie Aktuelle Produktinformationen	26

Norbert Blüm gewählt

Norbert Blüm ist am 20. April einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Deutschen IDNDR-Komitees gewählt worden. Der ehemalige Bundesarbeitsminister und stellvertretende CDU-Vorstandsvorsitzende tritt damit die Nachfolge von Hans Koschnick an. Koschnick legte sein Amt am 9. Dezember 1998 nieder, nachdem er von der Bundesregierung zum Bosnien-Beauftragten ernannt worden war. Aus zeitlichen Gründen war es ihm nicht möglich, seine Tätigkeit beim IDNDR und einigen anderen Organisationen fortzuführen. In der Übergangszeit übernahm der stellvertretende Vorsitzende, Ministerialdirektor a. D. Winfried Ball, kommissarisch das Amt des Vorsitzenden.

Sabine Kälin ist seit April 1999 für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Komitees zuständig. Sie übernimmt die Aufgaben von Dr. Susanne Reiff die jetzt beim Paralympischen Komitee in Bonn arbeitet.

Unter neuer Führung

Der Rettungsassistent und Berufs- und Wirtschaftspädagoge Dr. phil. Klaus Runggaldier ist als neuer Leiter Rettungsdienst auf Malteser-Bundesebene eingeführt worden.

Bevor Dr. Runggaldier seit Sommer 1997 seine beruflichen Aufgaben beim Malteser Hilfsdienst als Leiter des Schulungszentrums Nellinghof sowie Leiter Rettungsdienst/Fahrdienste für die Region Niedersachsen/Bremen begann, war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einer privaten Forschungs- und Planungsgesellschaft für das Rettungswesen in Bonn tätig.

Seit Jahresbeginn 1999 ist Runggaldier, der über umfassende praktische Erfahrungen im Rettungsdienst verfügt, für den gesamten Produktbereich Rettungsdienst und Krankentransport der Malteser verantwortlich. Hinzu kommen seine Aufgaben als Qualitätsbeauftragter des Malteser Rettungsdienstes auf Bundesebene.

Hohe Ehrung

Generaloberin Sabine Schipplick, Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz und Vorsitzende der DRK-Schwesternschaft Clementinenhaus e. V., Hannover, erhielt aus der Hand von Bundespräsident Dr. Roman Herzog im Schloß Bellevue das Bundesverdienstkreuz.

Sabine Schipplick ist seit Oktober 1996 Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK. Der Verband ist der bundesweite Zusammenschluß von 34 DRK-Schwesternschaften mit circa 20 000 Mitgliedern, die in der professionellen Pflege tätig sind. Neben ihrer zeitintensiven Arbeit als Präsidentin und Vorsitzende engagiert sie sich ehrenamtlich im Deutschen Roten Kreuz.

Neuer Leiter

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft hat einen neuen Leiter der Öffentlichkeitsarbeit. Mit Achim Wiese hat das Präsidium der größten freiwilligen Wasserrettungsorganisation der Welt einen journalistischen Vollprofi gewonnen, denn im Hauptberuf ist der 39jährige Moderator beim Hit-Radio Antenne in Hannover.

Für die DLRG war er über 20 Jahre als Rettungsschwimmer an Deutschlands Küsten, Seen und Flüssen im Einsatz.

Zum Tode von Dr. jur. Werner Schmitt

Am 24. Mai ist der langjährige Präsident der ehemaligen Akademie für zivile Verteidigung (AkzV), Dr. Werner Schmitt, im Alter von 73 Jahren verstorben.

Dr. Schmitt wurde am 6. März 1926 in einer Offiziersfamilie geboren. Er erlebte 19jährig, verwundet und in Gefangenschaft das Ende des zweiten Weltkrieges und auch das Ende seines eigentlichen Berufswunsches, Offizier zu werden. In Göttingen studierte er später Rechtswissenschaften.

Neben Osnabrück und Celle führte ihn die Referendarzeit schon damals nach Bonn, als Mitarbeiter in den seinerzeit noch jungen Bundestag.

1958 trat Dr. Schmitt in den Dienst des Bundesinnenministeriums ein, wo er sich von 1961 bis 1970 ausschließlich mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßte. Die 1964 in der Bundesrepublik eingeführte „Zivile Alarmplanung“, kurz ZAP, ist sein Werk. Von 1970 bis 1983 war Dr. Schmitt zunächst im Bundeskanzleramt und dann wieder im BMI tätig. Von Herbst 1983 bis März 1991 übte er das Amt des Präsidenten der AkzV aus.

Dr. Schmitt hat sich in hohem Maße mit seinen Aufgaben identifiziert. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold.

Seine Kolleginnen und Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Hans-Walter Roth

„Deutschland hilft in erheblichem Maße“

Bundesinnenminister Otto Schily übergibt 30 Zivilschutzfahrzeuge an Mazedonien

Von Rainer Schramm

Seit Beginn des Jahres berichten die Medien über das Flüchtlingselend an den Grenzen zwischen dem Kosovo und Albanien sowie Mazedonien. Das, was uns vor Monaten mit Entsetzen erfaßte, hat sich bis heute zu einer für Europa unvorstellbaren Katastrophe ausgeweitet, deren Ausmaß nur mit den Flüchtlingsströmen und Vertreibungen des zweiten Weltkrieges zu vergleichen ist. Dazu kommt der zunächst vergebliche Versuch, den Aggressoren mit Bomben und Raketen Einhalt zu gebieten.

Bundesinnenminister Schily bei der Übergabe der Fahrzeuge an Botschafter Dr. Kerim.



Flüchtlingsdrama ohne Ende

Längst ist die Zeit vorbei, in der ein normaler Bürger die Dimension der systematischen Vertreibung der albanischen Einwohner des Kosovo in Zahlen begreifen kann. Seit Monaten kommen täglich tausende alte Menschen, Frauen und Kinder in psychisch und physisch schlechtem Zustand über die Grenzen nach Albanien und vor allem nach Mazedonien. Jüngere Männer werden willkürlich durch die serbische Armee oder die serbische Sonderpolizei zurückgehalten, gefoltert und manchmal sogar ermordet.

Laut Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) haben seit Beginn der Vertreibung aus dem Kosovo über 230.000 Flüchtlinge die Grenze nach Mazedonien überschritten. Mit einer beispiellosen Solidarität hat Mazedonien einem

Großteil dieser Flüchtlinge in seinem Land eine Bleibe gewährt.

Zuflucht bieten die eiligst errichteten Auffanglager. Lager unterschiedlichster Qualität. Besonderes Ansehen bei den Flüchtlingen, aber auch bei den verschiedensten Organisationen, haben jene Lager, die

durch das Technische Hilfswerk und die Bundeswehr errichteten wurden. Bei Nepresteno hat die Bundeswehr in vorbildlicher Weise eine Zeltstadt für 4.200 Menschen geschaffen. Wie die „Hamburger Morgenpost“ berichtet, nennen Journalisten das Vorzeigelager anerkennend „Hilton“.



Mit den zehn Fahrzeugen des Betreuungsdienstes erhält Mazedonien eine wirkungsvolle Hilfe bei der Betreuung der Vertriebenen. (Fotos: Hilberath)



Voraussetzung für die Unterbringung von mehreren tausend Flüchtlingen sind sanitäre Einrichtungen, die hier von Soldaten der Bundeswehr und THW-Helfern errichtet werden.



Dicht belagert ist die vom THW erstellte Wasserentnahmestelle.

(Fotos: Eilgen)

Symbolische Schlüsselübergabe

Zur logistischen Versorgung der Vertriebenen und zum Aufbau weiterer Lager hat Bundesinnenminister Otto Schily zehn fabrikneue LKW's im Wert von 1,1 Mio DM Mazedonien zur Verfügung gestellt. Die Fahrzeuge, wie sie vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS) zur ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes beschafft werden, sind beladen mit jeweils fünf

Katastrophenschutzzelten und einem Notstromaggregat. Ausserdem erhielt Mazedonien 20 gebrauchte Krankentransportfahrzeuge vom Typ Ford-Transit.

Eine symbolischen Schlüsselübergabe an den mazedonischen Botschafter Dr. Srgjan Kerim fand im Auslieferungslager des BZS in Bonn statt. Dabei hielt Bundesinnenminister Schily vor geladenen Gästen und Medienvertretern folgende Rede:

„Im Vordergrund unserer humanitären Hilfe für Kosovo-Vertriebene steht die Unterstützung von Albanien und Mazedonien bei der Aufnahme und Unterbringung der Menschen in der Region.

Sowohl in Albanien wie auch in Mazedonien hilft Deutschland bei der Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen in erheblichem Maße.

Das Technische Hilfswerk schafft in der dortigen Region zusammen mit anderen Hilfsorganisationen und der Bundeswehr Unterbringungskapazitäten für zirka 50.000 Vertriebene. Zu dieser umfangreichen humanitären Hilfe gehört auch die Ausstattung mit Fahrzeugen und Material.

So erhält Mazedonien in einer ersten Tranche zehn fabrikneue Betreuungslastkraftwagen, die mit Geräten zur Betreuung, vornehmlich zur Verpflegung von Vertriebenen, ausgestattet sind.

Dieser Beitrag soll sichtbares Zeichen für die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland sein, Mazedonien bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge wirksam zu helfen.“

Botschafter Dr. Kerim bedankte sich für die herausragende Hilfsbereitschaft des deutschen Volkes gegenüber Mazedonien. Es sei für sein Land nicht einfach, derart viele Flüchtlinge ordentlich unterzubringen und zu versorgen, ohne Hilfe von anderen Staaten in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der von Mazedonien aufgenommenen Kosovoflüchtlinge entspräche derzeit 14 % der Bevölkerung seines Landes, sagte Dr. Kerim.

Unmittelbar nach der symbolischen Schlüsselübergabe an Botschafter Dr. Kerim wurden die Fahrzeuge und Geräte auf den Weg nach Mazedonien gebracht.

Schutz der Bevölkerung auch auf europäischer Ebene ein Thema

Internationale Tagung mit Vertretern aus zwölf Nationen

Von Oberregierungsrat Dieter Franke

Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union wurden für das Projekt „From emergency to crisis, a challenge for civil protection“ vom deutschen Bundesministerium des Innern (BMI) unter Beteiligung zahlreicher europäischer Partnerstaaten drei Workshops veranstaltet.

Ihre Durchführung legten die EU, das BMI und das Bayerische Staatsministerium des Innern, das die Länderinteressen in diesem Projekt vertrat, in die Hände der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz (AkNZ).

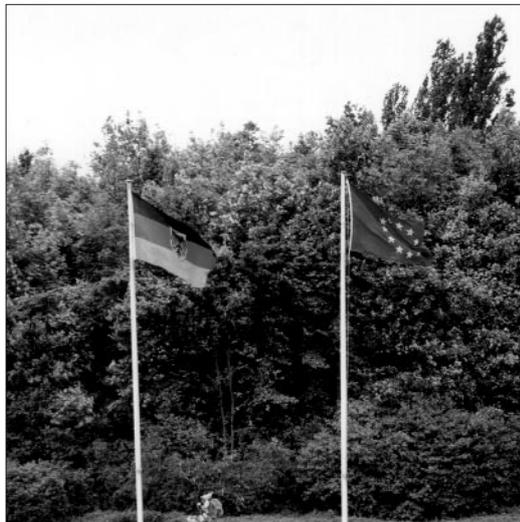
Wie schon bei der ersten Veranstaltung nahm auch im Februar 1999 der Leiter der Generaldirektion XI der EU, Alessandro Barisich, zu dessen Zuständigkeitsbereich das Projekt gehört, an dem Workshop teil.

Zielsetzung

Durch zunehmenden Tourismus und offene Grenzen auf dem Arbeitsmarkt können immer mehr Europäer in die Lage geraten, im Gastland mit einem Notfall oder einer Katastrophe konfrontiert zu werden. Beispiele dafür lassen sich schnell finden. Ob das die Brände im Mont-Blanc-Tunnel oder im Tauern-Tunnel sind oder die Lawinenkatastrophen in den Alpen, der Diskothekenbrand in Schweden oder die Schadstofffreisetzung aus einem Industrieunternehmen, unvermittelt gerät man in eine Situation, die schon in der vertrauten Umgebung problema-

Die Europäische Union zu Gast an der AkNZ in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

(Foto: Franke)



tisch ist. Wieviel mehr gilt dies erst auf fremdem Terrain. Unterschiedliche Warnsysteme und Warnsignale können es dem Fremden unmöglich machen, sich zu seiner eigenen Sicherheit so zu verhalten, wie dies durch das Signal bewirkt werden soll. Damit verhält er sich in der Folge nicht konform zu dem dem (ihm unbekanntem) Vorsorge- oder Notfallplan zugrunde liegenden Organisationsgedanken. Das Rettungs- und Hilfeleistungssystem ist immer ein Zusammenspiel zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfeleistenden. Wenn dieses nicht funktioniert, entstehen unausweichlich Defizite.

Im Rahmen eines Aktionsprogrammes der Europäischen Union wurde daher ein Projekt mit dem Titel „From emergency to crisis, a challenge for civil protection“ aufgelegt. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß der Schutz der Bevölkerung vor

den Auswirkungen von Naturkatastrophen oder technisch bedingten Risiken eine staatliche Aufgabe ist, der immer zunehmendere Bedeutung beigemessen werden muß. Aus derartigen Schadensereignissen können sich möglicherweise sogar krisenhafte Situationen für Staat und Gesellschaft entwickeln. Dies hängt u.a. auch vom jeweiligen Kulturkreis ab.

Das Projekt wurde auf folgende Ziele ausgerichtet:

- Identifikation von Faktoren, die für die Entstehung von Krisen bedeutsam sind,
- Optimierung des Gefahrenabwehrsystems hinsichtlich des Informationsflusses innerhalb der Gefahrenabwehrbehörde / zwischen den Gefahrenabwehrbehörden,
- Optimierung der Verfahren zur Information und Warnung der Bevölkerung,
- Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen staatlichen Institutionen und den

Bürgern in schwierigen Gefahrensituationen,

- Vermeidung von Kommunikationsschwierigkeiten zwischen staatlichen Stellen und der Bevölkerung bei der Gefahrenabwehr.

Über drei Workshops sollte diesen Zielen nähergekommen werden. Die Ausrichtung war der Bundesrepublik Deutschland übertragen worden und lag in der Verantwortung des Vertreters der Bundesländer, Ministerialrat Dr. H.-H. Braese vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, sowie des im Bundesinnenministerium zuständigen Referatsleiters, Ministerialrat B. Zander. Die Organisation übernahm die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz.

„Information and Warning“

Die erste Veranstaltung fand vom 21. bis 24. November 1998 in Bayern unter dem Titel „Information and Warning“ statt. In verschiedenen Referaten wurden die Verfahren und Vorgehensweisen zur Warnung und Information der Bevölkerung bei Unglücksfällen, Notfällen, Großschadensereignissen und Katastrophen in den Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaft vorgestellt und diskutiert.

Die technische Ausgestaltung der Warn- und Informationssysteme bedarf nach Auffassung der Teilnehmer keiner Vereinheitlichung. Sie muß den regionalen Bedürfnissen und den finanziellen Ressourcen angepaßt bleiben. Andererseits sollte aber durchaus ein einzuhaltender Standard vorgegeben werden.

Einigkeit herrschte bei der Forderung, den internationalen Informationsaustausch auszubauen. Damit gemeint ist die frühzeitige gegenseitige Mitteilung über Ereignisse, die sich grenznah oder grenzüberschreitend abspielen. Dies erfordert eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den ereignisabhängig unterschiedlich

zuständigen Behörden und Institutionen. Um hier eine Vernetzung zu vermeiden, werden zentrale Ansprechpartner gefordert, die rund um die Uhr erreichbar sind.

Harmonisierung, ein im zusammenwachsenden Europa häufig gebrauchter und auch in den folgenden Workshops wiederkehrender Begriff, wird für erforderlich gehalten bei den Warnsignalen, den Stichworten und deren Intention. Der europäische Bürger soll unabhängig von seinem Aufenthaltsort mit einem bestimmten Signal einen eindeutig definierten Inhalt verbinden und daran sein Verhalten ausrichten. Warn- und Informationssysteme sollen sozusagen eine einheitliche Sprache sprechen. Damit das erreicht werden kann, wird eine intensive und kontinuierliche Aufklärung der Bevölkerung erforderlich sein. Sozio-kulturelle Unterschiede im Umgang mit Gefahren und Warnungen sind zu erforschen und einzubeziehen.

„From Emergency to Crisis“

Wie schon in Bayern verfolgte der zuständige Vertreter der EU, Alessandro Barisich, interessiert auch den zweiten Workshop, der sich vom 25. bis 28. Februar 1999 an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz (AkNZ) mit dem Thema „From Emergency to Crisis“ befaßte. In bewährter Form wurden in mehreren Referaten die verschiedenen Sichtweisen zu den Begriffen Notfall, Krise und Katastrophe vorgetragen, bevor man in kleineren Gruppen spezielle Fragen aufarbeitete.

Sehr deutlich zeigte sich, daß die Harmonisierung mit einer Definition der Begriffe beginnen muß. So wurde Notfall (Emergency) einerseits als ein räumlich und zeitlich begrenztes Ereignis verstanden, das mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bewältigen ist, andererseits steht Not-

fall als Überbegriff zusammenfassend für alle Ereignisse vom (Routine-)Vorfall über Unfall bis zur Katastrophe. Diese selbst wird so unterschiedlich definiert, wie sich das auch in der Bundesrepublik selber ausdrückt. In den meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt es eine im Gesetz fixierte Begriffsbeschreibung. Üblicherweise bezeichnet die Katastrophe danach ein räumlich und/oder zeitlich ausgedehntes Ereignis, bei dem nur unzureichende Ressourcen zu seiner Bewältigung zur Verfügung stehen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird aber der Grad der persönlichen Betroffenheit häufig als Indikator genommen, um von einer Katastrophe zu sprechen.

Noch gravierender zeigten sich die Unterschiede beim Begriff der Krise (Crisis). So wurde damit der ungewisse Zustand bei einem Notfall bezeichnet, der noch nicht erkennen läßt, ob die Situation sich beherrschen läßt oder ob sie zu einer Katastrophe eskaliert. Als Krise wird auch der Zustand im Umfeld einer Katastrophe bzw. der sich aus einer Katastrophe bis zur Wiederherstellung der normalen Lebensverhältnisse entwickelnde Zustand der Unordnung oder Unsicherheit bezeichnet. Und schließlich gibt es eine Interpretation von Krise, die von Unfällen oder Katastrophen völlig losgelöst Instabilitäten des Staates meint, wie etwa Wirtschafts-, Versorgungs- oder Finanzkrisen.

Diese Unterschiede resultieren nur teilweise aus den sich übersetzungsbedingt ergebenden Unschärfen. Sie haben ihre Gründe auch in unterschiedlichen gesetzlichen Regelwerken und insbesondere auch in der unterschiedlichen Kultur.

Die Arbeitsgruppen wandten sich intensiv der Frage nach Indikatoren für Krisen zu. Hierzu gibt es je nach nationalem Risikoschwerpunkt verschiedene Forschungseinrichtungen. Diese beschäftigen sich mit Erdbeben, Vulkanis-



**Grußworte
an die Teilnehmer
des Workshops:**

**Der Leiter der
Generaldirektion XI
der EU, Alessandro
Barisich, ...**



(Foto: Roth)

**... Ulf Bjurman
von der
EU-Kommission
und ...**



(Foto: Franke)

**... Oberregierungsrat
Karl Waldecker,
zuständiger Referent
im BMI.**



(Foto: Franke)

zu minimieren. Allerdings ist gerade das Wahrnehmen von Signalen auch eine Frage der Sensibilität. Das Gefahrenbewußtsein der Menschen ist abhängig vom Kulturkreis und von der Gesellschaft. Technikgläubigkeit oder Gewöhnung durch täglichen Umgang führen zur Reduzierung der Empfänglichkeit für Störsignale. Hiergegen muß bei politischen Verantwortungsträgern, bei Aufsichtsbehörden, aber auch bei der Bevölkerung mit Aufklärung und Schulung entgegengewirkt werden.

Von der Europäischen Union wird als Beitrag zu Früherkennung von Krisen gefordert, Expertentreffen zu organisieren zur grenzüberschreitenden Stärkung von Offenheit und Verständnis sowie zur Förderung des Erfahrungsaustausches. Oberste Priorität auf der Forderungsliste hat aber die Schaffung eines Wörterbuches, mit dem eine einheitliche Terminologie festgelegt wird.

Als nationale Aufgabe, und damit als Selbstverpflichtung, hielten die Teilnehmer die Aufklärung der Bevölkerung über die Strukturen des Katastrophenschutzes fest sowie die Darstellung von Bedeutung und Möglichkeiten des Selbstschutzes. Katastrophenschutz ist, darin waren sich alle einig, die Aufgabe eines jeden Bürgers als Teil der Gesellschaft.

„Communication problems“

Zum abschließenden Workshop vom 06. bis 09. Mai 1999 konnten Helmut Schuch als Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Hausherr, Ministerialrat Bernd Zander für das Bundesinnenministerium und Ulf Bjurman für die Europäische Kommission Vertreter aus zwölf Staaten an der AkNZ begrüßen. Dieses Mal ging es um Kommunikationsprobleme, wobei der Blick weniger auf die technische Seite gerichtet werden sollte – diese wird Schwerpunkt einer ande-

mus oder Hochwasserschutz. Hierzu wurden verschiedenen Indikatoren definiert und zur Frühwarnung genutzt. Auch für kerntechnische Anlagen verfügt man über ein breites Meßsystem, das Vorhersagen über Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf ermöglicht. In

weiten Bereichen der technischen Risiken allerdings fehlen nach Einschätzung der Experten Indikatoren, die so frühzeitig erkennbar sind, daß Gegenmaßnahmen veranlaßt werden können mit dem Ziel, das Schadensereignis zu verhindern oder seine Auswirkungen

ren Diskussionsrunde sein –, sondern vielmehr die psychologisch-soziologischen Aspekte der Staat-Bürger-Beziehung gemeint waren.

Schon die Referate zeigten die vielfältigen Kanäle der Kommunikation. Sie findet im Einsatz statt zwischen Führern und Geführten, zwischen Einsatzkräften und Medien, zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Behörden und stets zwischen der Administration und der Öffentlichkeit sowie den Medien. Dabei ist Kommunikation eine wechselseitige Beziehung. Jeder Informationssender ist zu einem anderen Zeitpunkt auch Informationsempfänger. Kommunikation spielt sich in einem Umfeld ab. Die jeweilige soziologische, kulturelle und psychologische Situation muß bei Umfang, Inhalt und Zeitpunkt der Kommunikation berücksichtigt werden. Die Referenten zeigten anhand von Beispielen (Vulkanausbruch, großflächiger Stromausfall, Brand in einer Diskothek), welchen Einfluß die verschiedenen Faktoren auf die Kooperation zwischen Behörden und Bevölkerung haben. So können sich aus Schadensereignissen tiefergehende Krisen entwickeln. Der Unfall oder die Katastrophe werden als Versagen des Staates, als Beweis seiner Unglaubwürdigkeit gesehen, Sicherheits- und Schutzbedürfnisse konnten nicht befriedigt werden. Unzufriedenheit und Vertrauensverluste, die in anderen Bereichen der Staat-Bürger-Beziehung begründet liegen, eskalieren an dieser Situation.

Wissenschaftliche Risikoanalysen und Technikfolgeabschätzungen als Grundlagen für Katastrophenschutzpläne müssen in angemessener Sprache in den Dialog mit dem Bürger einfließen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß tradierten Erfahrungen oftmals eine größere Bedeutung beigemessen wird als dem „Elfenbeinturm“ der Wissenschaftler. Aufklärung und Information zur Bildung eines Risikobe-

wußtseins oder einer Risikokultur müssen ein permanenter Prozeß sein und bereits in die schulische Erziehung einfließen. In der Bundesrepublik war die Informationspolitik nach dem Tschernobyl-Unfall ein Beispiel für langfristige negative Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis. Allerdings wurde von den Experten im Workshop auch festgestellt, daß die vielfältigen Informationsmöglichkeiten, die dem Bürger heute offenstehen, es der Administration erschweren, ihre Anliegen in der gewünschten Form „an den Mann zu bringen“. Die Einschränkung der Medienfreiheit wurde aber nicht als Weg aus diesem Dilemma gesehen. Maximal läßt sich eine Selbstbeschränkung in bestimmten Situationen erreichen. Dies wäre aber eine freie Entscheidung der Medien, ein selbstbestimmter Verhaltenskodex. Auch hierfür muß vorher das richtige Klima geschaffen werden.

Nichtsdestoweniger läßt sich eine logische Kette nicht aufheben: Information muß aufrichtig sein – nur mit aufrichtiger Information wird Vertrauen gewonnen – und nur bei Vertrauen in die Führung ist das Befolgen der Vorgaben zu erwarten. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß der Erfolg der Kommunikation in der Krise im Vorfeld zu legen ist. Er ist abhängig von der Kommunikation vor der Krise.

Katastrophenschutz wird oft nur als rational beherrschbares Ereignis gesehen. Betroffenen wie Einsatzkräften gesteht man dabei zu, daß sie in einer „Ausnahme-“ oder „Extrem-situation“ sind. Fehlhandlungen oder -entscheidungen werden damit als unvermeidbar entschuldigt und hingenommen. Von der psychologischen und der soziologischen Seite jedoch wird dieses Verhalten als ein normaler und damit kalkulierbarer Prozeß verstanden, ein Schutzmechanismus aus vorgeschichtlichen Zeiten. Er ist daher im Krisenmanagement und in der

Kommunikationsplanung zu berücksichtigen. *)

Ansätze für eine positive Entwicklung sehen die Experten insbesondere darin, daß sich Verwaltung und Bevölkerung an einen Tisch setzen und über Risiken und Vorkehrungen sprechen. Die Summe der Erfahrungen der Bürger kann für die Verwaltung einen Fundus guter Ideen darstellen, und das Kennen der Sorgen und Befürchtungen erleichtert die Katastrophenschutzplanungen. Ähnliches gilt auch für die Beziehung zwischen der öffentlichen Seite und den Medien. Auf der lokalen Ebene muß begonnen werden, Mißtrauen durch Offenheit zu ersetzen, die Personen, ihre Aufgaben und ihre Arbeitsweisen kennenzulernen und Verständnis für die jeweiligen Aufgaben zu wecken.

„Final Report“ für die „Core-Group“

Die umfangreichen Ergebnisse der drei als erfolgreich zu bezeichnenden Workshops werden derzeit zum „Final Report“ zusammengefaßt und der projektbegleitenden Arbeitsgruppe vorgelegt. Diese „Core-Group“, die mit Vertretern der EU-Kommission sowie aus Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, den Niederlanden, Schweden und der Bundesrepublik Deutschland besetzt ist, wird die aktuelle Literatur sowie weitere Forschungs- und Erfahrungsberichte einbeziehen und daraus bereits in wenigen Monaten der Kommission einen Abschlußbericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen zuleiten. Dazu gehören auch die Projekte, die im Final Report als Forderungen an die EU formuliert wurden.

*) Siehe dazu auch: Ruhrmann, G. und Kohring, M.: Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen, Informationspolitik und Akzeptanz, in: Zivilschutzforschung, Neue Folge, Band 27, herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz 1996

Fakten und Zahlen aus Frankreich

Die Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz

Die allgemeine Gefahrenabwehr wie auch der Schutz von Personen und Gütern auf gesamtstaatlicher Ebene erfordern Untersuchungen und führen dazu, daß Pläne erarbeitet, eine Organisation vorbereitet, Maßnahmen ergriffen sowie erhebliche Finanzmittel und Spezialgeräte bereitgestellt werden müssen. Zahlreiche Verwaltungen und Dienststellungen sind am Zivilschutz beteiligt.

Die Organisation des Zivilschutzes beruht gleichermaßen auf dem Handeln der gesamtstaatlichen Einrichtungen wie auf der Leistungsfähigkeit der über das ganze Land verteilten Notfalldienste mit Unterstützung durch die dezentralen Gebietskörperschaften. Es gibt ein ganzes Bündel von Notfallfunktionen, um den folgenden Anforderungen Rechnung zu tragen:

- Schutz der Bevölkerung (angefangen beim ganz alltägli-

chen Unfall bis hin zur Katastrophe großen Ausmaßes);

- Schutz der Umwelt (vom Waldbrand bis zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung jeglicher Art);

- Schutz materieller Güter (vom vorbeugenden Brandschutz bis zur Eingrenzung der Auswirkungen von Überschwemmungen).

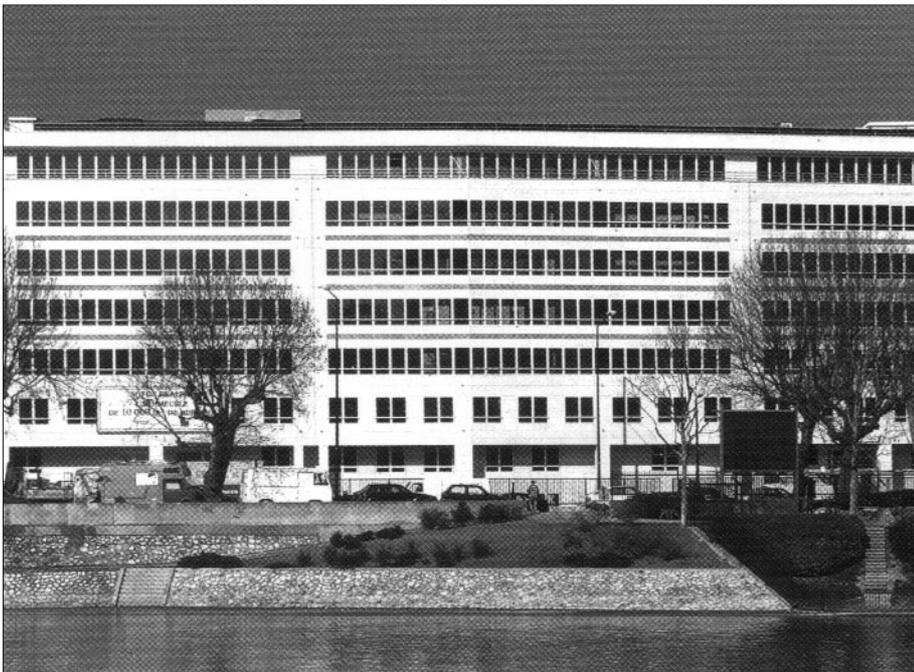
Die Aufgabenteilung, die der Organisation des Zivilschutzes zugrundeliegt, ist relativ kompliziert, da die Einrichtungen unterschiedlichen Ministerien unterstellt sind (Innen-, Verteidigungs-, Gesundheitsministerium usw.). Sieht man einmal von außergewöhnlichen Ereignissen ab, sind jedoch die Präfekten gemeinsam mit den Bürgermeistern verantwortlich für die Unfallverhütung und die Leitung der Rettungsmaßnahmen für die Opfer. Doch sobald der Einsatz die Kapazitäten der Kommune überschreitet, werden die Überwachung, die

Einleitung und die Koordination der Rettungsmaßnahmen von einem Ministerium, dem Innenministerium, übernommen.

Zusätzlich zum Zivilschutz ist das Innenministerium auch für die Aufgaben der Zivilen Verteidigung zuständig, und zwar gemäß den Bestimmungen des Artikels 17 der überarbeiteten Verordnung vom 07. Januar 1959, und hat gemäß den Richtlinien des Premierministers diesbezüglich die Aufgabe, „in Fragen des Zivilschutzes die Präventions- und Rettungsmaßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz der Bevölkerung im Einzelfall erforderlich sind“ (überarbeiteter Erlaß Nr. 65 - 28 vom 13. Januar 1965). Der Innenminister arbeitet in diesem Zusammenhang eng mit den Militärbehörden zusammen.

Der Leiter der Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz übt gleichzeitig auch

Die Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz (DDSC) befindet sich in Asnières-sur-Seine, einem Stadtteil von Paris.



die Funktionen des Beauftragten für Verteidigungsangelegenheiten aus. Als solcher leitet und koordiniert er die Dienste, die zuständig sind für:

- die Vorbereitung und Durchführung von Schutzmaßnahmen;
- die Vorbeugung gegen zivile Gefahren aller Art und die Planung von Maßnahmen der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes;
- Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Sicherheit von Personen und Gütern im Frieden wie auch in Krisenzeiten;
- die Einsatzmittel des Zivilschutzes;
- die Unterstützung der örtlichen Rettungs- und Brandbekämpfungsdienste sowie die Erarbeitung der Vorschriften für die Feuerwehreinheiten;
- die Förderung der Ausbildung in Fragen des Zivilschutzes und der Ausbildung der Feuerwehroffiziere.

Die Organisation und die Aufgabenbereiche der Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz (DDSC) sind festgelegt durch zwei Erlasse vom 06. November 1997, die an die Stelle der Erlasse vom 11. Juli 1991 getreten sind. Die Organisation umfaßt:

- die Abteilung für Prävention und Schutz der Bevölkerung,
- die Abteilung für Verwaltung und Modernisierung,
- die Abteilung für die Rettungsdienste und die Feuerwehr,
- die Abteilung für Organisation der Rettungsdienste und der Zivilen Verteidigung,
- die Delegation für Verteidigung und Kontinuität des nationalen Lebens.

Das Kommando der militärischen Einheiten des Zivilschutzes (COMFORMISC) ist der Abteilung für Organisation der Rettungsdienste und der Zivilen Verteidigung unterstellt.

Ein Operationszentrum Führungsunterstützung (COAD) hat die Aufgabe, alle Informationen über ein schwerwiegendes Ereignis zusammenzutragen, das der Bevölkerung, den materiellen Gütern oder der Umwelt Schaden zufügen könnte. Als Organ der ständigen Überwachung und zur Unterstützung der Regierungsentscheidungen unterrichtet diese Operationszentrale das Büro des Innenministers über alle Situationen, die Notfallmaßnahmen rechtfertigen. Sie ist gleichermaßen zuständig für die Bearbeitung aller Ersuchen der Präfekturbehörden um technische Beratung und muß ihnen erforderlichenfalls alle benötigten zusätzlichen Kräfte und Mittel zur Verfügung stellen. Außerdem fördert und koordiniert sie den Einsatz der bereitgestellten Kräfte und Mittel auf nationaler oder internationaler Ebene. Die dezentralen Dienststellen des Amts für Zivile Verteidigung und Zivilschutz:

- 18 Minenräumzentren;
- ein Luftstützpunkt in Marignane (13);
- 20 Hubschrauberstützpunkte und ein Führungs- und Logistikzentrum in Nîmes (30);
- vier Zivilschutzlehr- und -einheitseinheiten (UIISC) an den Standorten Nogent-le-Rotrou (28), Brignoles (83), Corte (2B) und Rochefort (17);
- vier Einsatzunterstützung- und Logistikeinrichtungen (SOL) in Méry-sur-Oise (95), Jarnac (16), Mort-Mare (57) und La Valentine (13);
- fünf Wehrbereichsführungsstäbe mit jeweils einem Internationalen Koordinierungszentrum (CIRCOSC) an den Standorten Bordeaux, Lyon, Metz, Rennes und Valabre (Roches-du Rhône);
- ein Nationales Institut für Zivilschutzstudien (INESC), seit September 1994 eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, zu der auch die Nationale Hochschule für Feuerwehroffiziere (ENSOSP) gehört.

Das Amt verfügt über nationale Mittel für den Einsatz und für die Koordination der Rettungsmaßnahmen.

Luft- und bodengestützte Mittel

- eine Luftflotte: 25 Feuerlöschflugzeuge für die Bekämpfung von Waldbränden (12 Canadair CL 415, 11 Grumman S 2F, 2 Fokker F27), mit einer Gesamtladefähigkeit von 140 t Löschmittel sowie zwei Führungs- und Beobachtungsflugzeuge (Beechcraft King Air 200);
- Hubschrauber: 25 Alouette III, 3 Dauphin Typ C, 5 Écureuil 350 B;
- 975 Landfahrzeuge.

Personal

- Zivilpersonal der DDSC (1997): 950;
- Militärpersonal (im Haushalt der DDSC): 1.900 (davon 1.364 Wehrdienstleistende).

Finanzmittel

- Gesamthaushalt 1998: 1,1 Milliarden FF
- Betriebshaushalt (1998): 0,2 Milliarden FF.

Die DDSC beschäftigt nahezu 3.000 zivile bzw. militärische Mitarbeiter.

Tätigkeit des Zivilschutzes

Der Zivilschutz in Frankreich ist eine Aufgabe, an der sich der Staat und die Gebietskörperschaften gemeinsam beteiligen.

Auf der gesamtstaatlichen Ebene: Das Amt für Zivile Verteidigung und Zivilschutz

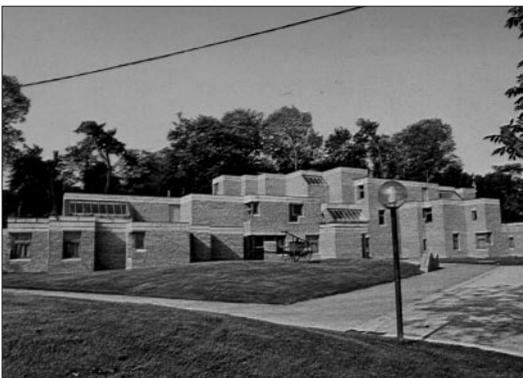
Im Gesetz vom 22. Juli 1987 ist festgelegt, daß „der Zivilschutz das Ziel hat, Gefahren jeglicher Art vorzubeugen sowie Personen, Güter und Umwelt gegen Unfälle, Schäden und Katastrophen zu schützen“.



Das imposante Schloß ist der Mittelpunkt der 1979 gegründeten Nationalen Hochschule für Feuerwehroffiziere in Nainville-les-Roches (jetzt INESC).



Die Lehrsäle der Schule sind im Schloßpark zu finden.



Moderne Herberge: Die Lehrgangsteilnehmer sind in futuristisch anmutenden Gebäuden untergebracht.

Der mit dem Zivilschutz betraute Innenminister erarbeitet die Schutzmaßnahmen und koordiniert die Rettungskräfte und -mittel des Staates, der Gebietskörperschaften und der sonstigen öffentlichen Einrichtungen im gesamten Staatsgebiet.

Die Direktion für Zivile Verteidigung und Zivilschutz (DDSC) ist das Verwaltungsorgan des Staates, welches es dem Innenminister ermöglicht, die interministerielle Verantwortung für die Organisation und Koordination der Rettungsmaßnahmen auf nationaler Ebene wahrzunehmen.

Die DDSC verfügt über nationale Einsatzkräfte, insbesondere vier Militäreinheiten (UIISC) zur Verstärkung der Feuerwehr, und zwar speziell bei der Bekämpfung von Waldbränden, technologischen Unfällen, Naturkatastrophen oder auch bei Katastropheneinsätzen im Ausland.

Eine Instanz der mittleren Ebene: der Wehrbereichsführungsstab des Zivilschutzes

Die Wehrbereichsführungsstäbe des Zivilschutzes (EMZSC) sind den Wehrbereichs-

präfekten unterstellt und haben den Auftrag, alle Risiken im jeweiligen Wehrbereich zu analysieren und ein Ausbildungsleitschema für Feuerwehrleute sowie einen allgemeinen Organisationsplan der Rettungsmaßnahmen (ORSEC) für den Wehrbereich zu erarbeiten.

Die Interregionalen Koordinierungszentren (CIRCOSC) sind dem Chef des EMZSC unterstellt und koordinieren die Rettungseinsätze, die mehrere Departements betreffen oder Verstärkung seitens der nationalen Ebene notwendig machen.

Am Puls der Bevölkerung: die Arbeit der Präfekten, Bürgermeister, Feuerwehrleute

Auf lokaler Ebene sind die Behörden, die mit der Vermeidung von Risiken und mit der Organisation der Rettungsmaßnahmen betraut sind: der Bürgermeister im Rahmen seiner polizeilichen Befugnisse sowie der Präfekt des jeweiligen Departements.

Der Präfekt erstellt den Plan ORSEC sowie die sonstigen Notfallpläne und löst sie im Fall eines schwerwiegenden Unglücks aus. Er ist außerdem verantwortlich für die Erarbeitung der Pläne zur Bewältigung vorhersehbarer natürlicher Gefahren (Überschwemmungen usw.).

Bei allen schweren Unglücksfällen, die die Einsatzkräfte und -mittel einer einzelnen Kommune überfordern, ist der Präfekt per Gesetz mit der Leitung der Rettungsmaßnahmen beauftragt, während die Ausführung Sache der Feuerwehreinheiten ist. Außerdem kann er die erforderlichen privaten Rettungskräfte und -mittel anfordern. Ihm steht dazu der Interministerielle Dienst für Zivile Verteidigung und Zivilschutz (SIDPC) zur Verfügung.

Die Bürgermeister, die für die Sicherheit der Bürger auf dem Gebiet ihrer Kommune zuständig sind, stützen sich im wesentlichen auf die Feuerwehren. Mehr als 80 % der Feuerwehrleute sind Freiwillige, die in der überwiegenden Mehrheit ihren Beruf und die freiwillige Dienstleistung ausüben. Feuerwehren gibt es auf kommunaler, kommunenübergreifender oder Departementsebene (nahezu 11.000 Einsatzeinheiten), und sie unterstehen im jeweiligen Departement dem dortigen Brand- und Rettungsdienst (SDIS), einer öffentlichen Einrichtung auf Departementsebene, deren Verwaltungsratsvorsitzender ein gewählter Volksvertreter ist. Der Leiter des Brand- und Rettungsdienstes des Departements ist dem Präfekten und den jeweils betroffenen Bürgermeistern unterstellt und hat die Aufgabe, die Einsätze der Kräfte und Mittel des SDIS und der Feuerwehr des Departements zu führen.

In ganz Frankreich kommt es täglich zu mehr als 8.000 Einsätzen der Feuerwehren. Die Freiwilligen Feuerwehren und die militärischen Berufsfeuerwehren im Großraum Paris und in Marseille stehen an vorderster Stelle derjenigen, die Tag für Tag den Schutz der Bevölkerung bei Unfällen und Unglücken der verschiedensten Art gewährleisten.

Der Zivilschutz: eine interministerielle Angelegenheit

Das Innenministerium verfügt über den größten Teil der nationalen Rettungsmittel. Andere Ministerien leisten ggf. Unterstützung, die der Innenminister im Rahmen seiner Zuständigkeiten in Sachen Zivilschutz anfordert bzw. beauftragt.

Das Verteidigungsministerium beteiligt sich insbesondere im Rahmen der Bekämpfung von Waldbränden (1.300 Mann und drei Hubschrauber des Typs Puma im Jahr 1997).

Das Ministerium für Raumordnung und Umwelt koordiniert die Politik der Regierung im Hinblick auf größere Natur- und Technikgefahren. Außerdem sind ihm auch die „einschlägigen Einrichtungen zum Schutz der Umwelt“ unterstellt.

Der Staatssekretär beim Minister für Industrie wird unmittelbar tätig im Rahmen der Abwehr technologiebedingter Gefahren: Risiken der Kernkraft, Gefahren in Zusammenhang mit der Erdölindustrie usw.

Der Staatssekretär für den Haushalt beim Finanzminister koordiniert die Verhütung von häuslichen Unfällen und die Produktsicherheit für Endverbraucher.

Der Staatssekretär für Gesundheit stellt die Aufsicht über die Notarztdienste (SAMU) und die Notfall- und Reanimationsdienste (SMUR) sicher.

Das Ministerium für Infrastruktur, Verkehr und Wohnungsbau erarbeitet die Brandschutzvorschriften für Wohngebäude.

Das Ministerium für Beschäftigung und Solidarität ist unmittelbar befaßt mit der Unfallverhütung und der Verhütung von schweren Unglücken in Unternehmen und Arbeitsstätten.

Das Ministerium für Landwirtschaft ist zuständig für die Verhinderung von Waldbränden und die Sicherstellung des Schutzes der Waldgebiete (Auslichten, Einrichten von Brandschneisen, Aufstellung von speziellen Waldbrandbekämpfungseinheiten usw.).

Das Nationale Institut für Zivilschutzstudien (INESC)

Nach seiner Gründung im Jahr 1954 wurde das Institut im Jahr 1994 eine Anstalt

des öffentlichen Rechts. Das INESC hat drei Hauptaufgabenbereiche:

- Beteiligung an der Entwicklung von Studien, Untersuchungen und Zukunftsforschungen auf den Gebieten des Zivilschutzes.

- Sicherstellung der Aus- und Fortbildung der Berufsfeuerwehroffiziere sowie der Ausbildung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr.

- Organisation der Lehre und Sicherstellung der Verteilung von Informationen über die Gefahren und Katastrophen jeglicher Art. In diesem Zusammenhang leistet das Institut einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung der Staatsbediensteten und zur Abwehr und Bewältigung von Gefahren und Katastrophen.

Ausbildungsmaßnahmen

Seit 1954 sind mehr als 100.000 Personen am INESC ausgebildet worden: Bedienstete der Präfekturen, Feuerwehroffiziere, Ärzte, Apotheker, Veterinäre, Offiziere der Streitkräfte, Beamte der Nationalpolizei usw.

Mittel des INESC

Das INESC verfügt über zwei Einrichtungen:

- Nainville-les-Roches, im Departement Essonne, wo sich die 1979 gegründete Nationale Hochschule für Feuerwehroffiziere befindet;

- Paris, rue Chaptal, wo die Feuerwehrleute für die Aufgaben im Brandschutz ausgebildet werden.

Personalausstattung: 115 Bedienstete in Nainville und 20 Bedienstete in Paris, rue Chaptal.

„Aus jeder Katastrophe lernen wir“

Vorgestellt: Das Notfallmanagement der Vereinigten Staaten

Anlässlich des Workshops der Europäischen Union an der Akademie für Notfallvorsorge und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz am 27. Februar 1999 hielt Mister Elisa, Mitarbeiter der US-amerikanischen Federal Emergency Management Agency (FEMA) folgenden Gast-Vortrag:

Ich freue mich, heute mit Ihnen über Zivil-, Katastrophenschutzaufgaben und Notfall-einsätze sprechen und neue Erkenntnisse austauschen zu können. Wie Sie wissen, ist dies ein sich änderndes und ausbreitendes Feld. Gerade in den letzten Jahren hat sich in der Weltgemeinschaft diesbezüglich eine völlig verschiedenartige Perspektive ergeben.

Wir leben heutzutage in einer komplexeren Welt als noch wenige Jahre zuvor. Unsere hauptstädtischen Gebiete expandieren mit Geschwindigkeit, Bevölkerungswachstum hält an, Telekommunikation ist Hauptbestandteil unseres Lebens geworden, Maschinen und Funktionen haben im täglichen Leben an Bedeutung gewonnen, was vor 20 Jahren unvorstellbar war.

Politische Entwicklung, Verstädterung, Industrialisierung, wirtschaftliche und soziale Veränderung, neu gewonnene Freiheiten und Gelegenheiten, die zur Erweiterung des Horizontes und des Wohlstandes führen - all dies führt zu einem größeren Bedarf an lokalen und nationalen Ressourcen auf allen möglichen Gebieten. Der größte Bedarf jedoch besteht auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und der Notfalleinsätze. Die Veränderungen, die neue Städte, Gemeinden, Industrien, Eisenbahn und

Landstraßen mit sich bringen, führen zu einem damit einhergehenden gesteigerten Verantwortungsbewußtsein.

Innerhalb nationaler Grenzen sind wir mehr denn je miteinander verbunden. Der Fortschritt im Kommunikationsbereich der letzten Jahre hat einen so schnellen Informationsaustausch mit sich gebracht, daß es oft schwierig ist, Schritt zu halten. Transportwesen, Stromversorgung, Öl-Pipelines, Nahrungsversorgung - all diese Systeme sind enger miteinander verbunden als zuvor.

Und dies betrifft nicht nur Europa mit der Europäischen Union - es betrifft internationale Grenzgebiete in der ganzen Welt. Diese Fortschritte und Verbesserungen, die unser Leben so viel leichter gemacht haben, haben allerdings die Verletzbarkeit, Anfälligkeit gegenüber Naturkatastrophen, technologischen oder von Menschen erzeugten Katastrophen deutlich erhöht.

Da die neuen und sich entwickelnden Nationen in Europa ihren Platz in der Weltgemeinschaft haben, bringen sie auch neue Herausforderungen für ganz Europa hinsichtlich der Handhabung von Hilfsmaßnahmen mit sich.

Viele der neuen Nationen sind nicht vertraut mit den Konzepten und Praktiken der Demokratie und der demokratischen Staatskontrolle. Sie möchten aber die besten Wege kennenlernen, um ihre Bürger vor allen möglichen Gefahren schützen zu können.

Unabhängig vom nationalen Ursprung, unabhängig vom Regierungsstil, unsere

Bürger haben eins gemeinsam: Sie alle wünschen von ihren Regierungen Schutz vor Schaden und Leid und Hilfeleistung nach Katastrophen. Fundamentales Prinzip des Staates ist, für das Gemeinwohl zu sorgen. Im Falle einer Katastrophe geht es darüber hinaus.

Hauptanliegen ist, eine Gemeinde so dicht wie möglich an ihren ursprünglichen Zustand wieder heranzuführen, sie wieder aufzubauen (Wiederherstellung der ursprünglichen Verhältnisse).

Interessanterweise wenden sich die Bürger zunächst an die lokalen Regierungen, dann an die regionalen und schließlich an die nationalen Regierungen - je nach Größe und Schwere der Katastrophe. Dies konnten wir weltweit in Berichten lesen - und so sollte es ja auch sein. Wenn es Aufgabe des Staates ist, für das Gemeinwohl zu sorgen, so ist er besonders in Notzeiten gefordert. Mehr denn je erwartet die Bevölkerung, daß der Staat Vorsorge trifft, Hilfe leistet und ihren Bedürfnissen nachkommt. Heute, mehr als zuvor, werden Notlagen durch unvorhersehbare als durch geplante Umstände bestimmt. Die Frage, die uns alle beim Eintritt in das neue Jahrtausend betrifft, lautet: Sind wir vorbereitet, wenn Notfälle oder Katastrophen eintreten?

Es ist eine allgemeine Frage. Die Antwort hierauf hat in den letzten Jahren die Zukunft von Politikern, öffentlichen Vertretern und Beamten bestimmt, die nicht bereit (vorbereitet?) waren, auf umfassende und gründliche Art und Weise auf den Katastrophenfall zu reagieren. Dies ist nicht

nur ein europäisches oder amerikanisches Problem. Es ist ein Problem, mit dem alle Regierungen der Welt konfrontiert werden.

Ich möchte heute mit Ihnen über Katastrophenschutz (Vorbeugung, Ausführung, Wiederherstellung) in den USA sprechen.

Die Vereinigten Staaten hatten vor 1950 keine förmlichen Programme für den Zivilschutz oder die Katastrophenhilfe. Nach dem 2. Weltkrieg jedoch verabschiedete der Kongreß das Bundeszivilschutzgesetz von 1950 und das Katastrophenhilfegesetz.

Diese Programme waren, rückblickend gesehen, relativ kleine; sie legten jedoch den Grundstein für das gegenwärtige, noch geltende umfassende Notfallmanagement-Programm.

Das Zivilschutzprogramm bildete die nationalumfassende Infrastruktur von mehr als 7.000 ständigen Notfall- oder Hilfsorganisationen auf örtlicher Ebene in jedem Staat und Territorium. Die Bundesregierung stellte 50 % der Geldmittel für die Gehälter und Ausgaben der staatlichen und kommunalen Notfallmanager zur Ausführung von Bundesausgaben für die nationale Sicherheit zur Verfügung.

Der Grund, daß nicht 100 % der Geldmittel von der Bundesregierung getragen wurden, liegt darin, daß schnell offenkundig wurde, daß die Notfallmanager, die ihre Gemeinden für nationale Sicherheitsbelange vorbereiten sollten, ebenso damit beschäftigt waren, ihre Gemeinden auf natürliche und technologische Katastrophen vorzubereiten.

Gleichzeitig zahlte die Bundesregierung 100 % der Geldmittel für die Errichtung von Notfalleinsatzzentren und stellte Kommunikationsmittel zur Verfügung. Dieses Pro-

gramm ist nicht mehr in Kraft, jedoch gäbe es ohne Programm keine Infrastruktur von Überlebenseinrichtungen und einsatzfähigen Kommunikationssystemen.

1979 konsolidierte Präsident Carter alle Bundesnotfallmanagement-Programme in der Federal Emergency Management Agency (FEMA - Bundesnotfallmanagementamt). Für mehr als 20 Jahre war FEMA der einzige Kontaktpunkt für die meisten Nationen zu Notfallhilfe-Themen. Aber das Notfallmanagement-Programm, das FEMA heute betreut, ist ein sehr viel komplexeres und weitverbreitetes Programm, als es sich die Entwerfer der ursprünglichen Katastrophenhilfe- und Zivilverteidigungs-Programme vorstellen konnten.

Heute betreut FEMA, in Partnerschaft mit Staat und Kommunen, umfassende Programme hinsichtlich Schadensminderung, Vorbeugung, Ausführung und Wiederherstellung (Schadenshilfsprogramm). Ein noch wichtigerer Schritt: FEMA hat während der letzten Dekade die koordinierte Bundeskatastrophenhilfe in einem Bundeskatastrophenhilfe-Plan vereinigt.

Dies war ein großer Schritt auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe der Vereinigten Staaten. Zum ersten Male hat eine einzige Behörde die Aktivitäten und Verantwortlichkeiten aller Federal Departments und Katastrophenschutzbehörden koordiniert, um sicherstellen zu können, daß Staat und Gemeindeverwaltungen eine sehr zweckdienliche und brauchbare Unterstützung erhalten konnten.

Hier ein schneller Überblick über den Verlauf:

- Wie ich vorher erwähnte, ist Notfallmanagement in erster Linie eine staatliche und örtliche Aufgabe. In unserem System hat die Kommunal-

verwaltung die primäre Aufgabe, ein effektives Katastrophenschutz-Programm hinsichtlich der Schadensminderung, Vorbeugung/Vorbereitung, Hilfeleistung und Wiederherstellung/Aufbau zu entwickeln.

- Die Staaten haben ähnliche Systeme und Arbeiten eng mit ihren örtlichen Einheiten auf täglicher Basis hinsichtlich Planung, Ausbildung, Übung und Verbesserungsaktionen zusammenzuführen, um sicherzustellen, daß alles bei Eintritt der Katastrophe vorbereitet ist. FEMA unterstützt diese Aktivitäten und stellt Richtlinien für den Bedarf des Staates oder der einzelnen Gemeinde zur Verfügung.

- Staat und Gemeindeverwaltungen managen jährlich hunderte von Notfällen, ohne zusätzliche Bundeskatastrophenhilfe anzufordern. Die Notfälle rangieren von Unfällen mit gefährlichem Material, über Hurrikane, Überflutung, Tornados und anderen Schadensereignissen. Wenn jedoch die gemeinsamen Fähigkeiten von Staat und Gemeindeverwaltungen überfordert sind, kann der Gouverneur des Staates den Präsidenten der Vereinigten Staaten bitten, den Notfall als Großkatastrophe zu erklären.

Die Vereinigten Staaten haben zwei Hauptabwehrprogramme gegen Katastrophen.

- Das erste ist ein umfassendes Programm hinsichtlich der Schadensminderung der Bevölkerung und des Eigentums. FEMA-Direktor James L. Witt hat ein Programm eingeführt, das wir „Einschlags-Projekt“ (Project Impact) nennen - ein Partnerschaftsprogramm zwischen Bund, Staat, Gemeinde, freiwilligen Helfern, Geschäfts- und Industrie-Teilnehmern, die die Gefahren identifizieren und effektive Minderungsverfahren zur Reduzierung der Auswirkungen anwenden.

• Das zweite ist ein umfassendes Vorbereitungsprogramm, das sicherstellt, daß die notwendigen Pläne, Verfahrensweisen, Kommunikationen und Einrichtungen bei Eintritt einer Katastrophe einsatzbereit sind, um Menschenleben und Eigentum zu schützen. FEMA hat sowohl für Bund, Staaten, lokalen Amtsinhabern (Beamten) als auch für die Öffentlichkeit wirksame Ausbildungsprogramme, die sicherstellen, daß die Menschen im Falle einer Katastrophe wissen, was zu tun ist. Öffentliche Bewußtseinsmachung war eines unserer besten Mittel, potentielle Notfälle zu minimieren.

Diese beiden Programme umfassen den Gesetzeserlaß, Verstärkung der öffentlichen Sicherheit, Vorsorge- und Verhinderungsmaßnahmen und Gesetze, Vorschriften zur Errichtung von Häusern, Geschäften und anderen Unternehmen; dies alles hat entscheidend zur Reduzierung von möglichen Notfällen und ihren Auswirkungen beigetragen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mit Ihnen über das U.S.-Bundeskatastrophenhilfsprogramm diskutieren.

Katastrophenhilfe in den USA ist eigentlich eine wechselseitige Partnerschaft zwischen Bund, Staat und den Kommunalverwaltungen. Wie ich vorher erwähnte, ist Katastrophenhilfe die primäre Aufgabe von Staat und Kommunen.

Wir heben unsere Hilfsprogramme auf Kommunalebene besonders hervor, weil - ganz offen gesagt - die Kommunalbeamten und Notfallmanager aus erster Hand wissen, was für ihre Gemeinden das Beste ist. Sie kennen die besonderen Gefahren, mit denen sie konfrontiert werden, die Arten von Vorbeugungs- und Minderungsprogrammen, die für sie am wirksamsten sind und sie



FEMA-Mitarbeiter
Elisa informiert
über das
Notfallmanagement
der Vereinigten
Staaten.

(Foto: Roth)

können die geeigneten Partnerschaften mit der Feuerwehr, Polizei, öffentlichen Einrichtungen und anderen Organisationen, die im Katastropheneinsatz eine Rolle spielen, entwickeln.

Daher sind in den USA unser Staat und die Kommunen die ersten Notfallhelfer und arbeiten in enger Zusammenarbeit mit privaten und freiwilligen Organisationen zusammen.

Wenn eine Katastrophe eintritt und sich diese Ressourcen als unzureichend erweisen, wird FEMA von Katastrophenschutzbeamten gebeten, in den betroffenen Gebieten vorbereitende gemeinsame Maßnahmen zur vorläufigen Schadenseinschätzung vorzunehmen. Je nach Ergebnis kann der Gouverneur des Staates den US-Präsidenten zur Erklärung einer Großkatastrophe bitten.

Frühe Einschätzungen sind schnell entwickelt und sind ein Faktor, darüber zu befinden, ob die Hilfsaktion über die Fähigkeiten von Staat und Gemeinde hinausgeht.

Die Anfrage zur Katastrophen-Erklärung basiert auf der Schlußfolgerung, daß die Situation so ernst ist und der Umfang des Schadensereignisses „außerhalb der Fähigkeiten

von Staat und örtlichen Regierungen“ liegt, so daß Bundeshilfe erforderlich ist. Diese Entscheidung wird von dem Gouverneur des betroffenen Staates getroffen, basierend auf Informationen bezüglich der Einschätzung/Bewertung des betroffenen Gebietes.

Die Anfrage zur Katastrophen-Erklärung muß u.a. folgende Informationen enthalten:

- Höhe/Umfang und Schwere der Schäden,
- Erreichbarkeit von staatlichen und kommunalen Ressourcen,
- irgendwelche ungewöhnlichen Bedürfnisse, die Bundeshilfe erfordern,
- Bestätigung, daß der Gouverneur den Notfalleinsatzplan aktiviert hat, und
- eine Bescheinigung des Gouverneurs, daß der Staat mit allen kostenteilenden Anforderungen entsprechend der Bundesvorschriften einverstanden ist.

FEMA beurteilt die Anfrage des Gouverneurs und ebenso die vorläufige Schadeneinschätzungs-Information und legt sie dem Präsidenten zur endgültigen Entscheidung vor. Gouverneur und zuständige

Kongreßbüros werden sofort über die Entscheidungserklärung unterrichtet

Es bestehen keine Regeln bei FEMA, die eine spezifische Kostenschwelle oder eine Mindestzahl von betroffenen Personen festlegen, bevor eine Anfrage berücksichtigt werden kann. Entscheidender Gesichtspunkt ist, ob Katastrophenopfer unversicherte Belange haben, die Staat, Gemeinde und/oder freiwillige Hilfe nicht tragen können.

Das Bundeshilfe-Ersuchen des Gouverneurs beinhaltet eine Schadensschätzung in Dollar, aber dies sind nur Schätzwerte. Tatsächliche Kosten können viel höher oder darunter liegen.

Nach der Katastrophen-Erklärung des Präsidenten wird ein Bundeskoordinator als Vertreter des Präsidenten bestellt, der die Bundeshilfs- und Koordinierungsaktivitäten leitet.

Präsidentiale Genehmigung des Gouverneur-Ersuchens für Bundeshilfe aktiviert viele Hilfsprogramme, die von vielen Bundesbehörden und auch einigen privaten Hilfsorganisationen beigestrungen werden.

Spezifische Programme und Dienste werden ausgewählt und koordiniert, basierend auf den Belangen/Erfordernissen, die während der Schadensschätzung festgestellt wurden; weitere Informationen werden hinzugefügt, die später von Bedeutung sein können.

Behalten Sie jedoch vor Augen, daß FEMA autorisiert ist, Katastrophenhilfe durch Staat und Kommunen zu ergänzen, aber nicht, sie einzustellen. Dies könnte Notfallhilfe beim Wiederaufbau von öffentlichen Einrichtungen, Nahrungsversorgung, Medizin, Schutzbau oder Trümmerbeseitigung beinhalten.

Grundlegende Katastrophenhilfe durch die Bundesre-

gierung fällt in drei Kategorien:

- Humane Dienste (auch Individuelle Hilfe genannt) hilft den einzelnen, Familien und Geschäftsbesitzern,

- Infrastruktur-Unterstützung (auch als öffentliche Hilfe bezeichnet) hilft Staat und lokal Verantwortlichen sowie gewissen privaten, gemeinnützigen Organisationen bei Reparaturarbeiten von Straßen, Brücken, Gebäuden, Betrieben und ähnlichen durch Katastrophen geschädigten Einrichtungen,

- Katastrophenminderung: Zuschüsse werden bereitgestellt, um zukünftige Verluste von öffentlichem und privatem Eigentum im Katastrophengebiet zu reduzieren. Zu den geeigneten Empfängern gehören Staaten und Kommunen, amerikanische Eingeborenen- und einige private, gemeinnützige Organisationen.

Wir haben zwei verschiedene Systeme, die die Katastrophenopfer zur Anmeldung von Katastrophenhilfe aufsuchen oder nutzen können:

- Die Nationale Teleregistrierungszentrale ist eine ständige FEMA-Einrichtung, die eine abgabenfrei erreichbare Telefon-Zentrale unterhält. Sie kann innerhalb von Stunden nach der Erklärung des Präsidenten aktiviert werden, um Anträge von Opfern entgegenzunehmen.

- Katastrophenhilfzentren können ebenfalls in dem Katastrophengebiet eröffnet werden. Sie werden gemeinsam von Bund, Staat und freiwilligen Hilfsorganisationen betrieben. Opfer, einschl. kleine Geschäftsinhaber gehen zu diesen Zentren, um sich über die zahlreichen Regierungs-Hilfsprogramme zu informieren und um vor Ort um Hilfe zu ersuchen.

FEMA gewährt dem Staat und lokalen Regierungen Zuschüsse und technische Hilfe für die Reparatur der zerstörten öffentlichen Infrastruktur, einschl. Schulen. Trümmerentfernung, Notfall-Kommunikationen können auch abgedeckt werden. Die US-Bundes-Straßenverkehrsverwaltung gibt finanzielle und technische Hilfe zum Wiederaufbau von Landstraßen, kleineren Straßen und Wegen und ähnlichen Verkehrsrouten.

Viele Hilfsprogramme werden in Funktion gesetzt, sobald der Präsident eine Katastrophe verkündet. Hauptaktivitäten sind:

- Vermittlungsteam bei Überflutungsereignissen, bestehend aus Experten von mindestens zwölf relevanten Bundesbehörden. Diese studieren intensiv jedes Flutereignis und halten genauestens jede Besonderheit fest, die zur Katastrophenminderung beitragen kann.

- Katastrophenminderungsplan: Kritische Bewertung der Gefahren innerhalb des Katastrophengebietes. Korrektur-Empfehlungen an Staat und Kommunen in Bezug auf Schadensminderung bei künftigen Naturereignissen.

- Zuschuß-Programm für die Katastrophenminderung gewährt den Staaten Zuschüsse, die sich um geeignete Projekte von in Frage kommenden Antragstellern bemühen und setzen Prioritäten, diese Projekte abzuschließen.

Die heute diskutierten Programme geben nur einen kleinen Überblick über die Programme, Partnerschaften und Initiativen von FEMA wieder. FEMA arbeitet unaufhörlich an Verbesserung der Hilfeleistungen für die einzelnen Bürger und Gemeinden im Falle einer Katastrophe.

Zusätzlich zu den FEMA-Programmen können Katastro-

phenopfer, Staat und Kommunalverwaltungen von weiteren 27 Federal Departments, Ämtern u. ä. Katastrophenhilfsprogramme erhalten. Alle Federal Departments und Ämter können um Hilfe in einer vom Präsidenten erklärten Großkatastrophe ersucht werden.

FEMA arbeitet sehr eng sowohl mit anderen Federal Departments und Ämtern als auch mit freiwilligen Organisationen zusammen, um eine größtmögliche Koordinierung und Zusammenarbeit sicherzustellen. Dies geschieht mit Unterstützung des Bundeskatastrophenhilfsplans. Er tritt bei Großkatastrophen in Kraft. Er wird nicht bei allen Katastrophen angewandt, z. B. bei kleineren Katastrophen auf normaler Basis. Bei einem größeren Erdbeben oder Hurrikan jedoch wird er z. B. eingesetzt, um Bundesressourcen schnell aufzustellen und zu koordinieren.

Er wird regelmäßig angewandt, fortgeführt und auf den neuesten Stand gebracht. Parteizugehörigkeit oder ähnliches spielen hierbei keine Rolle. Durch die Anwendung des Bundeskatastrophenhilfsplans konnten unnötige Konflikt- und Konfusionssituationen zwischen den einzelnen Ämtern auf allen Regierungsebenen vermieden, der Informationsaustausch, die Koordination und Leistungsversorgung verbessert und folglich Menschenleben und Gut gerettet werden.

Ich denke, daß es wichtig ist zu beachten, daß alle heute diskutierten Funktionen - Katastrophenminderung, Präventivarbeit, Reaktionsfähigkeit, Wiederaufbauarbeit, Koordination und Anwendung des Bundeskatastrophenhilfsplans - von einer Bundesnotfallmanagementbehörde (FEMA) geleitet werden, einer Behörde, die weniger als 2.000 ständige, hauptamtliche Angestellte hat.

Die Behörde hat ein Bereitschaftskader von mehr als 6.000 Reservisten, die in den Katastrophengebieten den Stabsbedarf ergänzen und mit Hilfe von örtlichem Bereitschaftspersonal versuchen, den Erfordernissen nachzukommen. Ich hebe dies hervor, weil die Programmfesthaltung und Hilfeleistung einer so kleinen Behörde von beachtlicher Bedeutung sind: Hilfe für 50 Staaten, sechs Territorien, mehr als 3.000 Gerichtsbarkeiten und eine Bevölkerung von annähernd 300 Millionen Menschen!

Der FEMA-Direktor ist Mitglied im Präsidentenkabinett. Notfallbezogene Themen und größere Initiativen und Hilfsanliegen können somit schnell und sachgerecht auf höchster Regierungsebene diskutiert werden.

Dies ist in einer Großkatastrophe entscheidend. Wir haben allerdings inzwischen wegen der Partnerschaften, die sich zwischen FEMA und den anderen Bundesministerien und Behörden unter dem Bundeskatastrophenhilfsplan entwickelt haben, ein sehr effizientes System, andere Behörden und Ämter bei jeder Art von Katastrophe in Anspruch zu nehmen.

Wir testen und üben regelmäßig unsere Funktionen mit dem Staat, den anderen Bundesministerien und Behörden, um sicherzugehen, daß jeder vorbereitet ist, seine Aufgabe

kennt und zur Hilfeleistung im Bedarfsfall bereit ist. Eins unserer Hauptprinzipien ist, daß das Krisengebiet kein Trainingscamp ist - wir möchten am Schauplatz ankommen und auf der Stelle unsere Aufgaben ausführen.

Wir arbeiten ständig mit unserem Staat und örtlichen Partnern zusammen, um zu gewährleisten, daß sie alle in Frage kommenden Methoden und Verfahrensweisen kennen und beherrschen. Z. B. arbeiten wir mit örtlichen Notfallmanagern zusammen, um sicherzustellen, daß sie verstehen, wie bei Staat, Staatsbeamten und der Bundesregierung um Hilfe und Unterstützung zu ersuchen ist.

Ein entscheidender Punkt in unserem System: Wir möchten kein Menschenleben aus Mangel an Wissen über Methoden und Verfahrensweisen gefährdet sehen. Wir haben viele Jahre benötigt, um das System auf den heutigen Stand zu bringen. Vieles muß noch getan werden, um wirksame Hilfsprogramme zu erarbeiten und effektive Katastrophenminderung herbeiführen zu können. Aus jeder Katastrophe lernen wir, so daß die Hilfsmaßnahmen bei künftigen Katastrophen verbessert werden können.

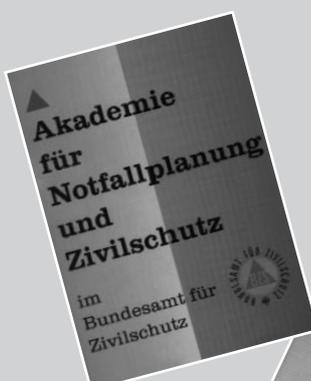
Ich danke für die Gelegenheit, heute mit Ihnen über Notfallmanagement sprechen und Notfallhilfsprogramme austauschen zu können.



... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)

Postfach 10 63 40, 28063 Bremen
Postbank Nl. Bremen
(BLZ 200 100 20) 70 46 - 200



Neben der bereits seit Jahren bekannten „Schriftenreihe Zivilschutzforschung“ bietet das Bundesamt für Zivilschutz weitere kostenlose Broschüren zur Information über den Zivilschutz an. Neben praktischen Tipps für den Bereich Selbstschutz („Für den Notfall vorgesorgt“) reicht die Palette von Faltblättern mit Kurzinformationen bis hin zu umfangreichen Abhandlungen über die Zusatzprotokolle I und II zur Genfer Konvention und den Kulturgutschutz bei bewaffneten Konflikten. Informativ, weil sie einen kompakten Überblick über den Zivilschutz nach Inkrafttreten des Zivilschutzneuordnungsgesetzes (ZSNeuOG) gibt, ist auch die Broschüre „Kompetenz im Zivilschutz“.

Interessiert? Bestellung an: Bundesamt für Zivilschutz, Referat Information - Öffentlichkeitsarbeit, Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn, Telefax 02 28 / 940 29 81



Schutz vor Gaswolken in Wohngebäuden

Forschungsvorhaben des Bundesamtes für Zivilschutz weist Schutzwirkung nach

Von Dr. W. Marzi

„Die Bewohner werden gebeten, Fenster und Türen geschlossen zu halten.“ Jeder wird die Radiodurchsagen bei Unglücksfällen, die mit der Freisetzung giftiger Chemikalien oder Brandgase in die Atmosphäre verbunden sind, kennen. Doch bietet ein Wohnhaus tatsächlich effizienten Schutz, wenn eine toxische Wolke über es hinwegzieht? Und was kann man tun, um diesen Schutz durch einfache Maßnahmen wirkungsvoller zu machen?

Diesen Fragen wurde im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) durch die TÜV Energie und Umwelt GmbH nachgegangen. Im folgenden werden der theoretische Ansatz, die Experimente und die Schlußfolgerungen in Kurzform wiedergegeben. Eine ausführliche Darstellung des Vorhabens und seiner Ergebnisse ist in der BZS-Reihe „Zivilschutz-Forschung“ als Band 39 geplant.

Grundlage für systematische Überlegungen zur Optimierung des Schutzes vor luftgetragenen Schadstoffen in Innenräumen ist die Abschätzung der Schadstoffexposition der Betroffenen und damit die Kenntnis des Konzentrationsverlaufs des Schadstoffs in der Atemluft. Das Vorhaben hatte daher zum Ziel, diese Konzentrationsverläufe für unterschiedliche Szenarien und Rahmenbedingungen zu beschreiben. Die relevanten Einflußgrößen mit ihren Auswirkungen auf die Innenraum-

konzentration wurden definiert und für die experimentelle und modellmäßige Simulation aufbereitet. Die Zeitverläufe der Innenraumkonzentrationen wurden sowohl gemessen als auch berechnet.

Die Konzentration eines luftgetragenen Schadstoffs in einem bestimmten Innenraum ist das Ergebnis einer komplexen Wechselwirkung verschiedener Faktoren. Sie lassen sich unterteilen in äußere Einflüsse, Einflüsse der Raumhülle und Einflüsse aus dem Raum selbst.

Äußere Einflüsse

Das Eindringen von luftgetragenen Schadstoffen in Innenräume erfolgt über Luftströmungen durch Raumöffnungen. Ursache für diese Luftströmungen sind Druckdifferenzen zwischen außen und innen oder benachbarten Räumen. Gleiches gilt für den Austrag von Schadstoffen aus Innenräumen.

Die Ursache für Druckdifferenzen können

- Wind,
- temperatur- und feuchtebedingte Druckschwankungen (Kaminzugeffekt) oder
- raumluftechnische Anlagen sein.

Einflüsse der Raumhülle

Je größer die Öffnungen in der Raumhülle sind, desto

leichter können Schadstoffe eindringen oder ausgetragen werden. Darüber hinaus können Schadstoffe physikalisch oder chemisch an Materialoberflächen gebunden werden (Filterwirkung), was zu einer dauerhaften oder vorübergehenden Entfernung der Schadstoffe aus der Luft führt. Die relevanten Einflüsse sind

- Dichtigkeit von Bauelementen wie Fenster, Türen und anderen Gebäudeöffnungen (z.B. Lüftungsöffnungen) sowie von Wand-, Boden- und Dachmaterialien
- Strömungswiderstände der Elemente von raumluftechnischen Anlagen und
- Filterwirkung der Raumöffnungen.

Einflüsse aus dem Raum

Hier sind insbesondere folgende Einflüsse von Bedeutung:

- Strömungsverhältnisse im Raum (hervorgerufen durch Besonnung, Heizung, Energieverbrauch)
- Physikalisch-chemische Wechselwirkungen mit Materialoberflächen im Innenraum (Filterwirkung)
- Schadstoffaufnahme der Menschen durch die Atmung

Die wesentlichen Einflüsse auf die Innenraumkonzentrationen an Schadstoff sind in Abb. 1 für einen Einzelraum

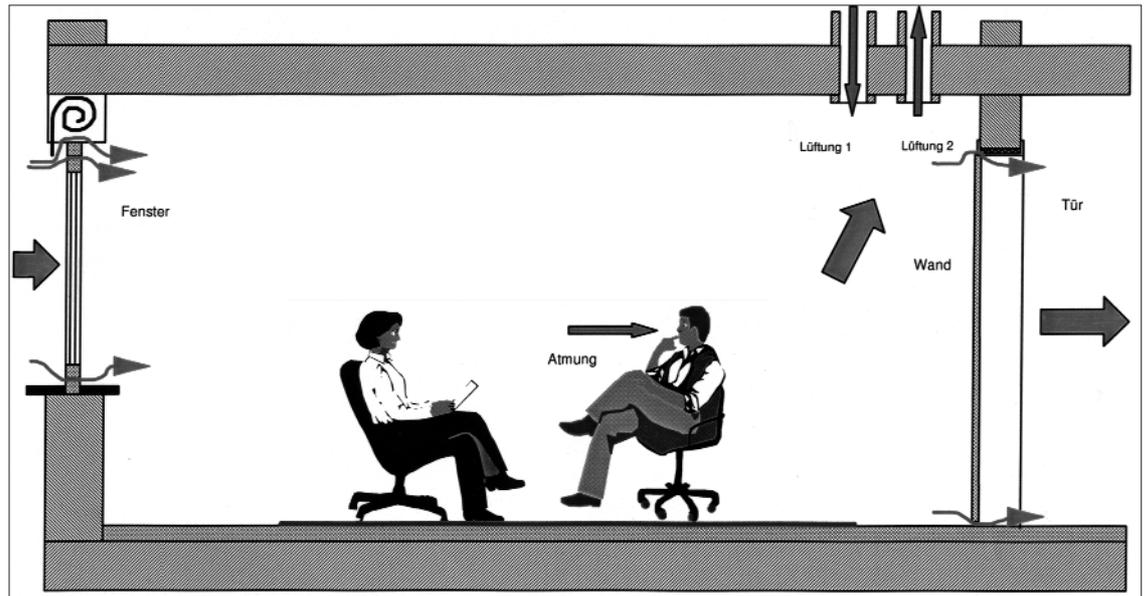


Abb. 1: Einflüsse auf die Innenraumluftkonzentrationen.

mit dem Wind zugewandtem Außenfenster und Innentür schematisch dargestellt.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Einflüsse wurde ein Mehrzonenmodell auf der Basis von Widerstands- und Massenbilanzierungsmodellen zur Ermittlung der Schadstoff-

konzentrationen entwickelt. Es stützt sich auf den Ansatz von Sirén (1986) für die Gebäude-durchströmung und die Ausbreitung von Schadstoffen und wurde um die Ansätze von Karlsson (1994) zu den Materialwechselwirkungen ergänzt. Die Außendruckverteilung und die Luftströmungen

um die Gebäudehülle wurden mit einem dreidimensionalen Strömungsmodell MISKAM (Eichhorn, 1989) berechnet. Dieses Modell basiert auf dem kompletten Satz der strömungsmechanischen Grundgleichungen und berücksichtigt die dynamischen Stördrücke im Nahbereich explizit.

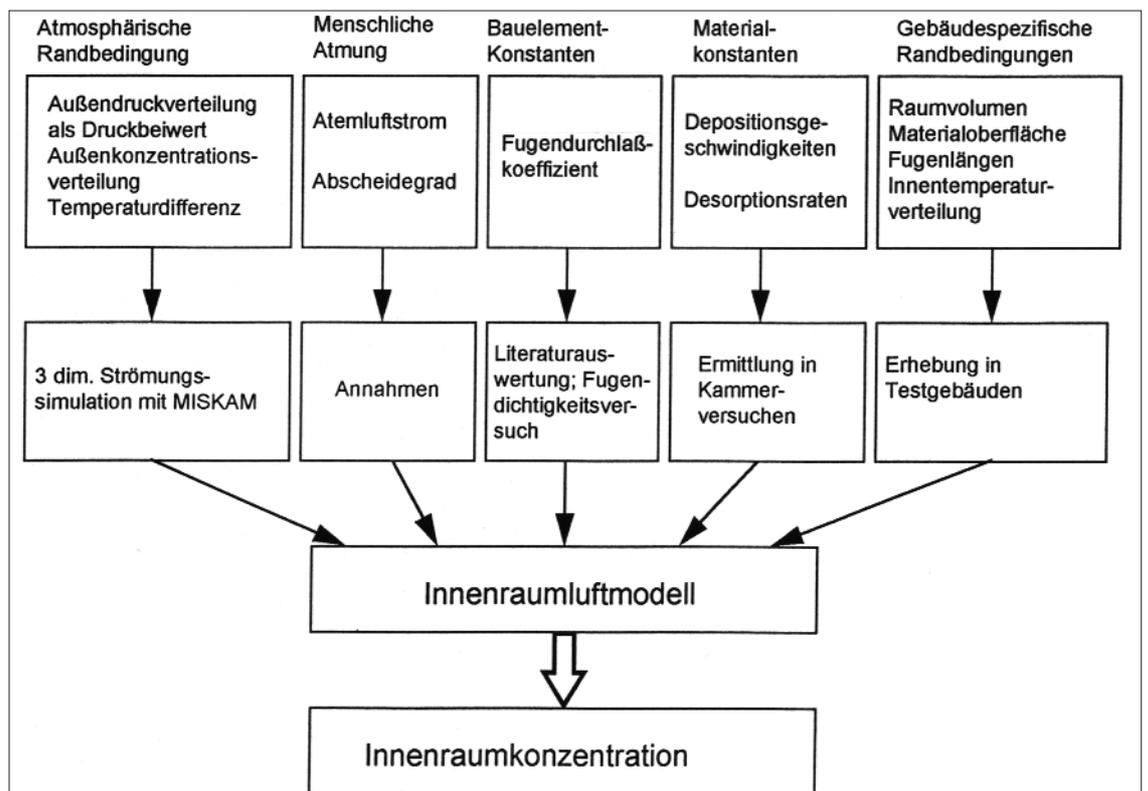


Abb. 2: Ermittlung der Eingangsgrößen für das Innenraumluftmodell.

Die Eingangsgrößen für das Innenraumluftmodell zeigt Abb. 2.

Experimentelle Untersuchungen

Als Versuchsgebäude für die Bestimmung des Eindringverhaltens von luftgetragenen Schadstoffen und deren Ausbreitung in den Innenräumen wurden drei unterschiedliche Gebäude, ein Altbau, ein Massivbau und ein Energiesparhaus ausgewählt. Aufgrund der Unterschiede z.B. im Baujahr, bei den verwendeten Materialien für die Wand- und Dachkonstruktion und den Fenstern waren unterschiedliche Verhältnisse bezüglich der Dichtigkeit und des Eindringverhaltens zu erwarten.

Es wurden für die drei Gebäude die windinduzierten Druckdifferenzen zwischen windabgewandter (Lee) und windzugewandter (Luv) Seite in Abhängigkeit von der Windrichtung ermittelt und mit den berechneten Werten verglichen. Da sich im statistischen Mittel eine gute Übereinstimmung der Werte ergab, konnten die berechneten Luv/Lee-Druckdifferenzen für die Simulation des Eindringens von Schadstoffen verwendet werden.

Die Fugendichtigkeit als Eingangsgröße für das Innenraumluftmodell wurde experimentell mit unterschiedlichen Verfahren ermittelt. Zur quantitativen Bestimmung des äußeren und inneren Luftwechsels an den Gebäuden wurden Tracergasexperimente mit Schwefelhexafluorid durchgeführt. Abb. 3 zeigt den Altbau mit der Ausbringungs- vorrichtung für das Tracergas.

In Abb. 4 sind die gemessenen und die berechneten Konzentrationsverläufe beim Massivbau für verschiedene Zeiten exemplarisch dargestellt. Das Wohnzimmer lag auf der windzugewandten, die übrigen Räume mehr oder weniger auf der



Abb. 3: Ansicht Altbau.

windabgewandten Seite. Es zeigt sich wiederum eine gute Übereinstimmung, die die Brauchbarkeit des Modells auch in dieser Hinsicht dokumentiert.

Zur Ermittlung der physikalisch-chemischen Wechselwirkung von Schadstoffen mit Bau- und Ausstattungsmaterialien wurden Modellkammerversuche durchgeführt, bei denen der Schadstoff (Konzentration im Bereich des IDLH-Werts*) über eine definierte Fläche des Materials entsprechend einer Luftwechselrate von 0,5/h geleitet wurde. Die vom Material aufgenommene

Menge an Schadstoff wurde analytisch bestimmt und die Depositionsrates daraus berechnet. Als Schadstoffe kamen Chlor, Ammoniak, Schwefeldioxid, Heptan, Palmitinsäureethylester (PSEE) und Schwefelhexafluorid zur Anwendung. Die untersuchten Materialien umfaßten Gips, Textiltapete, Rohfaser mit Dispersionsfarbe, PVC-Belag, Poly-

*) IDLH-Wert: Konzentration eines Stoffes, bei der sich ein Arbeitnehmer bei Ausfall seines Atemschutzgerätes innerhalb von 30 Minuten aus der Expositionszone entfernen kann, ohne daß die eigene Flucht behindert wird und ohne daß irreversible Gesundheitsschäden auftreten.

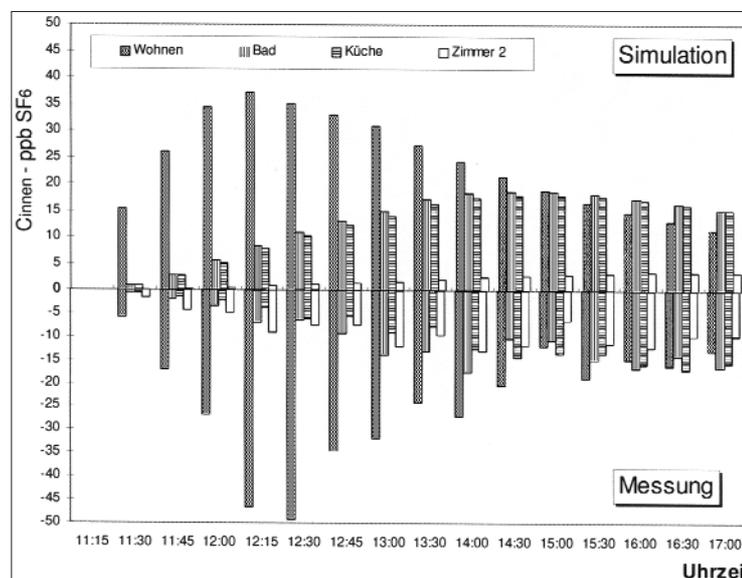
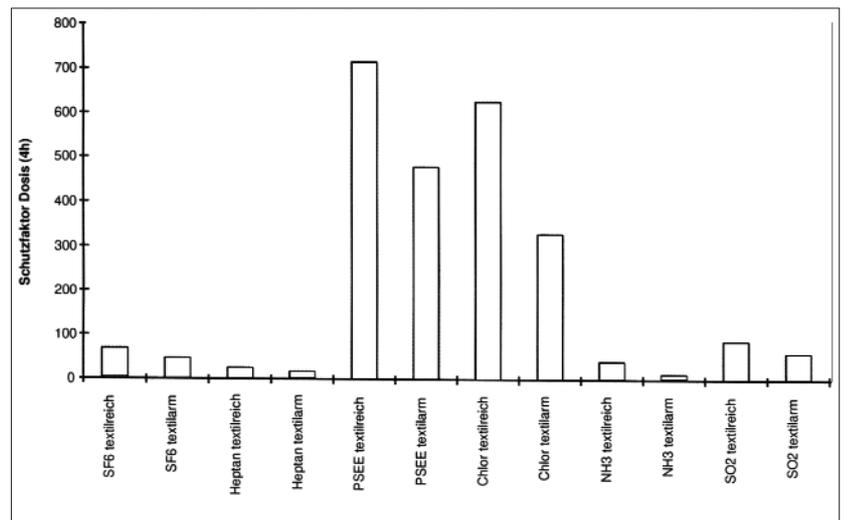


Abb. 4: Vergleich der gemessenen und berechneten Innenraumkonzentration des Tracergases SF₆ - Massivbau.

Abb. 5:
Schutzpotential durch
Einbringen von
schadstoffbindenden
Materialien -
Dosis bei vierstündiger
Exposition.



amid-Teppichboden, unbehandeltes Leimholz, Polyester-Gardinen und Polyurethan-Schaum. Die Depositionsraten wurden als Eingangsgrößen für das Innenraumluftmodell verwendet.

Bezüglich der Depositionsraten lassen sich drei Gruppen unterscheiden, solche mit hohen (Chlor, PSEE bei Übersättigung), mittleren (Heptan, PSEE bei geringer Konzentration, Ammoniak, Schwefeldioxid, Schwefelhexafluorid) und geringen Raten (Heptan bei einigen Materialien, alle Schadstoffe auf der Glas-/Teflonoberfläche der Modellkammer). Erhebliche Unterschiede der Depositionsraten zwischen einzelnen Bau- und Ausstattungsmaterialien wurden nur bei einem Teil der untersuchten Schadstoffe beobachtet, so z.B. erhöhte Deposition des lipophilen Heptans auf Polyester-Gardine und Polyurethan-Schaumstoff.

Empfehlungen

Mit dem Innenraumluftmodell wurde nun für verschiedene Maßnahmen die Effizienz berechnet. Die folgenden Empfehlungen lassen sich daraus ableiten:

- Gebäude abdichten. Hierzu zählen das Schließen aller Fenster und Türen sowie die Abdichtung von Fenster- und

Türfugen (z.B. mit Paketband), von Rolladenkästen (Gurtdurchführung und Ritzen) und von Lüftungs- und sonstigen Maueröffnungen (Kamine, Abzugskanäle etc.). Das Schließen von Innentüren und das Hochziehen des Rolladens verringern Luftströmungen und sind somit günstig.

- Geringstbelasteten Raum aufsuchen. Innerhalb einer Etage ist ein schwach belüfteter, nicht zu kleiner Raum auf der windabgewandten Seite des Hauses vorteilhaft. Bei mehrgeschossigen Häusern sind Räume in den oberen Geschossen günstiger, falls die Innentemperatur höher als die Außentemperatur ist. Je nach Verhältnissen ergibt sich hierdurch ein Schutzfaktor von 2 bis 20 gegenüber dem Aufenthalt im Freien.

- Vermeidung von Temperaturunterschieden zur Außenluft. Je größer die Temperaturdifferenz ist, desto ungünstiger ist die Situation. Daher sollten größere Fensterflächen bei Besonnung abgeschattet (Markisen, Jalousien, Vorhänge) und Heizgeräte ausgeschaltet werden.

- Schadstoffbindende Materialien einbringen. Wie Abb. 5 zeigt, werden die Konzentrationen schwerflüchtiger und reaktiver Schadstoffe aufgrund

der hohen Deposition sehr stark verringert. Textilreiche Räume sind günstiger als textilarme. Als Maßnahme zur Verstärkung dieses Effekts ist das Aufhängen von Textilien in den windzugewandten Räumen wirksam.

- Rechtzeitiges Lüften nach Abzug der Schadstoffwolke. Sowohl die Messungen als auch die Berechnungen haben ergeben, daß die Schadstoffkonzentrationen in den Innenräumen häufig noch Stunden nach Abzug der Schadstoffwolke steigen. Dies gilt insbesondere für die günstigen, auf der windabgewandten Seite liegenden Räume. Daher vermindert rechtzeitiges Lüften die Schadstoffexposition deutlich.

Fazit

Die eingangs gestellte Frage nach der Wirksamkeit des Schutzes in Gebäuden vor vorbeiziehenden Schadstoffwolken läßt sich anhand der Ergebnisse des Vorhabens eindeutig mit „Ja“ beantworten. Die Innenräume von Gebäuden bieten in Abhängigkeit von der Dichtigkeit der Gebäude, der verwendeten Materialien, der Ausstattung und der Art des Schadstoffes beträchtlichen Schutz, der durch situationsgerechtes Verhalten noch optimiert werden kann.

Digitalfunk der BOS

Betrachtungen zu einem aktuellen Thema

Von Dipl.-Ing. Herbert Saupp

In diesem Artikel beschreibt die Projektgruppe Digitalfunk des Unterausschusses Führungs- und Einsatz-Mittel (UA FEM) des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz (IMK) und der Ausschuß Informations- und Kommunikationswesen des Arbeitskreises V der IMK die Randbedingungen sowie den derzeitigen Sachstand der Einführung einer digitalen Funktechnik für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Bundesrepublik Deutschland.

Analogfunk der deutschen BOS

Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland betreiben derzeit ein Analogfunknetz, dessen ursprüngliche Errichtungs- und Betriebsgenehmigung auf der Basis des Gesetzes über Fernmeldeanlagen (FAG) den Polizeibehörden am 18. Januar 1951 erteilt wurde. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) beschloß 1976, daß alle BOS eine nach einheitlichen Technischen Richtlinien gestaltete Vielkanal-Funktechnik einsetzen sollen, um im Bedarfsfall eine Kommunikation zwischen allen Einrichtungen von Polizei, Katastrophenschutz sowie Hilfs- und Rettungsdiensten sicherzustellen.

In der „Richtlinie für den nichtöffentlichen beweglichen Landfunkdienst der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Meterwellenfunk-Richtlinie BOS)“ aus dem Jahre 1983 vom damals zuständigen Bundesminister für das Post- und Fernmelde-

wesen wurden die Regularien, nach denen die derzeitigen Netze errichtet wurden, festgelegt. Das Telekommunikationsgesetz (TKG) von 1996 legt die veränderten Betriebsbedingungen auf der Basis einer Zuteilung von Frequenzen fest. Außerdem liegen derzeit eine Frequenzzuteilungsverordnung und eine Funkrichtlinie BOS im Entwurf vor. Gemäß TKG gelten die alten Genehmigungen noch solange, bis sie widerrufen oder durch neue Regelungen ersetzt werden.

Mit der derzeit bei den BOS eingeführten analogen Funktechnik werden die folgenden Leistungsmerkmale erfüllt:

- Eine weitgehend flächendeckende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland für Fahrzeugfunkgeräte und eine gute Funkversorgung für Handsprechfunkgeräte in Ballungsgebieten;
- Betrieb von Handsprech- und Fahrzeugfunkgeräten in Vielkanaltechnik sowohl mit Relaisunterstützung als auch im Direktbetrieb;
- Funkverkehrskreise nach dem Prinzip des offenen Kanals, d. h. jeder Teilnehmer ei-

nes Verkehrskreis hört jeden anderen Teilnehmer und erhält dadurch ständig ein aktuelles Lagebild. Die Leitstellen können Rundsprüche an alle Teilnehmer gleichzeitig absetzen.

- Duplexfähige Relaisstellen ermöglichen im sogenannten RS-2-Betrieb das Verbinden der Teilnehmer von zwei Funkverkehrskreisen.

- Die Funkleitstellen können Gesprächsüberleitungen in andere Funkkreise oder in Drahtnetze durchführen.

- Sind die Geräte eines Funkverkehrskreises mit einem Funkmeldesystem ausgestattet, können sich ständig wiederholende Meldungen als in den Sprechfunkbetrieb eingelagerte digitale Kurztelegramme als definierte taktische Meldungen und Anordnungen zwischen beweglichen Einsatzkräften und der Leitstelle übertragen werden.

- Über für eine Funkalarmierung technisch ausgelegte Verkehrskreise können analoge oder digitale Meldeempfänger ausgelöst werden.

- In technisch speziell für diesen Zweck ausgelegten Systemen ist eine Datenfunkübertragung realisiert worden.

Der in dieser analogen Technik erreichte Grad an Interoperabilität zwischen unterschiedlichen Dienststellen und Organisationen, Sprachübertragungsqualität, Zuverlässigkeit und Komfort beim Betrieb und der Fernbedienung von Netzkomponenten wurde in keinem anderen Land in dieser Form erreicht, er muß jedoch auch in einer Nachfolgetechnik verfügbar sein. Einige für den zukünftigen Funkbetrieb unabdingbare Forderungen blieben bisher unerfüllt:

Zum Verfasser: Dipl.-Ing. Herbert Saupp ist Leiter des Sachgebietes Grundsatzplanung Kommunikationstechnik im Bundeskriminalamt und Mitarbeiter der Projektgruppe BOS-Digitalfunk und deren Arbeitsgruppe „Technik“ sowie Leiter der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“.

● Trotz vieler mit hohem zeitlichen und finanziellem Aufwand durchgeführten Versuche ist es nicht gelungen, ein von allen beteiligten Behörden und Organisationen gemeinsam nutzbares System zur Sprachverschlüsselung einzuführen. Die Funkkommunikation wird im BOS-Bereich heute noch, von einigen technisch unterschiedlich gestalteten „Sondernetzen“ abgesehen, offen und somit für jeden mithörbar durchgeführt.

● Bei dem für einige Dienststellen zum Alltagsgeschäft gehörenden Zurücklegen großer räumlicher Entfernungen gestaltet sich eine durchgehende Funkkommunikation schwierig, da eine Roaming-Funktion, d. h. eine automatische Weiterleitung an das nächste Funknetz, nicht realisierbar ist und die Funkkanäle der auf der Reise durchquerten Funksysteme manuell und unter Zuhilfenahme eines mitgeführten Funkatlanten eingestellt werden müssen.

● Der Datenfunk und das POCSAG-Paging (POCSAG = Post Office Codes Standardisation Advisory Group) sind wegen fehlender technischer Koordinierungsmöglichkeiten nicht in die Infrastruktur des analogen Sprechfunks integrierbar.

● Wegen der festen, vom tatsächlichen Verkehrsaufkommen unabhängigen Zuteilung der Funkkanäle an Benutzergruppen besteht ein permanenter Mangel an Frequenzen.

GSM-Telefone im Dienstbetrieb der BOS

Auf der Basis des vom Europäischen Institut für Fernmeldennormen ETSI (European Telecommunications Standards Institute) erstellten GSM-Standards werden in Deutschland die D- und die E-Netze betrieben. Obwohl der GSM-Standard im Jahr 1992, als die ersten Teilnetze von D1 und D2 errichtet wurden, erst zu weniger als 50 % fertiggestellt war, konnte sich diese Technik mit einer faszinieren-

den Geschwindigkeit verbreiten. Hier besteht eine positive Wechselwirkung zwischen Preis und Leistung der Endgeräte einerseits und der internationalen Verfügbarkeit der nutzbaren ortsfesten Infrastruktur andererseits. Auch im Alltag der BOS hat die GSM-Technik für Sonderanwendungen Einzug gehalten.

Nach und nach werden die anfänglich vorhandenen Schönheitsfehler dieser Mobilfunktechnik beseitigt, so wurden die Dienste für eine Kurznachrichtenübertragung SMS (Short Message Service) sowie für eine Fax- und Datenübertragung in die Systeme implementiert. Ab dem Jahr 2000 sollen durch die Einführung des General Packet Radio Service (GPRS) hohe Datenübertragungsraten (unter sehr günstigen funktechnischen Bedingungen bis zu max. 170 kbps) ermöglicht werden. Etwa ein Jahr später ist mit dem Beginn der Einführung der „dritten Mobilfunkgeneration“, in Europa und Asien UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) genannt, zu rechnen. Das UMTS ist als Migration vorhandener Mobilfunkdienste einerseits und als eine diese ergänzende multimediafähige Technik mit neuen Frequenzen und Übertragungsverfahren andererseits anzusehen.

Die positiven Seiten der öffentlichen GSM-Netze für den Dienstbetrieb sind:

● Eine weitgehend flächendeckende Funkversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der benachbarten Länder mit automatischer Lokalisierung des zu rufenden Teilnehmers;

● Erreichbarkeit aller an öffentliche Telefonnetze angeschlossenen Teilnehmer;

● vor unberechtigtem Mitgehören durch Kryptierung sicher geschützte Übertragung der Information;

● vergleichsweise geringe Investitionskosten für den Kauf der Endgeräte.

Diesen stehen die folgenden Nachteile von öffentlichen

Funktelefondiensten gegenüber:

● Fehlende Verfügbarkeit im Fall von lokalen Katastrophen wegen Überlastung der Netze;

● hohe laufende Kosten durch Grund- und Gesprächsgebühren pro Endgerät.

● Nachfolgend aufgeführte, als Mindestanforderung anzusehende Leistungsmerkmale der BOS-Funksteme können aufgrund der anderen Aufgabenstellung beim Systemdesign nicht realisiert werden.

Öffentliche Mobilfunksysteme nach den Standards GSM und UMTS arbeiten mit netzgestützten Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, Konferenzschaltungen sind auf weniger als zehn Teilnehmer begrenzt. Aus diesem Grund fehlen ihnen im Vergleich zu den analogen BOS-Funksystemen mehrere Grundfunktionen:

● Das Bilden eines Verkehrskreises, in dem jeder Teilnehmer jeden anderen hören kann (offener Kanal);

● die Kommunikation von zwei oder mehreren Endgeräten untereinander ohne die Nutzung einer (in bestimmten Situationen nicht verfügbaren) ortsfesten Infrastruktur;

● schnelle Erweiterung der Kanalkapazität im Bedarfsfall, beispielsweise durch Umschalten eines Fahrzeugfunkgerätes auf die Betriebsart Relaisbetrieb.

Aus dieser in abgewandelter Form auch für den Betriebsfunk geltenden Erkenntnis heraus ergab sich die Notwendigkeit eines zumindest europaweit verbreiteten, herstellerübergreifenden digitalen Bündelfunkstandards.

Europäischer Digitalfunkstandard TETRA 25

Das Europäische Institut für Fernmeldennormen ETSI begann 1990 mit der Definition der Dienste des neuen, digitalen Bündelfunk-Standards TETRA (Terrestrial Trunked Radio, anfangs: Trans European Trunked Radio). Dieser Bündelfunkstandard kann, tech-

nisch gesehen, als eine Weiterentwicklung des GSM-Standards für Betriebsfunkzwecke angesehen werden. Aus diesem Grund sind Ähnlichkeiten, wie zum Beispiel das TDMA-Kanalzugriffsverfahren mit vier Zeitschlitzten kein Zufall. Während der Definitionsphase interessierten sich auch die europäischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben für diesen Standard und brachten ihre Anforderungen mit in die Normungsarbeit ein.

Durch eine bedingte Freigabe des der NATO zugewiesenen Frequenzbandes zwischen 380 und 400 MHz bestand erstmals die Möglichkeit, den BOS-Diensten europaweit ein harmonisiertes Frequenzband zuzuweisen. Öffentliche Anwendungen sollen im benachbarten Bereich von 410 bis 430 MHz angesiedelt werden.

Die über einen ACELP-Code (ACELP = Algebraic Code Excited Linear Predictive) digitalisierte und komprimierte Sprache wird bei TETRA mit einer $\pi/4$ DQPSK (Digital Quadratur Phase Shift Keying) auf den Träger moduliert und mit einer Brutto-Datenrate von 36 kb/s über den Funkkanal übertragen. Durch die Möglichkeit, bis zu vier Zeitschlitzte zu einem Kanal zusammenzuschalten, können Datenraten bis zu 28,8 kb/s erreicht werden.

Die Verschlüsselung von Nutzinformationen und den Betriebsdaten erfolgt auf der Funkstrecke zwischen Basisstationen und Endgeräten; sogenannte Luftschnittstellenverschlüsselung (Standard ETS 300392, Teil 7). Außerdem liefert TETRA ein transparentes Medium für eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Im Vergleich zum analogen BOS-Funk sind mit der digitalen Bündelfunktechnik eine Reihe von Leistungsmerkmalen zusätzlich verfügbar, beispielsweise:

- Automatische Zuweisung eines Betriebskanals;



- einheitliche Verschlüsselung im Regelbetrieb (Luftschnittstelle / Ende-zu-Ende);

- Wechsel des Einsatzortes einer Gruppe ohne Berücksichtigung der Funksystemgrenzen (Roaming);

- Durchwahlmöglichkeit in andere Netze bei entsprechender Berechtigung;

- automatisches Erkennen der Gesprächspartner in den Leitstellen und an den Endgeräten;

- Durchführung von Sprech- und Datenfunk im gleichen Netz mit identischen Endgeräten (und unterschiedlichem Zubehör).

Die folgenden TETRA-Leistungsmerkmale sind in GSM-Netzen nicht verfügbar:

- Sehr kurze Gesprächsbauzeiten;

- Duplexbetrieb;

- gleichzeitige Sprach- und Datenkommunikation;

- eine vom Dispatcher (der Leitstelle) zugewiesene Zugriffspriorität;

- Direktmodus, d. h. Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Radioterminals

(Funkgeräten) ohne Netzinfrastruktur;

- dynamische Gruppenbildung;

- offener Kanal, d. h. eine beliebige Anzahl von Teilnehmern, die zu einer virtuellen Gruppe zusammengeschaltet worden sind, können sich hören und miteinander kommunizieren;

- Gruppenrufe mit Quitting;

- nachträglicher Eintritt in eine bestehende, verschlüsselt arbeitende Gruppenkommunikation (Late Entry);

- Anzeige des sprechenden Teilnehmers einer Gruppe;

- Dual-Watch-Betrieb, d. h. beispielsweise als Gast in einer Gruppe kommunizieren und trotzdem gleichzeitig von der eigenen Leitstelle (als Mitglied einer anderen Gruppe) erreichbar zu sein;

- Gateway-Betrieb von Radioterminals zur Funkbereichserweiterung in nicht optimal versorgten Gebieten (z. B. Parkhäuser o.ä.);

- Ferndeaktivierung von Radioterminals.

Ein Versuch, fehlende Betriebsfunk-Leistungsmerkmale nachträglich in den GSM-Standard zu implementieren, wurde von den europäischen Eisenbahngesellschaften durch die Entwicklung der Variante GSM-R unternommen. Trotz eines sehr hohen finanziellen Aufwandes konnten die gesteckten Ziele bei diesem Vorhaben nicht annähernd erreicht werden.

Herstellerspezifikation Matracom (Tetrapol)

Die Firma MATRA hat unter dem Namen MC 9600 ein digitales Bündelfunksystem für die französischen Polizeien Police Nationale und die Gendarmerie entwickelt. Im Zuge der Systemweiterentwicklung wurde die technische Dokumentation dieses Systems unter der Bezeichnung Tetrapol in weiten Teilen offengelegt.

Eine Kryptierung der zu übertragenden Nachrichten ist optional möglich, eine Verschlüsselung der Betriebsdaten derzeit jedoch nicht vorgesehen. Da das System derzeit keinen Zellwechsel ohne Unterbrechung der Verbindung (Roaming) zulässt, werden die Funkzellen durch den Einsatz von Gleichwellenfunktstationen vergrößert. Dieses für eine zentralistische Organisationsstruktur entwickelte System hat gegenüber TETRA 25 den Vorteil einer weitgehend abgeschlossenen technischen Entwicklung und einer entsprechenden Verfügbarkeit auf dem Markt. Die Firma Siemens bietet dieses System auf dem deutschen Markt ebenfalls an. Pager wurden für dieses System nicht entwickelt.

Interoperabilität von digitalen Bündelfunksystemen

Tetrapol-Systeme sind mit nach dem Standard TETRA 25 arbeitenden Geräten auf der Luftschnittstelle nicht kompatibel, da

- ein anderes Kanalzugriffsverfahren (FDMA),
- ein anderer Vocoder (RCELP),
- eine andere Modulation (GMSK) und
- andere Steuerungsmechanismen eingesetzt werden. Diese Begriffe werden nachfolgend in Kurzform erklärt.

Kanalzugriffsverfahren

Der Teilnehmer im analogen Sprechfunk schaltet über den Kanalschalter manuell seine Betriebsfrequenz. Er verfolgt den Verkehr auf dem Funkkanal und belegt diesen selbst durch Betätigen der Sendetaste, wenn er den Kanal als frei erkennt. Dieses Verfahren der Kanalverwaltung über den Frequenzzugriff wird in technisch verfeinerter und automatisierter Form auch in Bündelfunksystemen unter der Bezeichnung FDMA (Frequency Division Multiple Access) angewandt.

Will man eine Betriebsfrequenz gleichzeitig mehreren Teilnehmern zuweisen, so wird dieser Kanal in Zeitschlitze aufgeteilt, jeder Teilnehmer nutzt ein anderes dieser Übertragungselemente. Diese Mehrfachnutzung einer Betriebsfrequenz wird TDMA (Time Division Multiple Access) genannt.

Ein sich aus dieser Technik ergebender Vorteil ist die Möglichkeit, von einem Endgerät zeitgleich Sprache in einem Zeitschlitz und Daten in einem anderen Zeitschlitz zu senden bzw. zu empfangen. Außerdem können Sendee- und Empfangssignal auf einer Frequenz in verschiedenen Zeitschlitzen übertragen werden, wodurch ein Duplexbetrieb zwischen zwei oder mehreren Endgeräten ohne Netzinfrastruktur und ohne technisch hohen Aufwand im Endgerät (z. B. Duplexfilter) ermöglicht wird.

Neben diesen beiden Kanalzugriffsverfahren sind eine Vielzahl von weiteren Verfah-

ren im Einsatz bzw. in der Entwicklung.

Vocoder

Vocoder ist ein Kunstwort, das sich aus den englischen Begriffen für Sprache, Kodierung und Dekodierung zusammensetzt und damit die Aufgabe dieses Moduls beschreibt. Würde ein analoges Sprachsignal mit einer bestimmten Abtastrate einfach nur in ein digitales Signal umgewandelt, könnte die hieraus resultierende Datenmenge niemals über einen im Durchsatz recht begrenzten Funkkanal übertragen werden. Aus diesem Grund muß der Digitalisierung des Sprachsignals unmittelbar eine Kompression des Datensignals folgen.

Komprimiert wird ein Signal, indem man nicht relevante Elemente wegläßt, sich ständig wiederholende Elemente mit einer Kurzbezeichnung versieht und nur noch diese Kurzbezeichnungen (Kodierungen) überträgt. Das Verfahren CELP (Code Excited Linear Prediction) ist ein effizientes Kodierverfahren, bei dem in einem „Notizbuch“ hinterlegte Klangelemente erkannt und nur die „Notizbuchadresse“ übertragen wird.

Der Empfänger benötigt zwangsläufig das gleiche Notizbuch, um das empfangene Digitalsignal in eine dem ursprünglichen Signal möglichst ähnliches, analoges Sprachsignal zurückzurechnen. TETRA 25 und Tetrapol nutzen nicht nur verschiedene „Notizbücher“, sondern auch andere Varianten des CELP-Verfahrens: ACELP (TETRA = Arithmetic Code Excited Linear Prediction,) und RCELP (Tetrapol = Regular Code Excited Prediction).

(wird fortgesetzt)

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

SchulungsFibel überarbeitet

Die Dräger GmbH hat ihre SchulungsFibel neu überarbeitet und sorgt so in der Unterweisung von Geräteträgern des leichten Atemschutzes für mehr Transparenz. Die SchulungsFibel unterstützt die unterweisenden Personen in der Vermittlung der Ausbildungsinhalte. Die Schulungsunterlagen greifen neben Atem- und Körperschutz auch Aspekte der Gesundheit und des Rechts auf.

Die Fibel besteht aus 49 hochwertigen Farbfolien und einem detaillierten Begleitbuch. Dabei lehnt sich das Begleitbuch, bei dem jede Seite einer Schulungsfolie zugeordnet ist, inhaltlich an den derzeit aktuellen Stand der ZH 1/701 - Regeln für den Einsatz von Atemschutzgeräten - an.

Dräger Sicherheitstechnik GmbH
Revalstraße 1
23560 Lübeck
Tel. (0451) 882 - 3425
Fax (0451) 882 - 3703

Feuerlöschgeräte-Hersteller gründen Gütegemeinschaft

Fachlehrgänge und Instandhaltungsrichtlinien für Feuerlöcher und andere Handgeräte zur Brandbekämpfung unterliegen künftig einer umfassenden und klar definierten Qualitätsüberwachung. Das RAL-Gütezeichen (RAL-GZ 974) wird nach eingehender Prüfung von der dafür ins Leben gerufenen „Gütegemeinschaft Handbetätigte Geräte zur Brandbekämpfung - Instandhaltungsrichtlinien und Fachlehrgänge e. V.“ (GRIF) mit Sitz in Hagen verliehen.

In der GRIF haben sich Unternehmen der deutschen Feuerlöschgeräte-Industrie zusammengefunden. Gemeinsames Ziel ist die Vereinheitlichung

und Verbesserung der Qualität und Gestaltung von Instandhaltungsrichtlinien und Fachlehrgängen - zum Beispiel für Feuerlöcher. Mit den künftig zertifizierten Maßnahmen leisten die Mitgliedsfirmen der GRIF einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz und zur Qualitätsverbesserung der Sachkundigen-Ausbildung, um Brandschutz mit mobilen Geräten für die Anwender über Jahre hinweg auf hohem Niveau sicherzustellen.

Grundlage für das hohe Qualitätsniveau sind die neuesten Normen, Regelwerke und die Festlegung zusätzlicher Anforderungen. Die Überprüfung der Mitgliedsfirmen erfolgt nicht nur einmalig anlässlich der Verleihung des Gütesiegels. Durch fortgesetzte Eigen- und Fremdüberwachung will die Gütegemeinschaft gemäß dem RAL Regelwerk ein dauerhaft hohes Niveau der Schulungen und Richtlinien im Interesse optimaler Sicherheit im Brandfall gewährleisten.

Die Überwachung durch das RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V. erlaubt allen Interessenten den Zugriff auf das genau spezifizierte Regelwerk. Auf Anforderung steht diese Broschüre bei der Geschäftsstelle der GRIF zur Verfügung.

GRIF, Postfach 609, 58006 Hagen

Mit Hochdruck zum Erfolg

Beim weitaus größten Teil aller Brandeinsätze bei der Feuerwehr handelt es sich um Kleinbrände. Bisherige Löschmethoden bedeuteten hohen Geräte- und Personalaufwand sowie oftmals große Löschmittelschäden. Mit dem HiPress von AUER steht der Feuerwehr nun ein tragbares Lösch-



gerät zur Verfügung, das mit Hochdruck Brände bekämpft, ohne dabei großen Schaden durch Löschwasser anzurichten. Klein und handlich kann er - selbst unter Atemschutz - überall mit hin genommen werden. Ein Vorteil gegenüber herkömmlichen Schaumlöschern: Der AUER HiPress kann vom Betreiber selbst beliebig oft wiederbefüllt werden.

Das Löschprinzip ist so einfach wie genial. Durch den Ausstoß des Löschmittels unter hohem Druck wird dieses in feinste Wassertropfen zerstäubt. Diese Mikrotröpfchen haben durch ihre Vielzahl eine sehr große Oberfläche und können so Wärme besser absorbieren als Wasser bei herkömmlichen Löschmethoden. Der hohe Druck verstärkt die Löschwirkung enorm. Durch Löschmittelzusätze können selbst brennende Flüssigkeiten in kürzester Zeit gelöscht werden.

Auergesellschaft GmbH
Postfach 620, 12006 Berlin

Weltweit erste Zulassung

Die Dräger Sicherheitstechnik GmbH, Lübeck, hat die weltweit erste Zulassung für die maschinelle Reinigung und



Desinfektion von Bauteilen für Atemgeräte erhalten (Untersuchungsbericht Nr. 2820/99 der DMT, Fachstelle für Atemschutz).

Damit wurde erstmals die Eignung der maschinellen Reinigung und Desinfektion von Halbmasken der Baureihen Combitox und Cirrus sowie Vollmasken der Baureihen Panorama Nova und futura in den Waschautomaten der Reihe CombiClean bestätigt.

Die verunreinigten Masken werden in spezielle Maskenwaschbeutel verpackt und zusammen mit dem Reinigungs- und Desinfektionsmittel Eltra in die CombiClean gegeben. Die Vorbereitung für 18 Masken dauert etwa zehn Minuten, der automatische Waschvorgang mit Desinfektion und Spülungen etwa 60 bis 90 Minuten.

Dräger Sicherheitstechnik GmbH
Rewalstraße 1, 23560 Lübeck
Telefon 049 451 8 82-21 85
Telefax 049 451 8 82-31 22

Mobile Sondereinheit

Der Abrollbehälter Sonderlöschmittel AB-SLM ist eine Gemeinschaftsentwicklung der Firmen Heines, Wuppertal, und Gloria, Wadersloh, nach Aufgabenstellung der Feuerwehr der Stadt Kamp-Lintfort.

Das Konzept des Abrollbehälters wurde mit den Fachleuten der Feuerwehr entwickelt und stellt Sonderlöschmittel für den Einsatz nach folgender Spezifikation bereit:

Die Pulverlöschanlage besteht aus drei synchron geschalteten 250-kg-Behältern. Jede Einheit ist inkl. sämtlicher Zubehörteile auf einem spezi-

ellen Standrahmen befestigt. Dadurch wird die Austauschbarkeit, Wartung und Prüfung wesentlich erleichtert. Je 255 kg BC-Pulver, alternativ ABC-Pulver, stehen zur Verfügung. Die Auslösung erfolgt durch eine Drehventilöffnung von drei Stickstoffflaschen. Eine alternative Ausbringmöglichkeit von je 255 kg, 510 kg und 765 kg Pulver besteht. Über zwei Spezialhaspeln wird das Löschmittel ausgebracht. Automatische Schlauchaufroller mit Federrückzug, mechanische Rasterung und zweifache Arretiermöglichkeit bei jeder Umdrehung gehören zur Ausstattung. Die Haspeln können geschwenkt und auf Wunsch auch variabel angebracht werden. 30 Meter 2TE-Schlauch nach DIN EN 854 stehen pro Haspel zur Verfügung. 50 Meter Schlauch auf Wunsch. Zwei Schnellangriffseinrichtungen gehören zum Lieferumfang. Die Pulverausstoßrate liegt bei minimum 2 kg/sec pro Schnellangriffseinrichtung.

Die Kohlendioxidanlage besteht aus vier 60-kg-Einheiten (je 6 Flaschen) mit Koppelung von zwei Einheiten und Aufschaltung auf eine Spezialhaspel. Jede 60-kg-Einheit ist fest auf einem U-Profilrahmen montiert, was wiederum Austauschbarkeit, Wartung und Prüfung erleichtert. 240 kg CO_2 beträgt insgesamt die Füllung. Die Auslösung erfolgt über ein simultanes Schlagknopfgestänge pro 60-kg-Einheit. Eine alternative Ausbringmöglichkeit von je 60 kg CO_2 bzw. 120 kg CO_2 pro Schnellangriffseinrichtung ist gegeben. Über zwei Spezialhaspeln wird das Löschmittel ausge-

strahlt. Automatische Schlauchaufroller mit Federrückzug, mechanische Rasterung und zweifache Arretiermöglichkeit bei jeder Umdrehung gehören zur Ausstattung. Die Haspeln können geschwenkt und variabel angebracht werden. 30 Meter 2TE-Schlauch nach DIN EN 854 stehen pro Haspel zur Verfügung. 50 Meter Schlauch auf Wunsch. Zwei Schnellangriffseinrichtungen gehören zum Lieferumfang.

Es werden 2.500 kg Mehrbereichsschaummittel in einem Edelstahltank als Aufbau-Konstruktion mit angeschlossener Zumischeinrichtung Typ ESS-Mixer 2530/60 mitgeführt. Externe Wasserzubringung erfolgt über max. drei Storz-B-Kupplungen mit Kugelhahnabsperrung. Hinter der Zumischeinrichtung ist ein Verteilerrohr angeschlossen, das das Wasser oder Wasser-Schaumgemisch auf einen Dachmonitor Typ Rosenbauer RM 24 und vier Storz-B-Abgänge zum Anschluß von weiteren Strahlrohren verteilt.

Die heckseitige Monitor-Plattform ist im aufgesattelten Zustand des Abrollbehälters über eine Leiter erreichbar. Der Abrollbehälter selbst ist eine Stahl/Edelstahlkonstruktion und entspricht den geltenden DIN-Vorschriften und DIN-Abmessungen und hat eine variable Innenausstattung im Bereich der Lagerstellen.

Im Gesamtkonzept der Feuerwehr Kamp-Lintfort wird der Abrollbehälter auch im aufgesattelten Zustand als mobile Einheit für den Einsatz aller drei Löschmittel im Chemie-, Industrie- und Autobahnbereich verwendet.

GLORIA-WERKE
Postfach 1160
59321 Wadersloh
Tel. 02523/77-159 oder 77-161
oder 77-217
Fax 0 25 23/ 77- 295



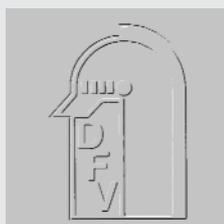
AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT



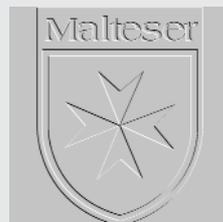
DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND



DEUTSCHES
ROTES KREUZ



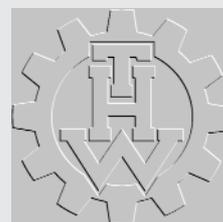
JOHANNITER-
UNFALL-HILFE



MALTESER-
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELPER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)



TECHNISCHES
HILFSWERK





Neues Konzept des ASB in Niedersachsen erhöht den Einsatzwert der SEG

Große Unfälle, wie die Entgleisung des ICE 884 „Wilhelm Conrad Röntgen“ im Juni 1998, Massenkarambolagen oder aber Gefahrgutunfälle und Intoxikationen von Menschen mit hochgiftigen Substanzen fordern eine schnelle, flexible und umfassende Reaktion von Rettungsdienst, Sanitätsdienst und den anderen Institutionen der Gefahrenabwehr und -bekämpfung. Aber auch bereits Straßenverkehrsunfälle in ländlichen Regionen mit einer Anzahl von mehr als fünf Schwerverletzten fordern den Rettungsdienst häufig bis hart an seine Kapazitätsgrenzen, vor allem dann, wenn diese Unfälle in der Nacht oder am Wochenende geschehen und die regulären Vorhaltungen entsprechend reduziert sind.

Der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland (ASB) und seine Landesverbände haben sich daher schon sehr früh, vor allem aber im Zuge der Reformen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz, für die Ergänzung des Rettungsdienstes durch Schnell-Einsatz-Gruppen (SEG) ausgesprochen. Diese Schnell-Einsatz-Gruppen stellen gerade bei Großereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle das ideale Bindeglied zwischen dem Rettungsdienst und dem Katastrophenschutz dar. Allerdings müssen aus Sicht des ASB für die flächendeckende Einrichtung von SEG Mindeststandards geschaffen werden, die eine Mindestvergleichbarkeit dieser besonderen Einrichtung ermöglichen und so den Einsatzwert, vor allem beim überörtlichen Einsatz, für die Einsatzleitungen klar erkennbar werden lassen.

Dies hat unter anderem auch das ASB-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastro-

phenschutz, der Kölner Oberbürgermeister Dr. Norbert Burger, mit Hinblick auf die sehr heterogene Situation bei den SEG erst kürzlich wieder öffentlich gefordert.

Neben den vorhandenen SEG-Helfern und den Rettungs- bzw. Krankentransportfahrzeugen für den SEG-Einsatz spielen vor allem die Materialvorhaltung von mobilen Verletzten-Sammel-Stellen, Verbrauchsmaterial etc. und der Materialtransport eine Schlüsselrolle bei der SEG-Konzeption.

In Niedersachsen hat der ASB nun einen wichtigen Schritt getan, der sowohl die Flächendeckung als auch die Mindeststandards entsprechend berücksichtigt und auch der gebotenen Wirtschaftlichkeit im Rettungsdienst Rechnung trägt. Eine ASB-SEG in Niedersachsen ist in der Regel auf die Versorgung und den Transport von mindestens zehn Schwerverletzten bzw. akut Erkrankten eingerichtet. Alle SEG sind an die zuständigen Rettungsleitstellen (RLS) angebunden und können über moderne Fernmeldemittel wie Funkmeldeempfänger umgehend alarmiert werden. Die Ausrückezeit liegt in der Regel deutlich unter 30 Minuten und stellt damit eine echte Alternative zu den schwerfälligen Katastrophenschutzeinheiten alter Prägung dar.

Neben den RTW, KTW und 4-Tragen-Wagen werden nun alle SEG mit einem speziell konzipierten, streng standardisierten SEG-Anhänger ausgestattet.

Unter der Federführung des Technischen Leiters des ASB-Landesverbandes Niedersachsen, Jürgen Mackensen, wurde bereits 1997 ein landesweites Konzept für Einsatzanfragen für Schnell-Einsatz-Gruppen

entwickelt, das nun in den Jahren 1998 und 1999 in der Praxis umgesetzt wird und den Einsatzwert der ASB-SEG deutlich erhöht.

Wichtigste Grundparameter für dieses Anhänger-Konzept waren und sind:

- Gewährleistung eines einheitlichen Mindeststandards in allen Anhängern,

- Sicherstellung einer hohen Flexibilität,

- Erhöhung des Einsatzwertes der gesamten SEG,

- Ausstattung aller geeigneten ASB-Orts- bzw. Kreisverbände in Niedersachsen,

- Kombination von Qualität und Wirtschaftlichkeit.

Materiell ist in den SEG-Anhängern des ASB unter anderem jeweils eine komplette Ausrüstung zum Errichten und Betreiben einer Verletzten-Sammel-Stelle vorhanden. Die Einrichtung einer Verletzten-Sammel-Stelle kann je nach örtlicher Infrastruktur oder aber Schadenstyp in einem geeigneten festen Gebäude oder aber in einem Zelt notwendig werden, um eine effektive ärztliche Sichtung und die nachfolgenden Maßnahmen zu gewährleisten.

Als Zugfahrzeuge kommen ausschließlich ASB-Mannschaftstransportwagen und Kleinbusse in Frage, die ohne Lkw-Führerschein gefahren werden können und beim Real-einsatz sowieso benötigt werden. Diese Zugfahrzeuge können dann vor Ort unmittelbar weitere Einsatzaufgaben übernehmen, um z.B. weiteres Personal oder Material zuzuführen. Die Mobilität der einzel-

Arbeiter-Samariter-Bund

Bei großen Unfällen ergänzen Schnell-Einsatz-Gruppen den Rettungsdienst.

(Foto: ASB Hamburg)



ASB
Arbeiter-Samariter-Bund

nen SEG-Komponenten wird damit im Schadengebiet um ein Vielfaches erhöht.

Selbstverständlich wird auch örtlichen bzw. regionalen Besonderheiten und Gefahrenquellen Rechnung getragen. Neben der 100%ig standardisierten Mindestausstattung besitzt jeder Anhänger eine entsprechende Staukapazität für eine ortsspezifische Zusatzausstattung, um gezielt auf Ereignisse vorbereitet zu sein.

Das niedersächsische ASB-Modell zeichnet sich neben seiner hohen Flexibilität und seinem hohen standardisierten Einsatzwert aber auch durch eine hohe Effizienz aus. Die Vorhaltung in einem entsprechend konfigurierten Anhänger ist wesentlich kostengünstiger als in einem eigens hierfür ausgebauten Motorfahrzeug. Wartungsarbeiten fallen in äußerst geringfügigem Umfang an, separate Treibstoffkosten fallen gänzlich weg und Kosten für Versicherungen etc. sind erheblich geringer als im Fall des wesentlich unflexibleren Kompaktmodells.

Zur Zeit befinden sich bereits sechs dieser Norm-Anhänger des ASB für seine Schnell-Einsatz-Gruppen in Niedersachsen im Einsatz. Drei weitere Anhänger werden zur Zeit beschafft und ausgebaut, so daß in absehbarer Zeit an neun niedersächsischen Standorten des Arbeiter-Samariter-Bundes die Schlagkraft

von Rettungsdienst und Katastrophenschutz für die Bewältigung von größeren Schadensereignissen erheblich gesteigert sein wird. In der untenstehenden Tabelle ist die stan-

dardisierte Mindestausstattung, die jeweils ortsspezifisch ergänzt wird, aufgelistet.

Wolfram Geier

Ausstattung des SEG-Einsatzanhängers

Zelt SG 20 oder SG 30 mit Zeltgestänge und Zubehör	1
Notstrom-Aggregat 2,5 - 5 kVA	1
Kraftstoff-Kanister mit Ausguß	1
Flutlicht-Strahler 500/1000 Watt	2
Flutlicht-Strahler-Stativ	2
Zeltleuchten	3
Kabeltrommeln mit 50 m Kabel	4
Feuerlöscher 6 kg	1
Werkzeugtasche	1
Klapptisch	1
Klappstühle	2
Müllbeutel-Ständer	1
Handscheinwerfer im Ladesockel, Ex-geschützt	4
Krankentragen nach DIN	10
Infusions-Stativ	10
Krankentragen-Lagerungsgestelle	2
Wolldecken in Transportsäcken verpackt	30
Schocktaschen mit Inhalt	4
Zarges-Kisten mit Inhalt	10
- Infusionen mit Infusionssystemen	2
- Verbandstoffe	1
- Fixiermaterial	1
- Leichentücher	1
- Dokumentation	1
Sauerstoff-Inhalations-Gerät	1
Wasserkarner	1



DLRG rettete 377 Menschen vor dem Ertrinken

Aufklärungskampagne soll Ertrinkungsfälle von Kindern stoppen

Mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne will die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft künftig den Ertrinkungsfällen von Kindern begegnen. 1997 ertranken allein 117 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren. 66 Mädchen und Jungen waren noch im Vorschulalter, als sie ihr Leben verloren. Diese Zahlen gab DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens jetzt vor der Bundespressekonferenz in Berlin bekannt. Es sei an der Zeit, gemeinsam mit Kindergärten, Grundschulen und Elternverbänden frühzeitig über die Gefahren im und am Wasser aufzuklären und Kindern das Schwimmen beizubringen. Diese prophylaktischen Maßnahmen seien die beste Lebensversicherung gegen den Ertrinkungstod, so der DLRG-Präsident.

Gegenüber 1996 sei die Zahl der Todesfälle um 18 Prozent auf 602 angestiegen. In der Altersklasse bis zu zehn Jahren starben 16 Kinder mehr als 1996.

Die ehrenamtlichen Rettungsschwimmer der DLRG bewahrten 1998 377 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken. Bei 60 Einsätzen, also bei jeder siebten Rettung, mußten sie Gefahren für ihr eigenes Leben in Kauf nehmen.

40.000 Männer und Frauen machten mit über zwei Millionen freiwilliger Wachstunden an Küsten, Binnengewässern und in Bädern die Freizeit für Millionen Menschen sicherer. Sie leisteten 34858 mal Erste Hilfe bei Verletzten im und am Wasser und retteten 6759 in Not geratene Wassersportler. Diese Zahlen belegten die Kompetenz und Leistungsfähigkeit dieses einzigartigen Systems freiwilliger, ehrenamtlicher Hilfeleistung. Sie zeigten aber auch die positive Grundeinstellung junger Menschen zum humanitären Einsatz, so Dr. Wilkens.

Entgegen den Prognosen von Freizeitforschern über die zukünftige Entwicklung im Ehrenamt hat die DLRG 1998 mit 556.000 Mitgliedern ein neues Rekordergebnis in ihrer 86jährigen Geschichte erzielt. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die Organisation 4.000 neue Helferinnen und Helfer. Damit habe die DLRG nach Angaben ihres Präsidenten die Position als größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt bestätigt.

Schwierig gestalte sich nach wie vor die Verbandsentwicklung in den fünf neuen Bundesländern. Zwar habe die DLRG einen Zuwachs von sechs Prozent zu verzeichnen, dennoch sei die Mitgliederdecke und somit auch die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland nach wie vor unbefriedigend. Unverändert hoch ist nach DLRG-Angaben die Zahl der Ertrinkungstoten in Ostdeutschland. 1997 ertranken 168 Personen. Der Ost-West-Vergleich zeige, daß in den neuen Bundesländern fast doppelt so viele Menschen ertrinken wie in Westdeutschland.

Als Ursachen sieht Wilkens die katastrophale Unterversorgung mit funktionstüchtigen Bädern für die Schwimmbildung und die unbefriedigende Situation in der Rettungsdienst-Gesetzgebung. Als Beispiel nannte er das Land Brandenburg. Im wasserreichsten Bundesland in Deutschland sei der Wasserrettungsdienst bis heute nicht in der Gesetzgebung berücksichtigt. Der DLRG-Präsident erneuerte das Angebot, gemeinsam mit den Ländern und anderen Organisationen an einer schnellen Problemlösung mitzuwirken.

Im Einvernehmen mit dem Deutschen Sportbund forderte er ein klares Finanzkonzept für den Bau neuer Schwimmbäder, das die Ver-

sorgung der Bevölkerung mit für die Schwimmbildung geeigneten Bädern sicherstellt. Als Weg in die richtige Richtung bezeichnete Wilkens die Initiative Mecklenburg-Vorpommerns. Mit Unterstützung des dortigen Wirtschaftsministeriums seien in jüngster Zeit fünf neue Kombibäder entstanden.

Aus Sicht der DLRG habe die bundesweit anhaltende Welle von Bäderschliessungen und die Umwandlung von Bädern in Spaßbäder mittlerweile zu erheblichen Problemen in der Schwimmbildung geführt. Allein im vergangenen Jahr verzeichnete die DLRG als größter privater Ausbilder ein Minus von zehn Prozent. Die Ausbilder nahmen 209.663 Schwimmprüfungen und 50.199 (7,6 %) Rettungsschwimmprüfungen ab. Unzumutbar sei inzwischen die Situation bei den Schwimmanfängern. Wartezeiten von ein bis zwei Jahren seien in zahlreichen Ortsgruppen an der Tagesordnung. „Das ist ein Zustand, der für viele Eltern nicht mehr akzeptabel ist. Setzt sich dieser Trend fort, müssen wir in Zukunft mit noch höheren Ertrinkungszahlen rechnen“, so Dr. Wilkens wörtlich.

Mit Beginn der neuen Badesaison präsentieren sich die Lebensretter der DLRG im neuen Look: In Rot und Gelb werden die Rettungsschwimmer künftig über die Sicherheit der Badegäste wachen. Ziel der DLRG sei es, in Abstimmung mit anderen Wasserrettungsorganisationen in Europa, eine einheitliche Bekleidung an allen europäischen Küsten einzuführen.

27. Deutscher Feuerwehrtag 2000 in Augsburg

Über 200.000 Gäste - Internationale Fachmesse INTERSCHUTZ -
Buntes Rahmenprogramm

Für die einen ist es das Feuerwehrfest des Jahrzehnts, für die anderen der ultimative Treffpunkt aller Feuerwehrbegeisterten: Vom 20. bis 25. Juni 2000 findet in Augsburg der 27. Deutsche Feuerwehrtag statt. Parallel zu diesem Großereignis, das der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband Bayern und der Stadt Augsburg veranstaltet, öffnet die Weltleitmesse INTERSCHUTZ ihre Pforten. Weitere Veranstaltungs-Highlights, die im Vorfeld des Feuerwehrtages stattfinden, sind die Tagungen des internationalen Feuerwehrverbandes CTIF (17. bis 19. Juni) sowie die 19. Straßen-Radweltmeisterschaften der Feuerwehren am 17. und 18. Juni. Eine derart konzentrierte Bündelung von Fach- und Publikumsveranstaltungen zum Thema Feuerwehr an einem Ort und zum gleichen Zeitpunkt hat es in der Geschichte des deutschen Feuerwehrwesens wohl noch nicht gegeben. In Augsburg werden über 200.000 Besucher, davon ein Viertel aus dem Ausland, erwartet. Für alle Veranstaltungen laufen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren.

Straßen-Radweltmeisterschaften der Feuerwehren

Den Auftakt zu den Augsburger Feuerwehrfesttagen bilden die 19. Straßen-Radweltmeisterschaften der Feuerwehren am 17. und 18. Juni. Die Veranstalter erwarten 500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland, u. a. aus Spanien, Frankreich, Schweden und Österreich. Das Finalrennen am Sonntag führt die Fahrer über eine zwölf Kilometer lange Strecke, die je nach Altersgruppe mehrmals gefahren wird. Am Vortag findet das Training statt. Während einer Rad-Touristik-Fahrt



haben die Besucher die Möglichkeit, gemeinsam mit den Profi-Radlern einige Kilometer rund um Augsburg zurückzulegen.

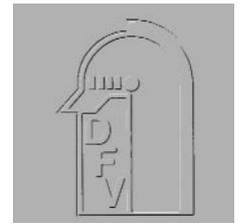
100 Jahre CTIF - Internationales Symposium

Das CTIF (Comite technique international de prevention et d'extinction du feu), die internationale Organisation für abwehrenden und vorbeugenden Brandschutz, feiert in Augsburg am 18. Juni mit einem

Festakt ihr 100jähriges Bestehen. Die Organtagungen des Feuerwehr-Weltverbandes sowie ein Fachsymposium mit 300 Teilnehmern aus aller Welt finden vom 17. bis 19. Juni statt. Im CTIF sind mehr als 80 Staaten mit ihren Feuerwehren vertreten.

Das Motto: „Feuerwehr - ohne uns wird's brenzlig“

Der Deutsche Feuerwehrtag wird vom DFV alle zehn Jahre ausgerich-





tet, zuletzt 1990 in Friedrichshafen am Bodensee. In Augsburg steht er unter dem Motto „Feuerwehr- ohne uns wird's brenzlich“. Neben den rein fach- und verbandsbezogenen Programmpunkten wie Fach- oder Organtagungen dürfen sich die Besucher des Feuerwehrtages auf einige sportliche und kulturelle Extras freuen.

DFV-Wettkämpfe und Bundeswertungsspielen

Im Augsburger Ernst-Lehnert-Stadion werden am 23. Juni die Feuerwehr-Wettkämpfe und Wettbewerbe der Jugendfeuerwehren ausgetragen. 2000 Sportler aus verschiedenen Altersgruppen wetteifern um die Deutsche Meisterschaft und die Teilnahme an der Feuerwehr-Olympiade im Jahre 2001 in Finnland.

Mit 56 musiktreibenden Zügen der Feuerwehren avanciert das 8. DFV-Bundeswertungsspielen (23. und 24. Juni) zu einem musikalischen Highlight in Augsburg. Die Austragungsstätte für die Marschwertung und das Bühnenspiel liegt unmittelbar neben dem Messegelände. Zu einem abschließenden gemeinsamen Auftritt versammeln sich die 2000 Musiker am 24. Juni im Rahmen der Siegerehrung im Ernst-Lehnert-Stadion.

Kundgebung mit dem Bundeskanzler

Eine große Kundgebung im Rosenaustadion mit anschließendem Festumzug durch die Innenstadt sowie ein Altstadtfest unter dem Motto „Feuer und Wasser“ beschließen am 25. Juni den 27. Deutschen Feuerwehrtag in Augsburg. Als prominenter Gast und Redner auf der Kundgebung hat Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Teilnahme angekündigt.

Der LFV Bayern als zuständiger Landesfeuerwehrverband hat seine Organtagungen (Vorstandssitzung, Verbandsausschuß und Delegiertenversammlung) ebenfalls in das Programm des Feuerwehrtages eingebettet. Sie finden am 23. Juni ihren feierlichen Abschluß mit einem Empfang der Bayerischen Staatsregierung.

INTERSCHUTZ - Weltleitmesse für Brand- und Sicherheitstechnik

Die INTERSCHUTZ, die internationale Messe für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst öffnet ihre Pforten vom 20. bis 25. Juni, täglich von 9 bis 18 Uhr. Den mehr als 1.000 Ausstellern aus 40

Nationen stehen auf dem erweiterten Messegelände 55.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in 13 Messehallen, 42.000 Quadratmeter Freigelände sowie ein Service- und Tagungszentrum zur Verfügung. Sechs Tage bietet die INTERSCHUTZ den Besuchern Innovationen aus aller Welt. Darüber hinaus werden hier Feuerwehren, Rettungsdienste

Tageskalender Augsburg 2000

Datum	Veranstaltung
Samstag, 17. Juni	19. Straßen-Radweltmeisterschaften (Training, Rad-Touristik-Tour) CTIF (Exekutiver Rat, Permanenter Rat) Premiere Augsburger Puppenkiste
Sonntag, 18. Juni	19. Straßen-Radweltmeisterschaften (Finale, Siegerehrung) CTIF (Internat. Symposium, Festakt)
Montag, 19. Juni	INTERSCHUTZ (Eröffnungsfeier) CTIF (Internat. Symposium)
Dienstag, 20. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ
Mittwoch, 21. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ DFV (Fachtagungen, Eröffnung Jugendzeltlager)
Donnerstag, 22. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ DFV (Training Feuerwehrwettkämpfe und Wettbewerbe der Jugendfeuerwehr, Jugendzeltlager, Festakt)
Freitag, 23. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ DFV (Bundeswertungsspielen, Feuerwehrwettkämpfe und Wettbewerbe der Jugendfeuerwehr, Jugendzeltlager)
Samstag, 24. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ DFV (Siegerehrungen: Bundeswertungsspielen, Feuerwehrwettkämpfe und Wettbewerbe der Jugendfeuerwehr, Jugendzeltlager, Kundgebung, Festumzug) Stadtfest in Augsburg
Sonntag, 25. Juni	Ausstellung INTERSCHUTZ DFV (Jugendzeltlager)
<i>Tägliches Rahmenprogramm</i>	
16. bis 23. Juni	Stadtrundfahrt Augsburg, Busfahrt Neuschwanstein und Wieskirche, Rothenburg o.d.T., München

und Katastrophenschutz-Organisationen ihre unterschiedlichen Aufgabebereiche und Einsatzmöglichkeiten präsentieren.

Welche große Popularität die INTERSCHUTZ, ideeller Träger ist die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb), genießt, zeigen die Besucherzahlen der letzten Messe 1994 in Hannover. 140.000 Interessierte zog es vor fünf Jahren in die Stadt an der Leine. In Zukunft wird die INTERSCHUTZ alle fünf Jahre stattfinden.

Augsburg - Eine Stadt läßt die Puppen tanzen

Augsburg ist für den Deutschen Feuerwehrtag und seine Besucher bestens gerüstet. Zimmerkontingente in Hotels, Pensionen und privaten Quartieren wurden bereits reserviert. Für die Fach- und Organtagungen stehen den Teilnehmern repräsentative Räumlichkeiten zur Verfügung. Dank einer hervorragenden Infrastruktur ist die Stadt am Lech bequem per Auto, Bahn oder Flugzeug zu erreichen.

Einen besonderen kulturellen Leckerbissen haben die Augsburger für ihre kleinen und großen Gäste vorbereitet. Das Ensemble der weltberühmten „Augsburger Puppenkiste“ wird zu Beginn des Feuerwehrtages ein eigens für dieses Ereignis produziertes Stück welturaufführen (Premiere am 17. Juni) - selbstverständlich zum Thema Feuerwehr.

Rahmenprogramm

Augsburg bietet seinen Gästen neben den zahlreichen Veranstaltungen rund um Feuerwehrtag und INTERSCHUTZ auch ein attraktives und abwechslungsreiches Rahmenprogramm an. Dazu gehören zum Beispiel Tagestouren zum Schloß Neuschwanstein, nach München mit Besuch der Bavaria Filmstudios und dem Deutschen Museum und natürlich Stadtrundfahrten durch das 2000 Jahre alte Augsburg.

Anmeldung, Preise und Unterkünfte

Für die Teilnahme am 27. Deutschen Feuerwehrtag ist eine Anmel-

dung per Teilnehmermeldung erforderlich. Der Meldebogen enthält auch die Bestellmöglichkeiten für das Tagungsabzeichen (7 Mark pro Stück), das jeder Teilnehmer benötigt, Tages- und Dauerkarten für die INTERSCHUTZ (18 bzw. 35 Mark), Teilnahmekarten für das Rahmenprogramm sowie für die Übernachtungen in Gemeinschaftsquartieren.

Die Unterlagen können ab sofort beim Organisationsbüro in Augsburg angefordert werden:

*27. Deutscher Feuerwehrtag
Organisationsbüro
Berliner Allee 30
86153 Augsburg
Telefon (08 21) 324-37 86/88
Telefax (08 21) 324-37 89
E-Mail: BFAugsburg@aol.com
Internet: <http://www.fb-augsburg.de/feuerwehr>*

Anmeldeschluß ist der 31. März 2000. Das Organisationsbüro gibt darüber hinaus Auskünfte zu allen Fragen rund um den Feuerwehrtag.

+

Ansprechpartner für Reservierungen in Hotels, Pensionen und Gasthöfen ist die

*Regio Augsburg Tourismus GmbH
Bahnhofstraße 7,
86150 Augsburg
Telefon (08 21) 50 20 70
Fax (08 21) 50 20 745
E-Mail:
tourismus@augzburg.btl.de
Internet: <http://www.btl.de>*

+

Informationen zur INTERSCHUTZ gibt es beim Veranstalter

*Deutsche Messe AG
Abteilung 212
Messegelände
30521 Hannover
Internet: <http://www.interschutz.de>*

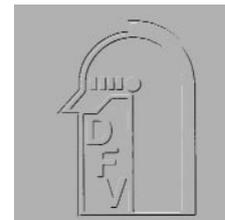
25 Jahre DFV-Versandhaus

Das Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbands feiert in diesem Jahr sein 25jähriges Jubiläum. Fachbücher, Modellbausätze, Fahnen, Rauchmelder, Spielzeug, Urkunden, Abzeichen, Schulungsmaterial, Fachzeitschriften und und und - das Unternehmen bietet eine einzigartige Produktpalette rund um die Welt der Feuerwehr.

Die Anfänge des Hauses waren vergleichsweise bescheiden. Das Büroinventar bestand 1974 aus einem Schreibtisch und einem Vorratsregal. Die Garage des damaligen DFV-Generalsekretärs Benno Ladwig wurde zum Warenlager und Packraum umfunktioniert. In der Chronik des ersten Geschäftsjahres heißt es: „Unsere Einnahmen teilten sich der Steuerberater, das Finanzamt, die Krankenkasse, die Bundesversicherungsanstalt und das Steueramt der Stadt Bonn. Die erste Inventur war innerhalb von einer Stunde erledigt.“

Ein Vierteljahrhundert später sorgen unter der Geschäftsführung von Rolf Schäfer acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür, daß über 50.000 Kunden sachkundig beraten werden und ihre Bestellungen wunschgemäß erhalten. Vor vier Jahren wurde ein neues Domizil bezogen. Das moderne Gebäude verfügt über 700 qm Nutzfläche mit Ausstellungs- und Verkaufsraum, Warenlager, Büros, Hausdruckerei, Konferenzzimmer sowie Pack- und Gravurräumen. Durchschnittlich 2.000 Bücher- und weitere Warensendungen verlassen monatlich das Versandhaus an der Koblenzer Straße in Bonn. Ihr Ziel sind die Mitglieder und Freunde der Feuerwehren im In- und Ausland.

Infos: Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbands GmbH, Postfach 24 01 25, 53154 Bonn, Tel. (02 28) 9 53 50 20, Internet: www.Feuerwehrversand.de





200. Lkw mit Hilfsgütern für Kosovo-Flüchtlinge

In sieben Wochen Hilfe für 31,8 Millionen Mark in die Krisenregion

Am Freitag, 21. Mai 1999, startete der 200. Lkw mit Hilfsgütern des Deutschen Roten Kreuzes für Kosovo-Flüchtlinge. Damit hat das DRK in sieben Wochen seit dem 1. April 1999 Hilfen von über 30 Millionen Mark per Lkw und mit 25 DRK-Hilfsflügen in die Krisenregion nach Albanien, Mazedonien und in die Bundesrepublik Jugoslawien gebracht.

Bundesrepublik Jugoslawien

Das DRK stellte Sachspenden im Wert von 3,4 Millionen Mark für Jugoslawien zur Verfügung. Das IKRK hat 5.300 Lebensmittelpakete, 19.200 Quadratmeter Plastikfolie, 5.360 Wolldecken, 4.300 Hygieneepakete, 966 Matratzen sowie Kerzen für die von den Angriffen auf Surdulica, Novi Sad und Valjevo betroffenen Menschen verteilt. Darüber hinaus wurden chirurgisches Material, Infusionen sowie Medikamente an Krankenhäuser und Notfallstationen in Surdulica, Novi Sad, Valjevo, Aleksinac, Prokuplje und Vranje ausgegeben. Das DRK plant die Lieferung von weiteren Nahrungsmitteln sowie von Homodialysematerial und Blutbeutel.

Albanien

In Albanien ist das DRK weiterhin im Lager Quatrom in Corca tätig, in dem bis zu 5.000 Flüchtlinge untergebracht werden können. Es ist dort für die Bereiche Wasser und Sanitär zuständig. Für den Aufbau eines weiteren Lagers in unmittelbarer Nähe ist das DRK um Unterstützung bei der technischen Planung gebeten worden. Vorgesehen ist der Aufbau eines Hochtanks mit einem Fassungsvermögen von 90.000 Litern, aus dem die Wasserversorgung für das Lager sichergestellt werden kann. Das DRK hat seine Unterstützung für Gastfamilien in Albanien

stark intensiviert. Mehr als 120.000 Flüchtlinge leben in einheimischen Familien, die jetzt mit Lebensmittelpaketen des Roten Kreuzes versorgt werden.

Im Rahmen der internationalen Rotkreuz-Hilfen in Albanien betreuen nationale Rotkreuz-Gesellschaften zehn Flüchtlingslager in Kukës, Shoder, Lezhe, Tirana, Durrës, Kavajë, Elbasan, Pogradec, Korça und Vlores.

Mazedonien

Schwerpunkt der DRK-Aktivitäten in Mazedonien ist weiterhin das Lager Brazda bei Skopje. Dort arbeitet seit vier Wochen eine DRK-Wasser-aufbereitungsanlage, die täglich bis zu 120.000 Liter sauberes Trinkwasser produziert. Das vom DRK im Lager errichtete Hospital ist für 200 Patienten ausgelegt. Dies entspricht der Größe eines Kreiskrankenhauses. Es besitzt einen Operationssaal mit Entbindungsstation, in der schon 32 Kinder geboren wurden. Fünf Ärzte (Allgemeinmediziner, Kinderarzt, Gynäkologe, Internist) und Pflegepersonal gehören zum Team.

Die vom DRK kurzfristig beschafften 1.500 Zelte für das Flüchtlingslager Cegrane sind mittlerweile aufgebaut. 7.500 Flüchtlingen, die bis-

her unter freiem Himmel leben mußten, konnte damit eine Unterkunft gegeben werden.

Für Flüchtlinge, die in mazedonischen Gastfamilien untergebracht sind - und das sind nahezu die Hälfte aller Flüchtlinge im Land - beschafft das DRK derzeit über 7.400 Matratzen.

Kosovo

Als erste internationale Hilfsorganisation ist das IKRK wieder im Kosovo tätig. Die Delegation sondiert zur Zeit die Möglichkeiten, Hilfsgüter nach Pristina zu transportieren und von dort die Verteilung vorzunehmen.

Rotkreuz-Personal

Insgesamt sind im Krisengebiet 57 Rotkreuz-Experten des DRK im Einsatz. Sie unterstützen das Internationale Rote Kreuz und die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften vor Ort bei ihrer Arbeit.

Familienzusammenführung

Mitarbeitern des IKRK ist es gelungen, drei Kinder, deren Großmutter sowie einen 17jährigen Jungen aus Mazedonien nach Albanien zu bringen, wo sich die Angehörigen



Das Rote Kreuz versorgt die Flüchtlinge mit Lebensmitteln.

aufhielten. Es waren die ersten Familien, die zwischen Mazedonien und Albanien wieder zusammengeführt wurden. Das IKRK hat in sieben großen Flüchtlingslagern Suchdienstbüros eingerichtet, um auseinandergerissenen Familien zu helfen, Kontakt zu ihren Angehörigen aufzunehmen. Die hier gesammelten Informationen werden im IKRK-Suchdienstbüro in Skopje gesammelt und zentral bearbeitet. Bisher hat das IKRK 150 Familien innerhalb Mazedoniens zusammengeführt, die in verschiedenen Lagern lebten. Die IKRK-Mitarbeiter haben inzwischen Unterlagen von über 400 Kindern, die von ihren Eltern getrennt wurden und von über 100 Familien, die ihre Kinder vermissen.

Das DRK hat angesichts der steigenden Zahl von Anfragen eine Zentrale Auskunftsstelle beim DRK-Suchdienst München (Chiemgaustraße 109, 81549 München, Telefon 089/6807730, Fax 089/68074592) eingerichtet. Alle DRK-Kreisverbände beraten darüber hinaus in Suchdienstfragen.

Kosten von Spendengütern

Das DRK garantiert, daß Geldspenden effektiv für die Hilfe vor Ort eingesetzt werden. Von jeder gespendeten Mark werden lediglich fünf Pfennig an Verwaltungskosten benötigt. Jede noch so kleine Spende kann helfen: Ein Nahrungsmittelpaket für eine Person und einen Monat kostet 18 Mark. Es enthält Speiseöl, Reis, Nudeln, Speisesalz, Hefe, Zucker, Weizenmehl und Hühnerfleisch in Dosen.

Ein Hygienepaket für fünf Personen und einen Monat kostet 13 Mark. Es enthält Vollwaschmittel, Toilettenpapier, Seife, Zahncreme, Zahnbürsten, Haarshampoo, Einweg-Rasierer, Damenbinden und ein Handtuch. Ein Babypaket für ein Baby bis zu zwei Jahren und einen Monat kostet 30 Mark. Es enthält eine Decke, Vollwaschmittel, Seife, Shampoo, Lotion, Puder, Mullwindeln, Plastikhöschen und ein Fieberthermometer.

Der Betrieb des Hilfskrankenhauses im Lager Brazda kostet pro Tag 20.000 Mark. Der Aufbau eines Lagers mit 4.000 Flüchtlingen mit Zelten, Feldbetten und Schlafsäcken kostet ca. eine Million Mark.

Fachausschuß „Humanitäres Völkerrecht“ tagt zum Berichtsverfahren



DRK-Präsident Prof. Dr. Knut Ipsen spricht zu den Tagungsteilnehmern.

Unter der Leitung des Vorsitzenden des DRK-Fachausschusses „Humanitäres Völkerrecht“, Prof. Dr. Michael Bothe, trafen sich Ende Mai Experten aus Forschung und Lehre, von Regierung und verschiedenen Rotkreuzgesellschaften und dem IKRK, um über die Einführung eines freiwilligen Berichtsverfahrens im Bereich des humanitären Völkerrechts zu beraten. Unter den mehr als 30 Teilnehmern aus zehn verschiedenen europäischen Staaten war auch der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Prof. Dr. Knut Ipsen.

Sinn und Zweck dieses Berichtsverfahrens soll sein, daß die Regierungen von Staaten an ein unabhängiges Expertengremium berichten, wie sie die Verpflichtungen aus den verschiedenen Abkommen zum humanitären Völkerrecht, insbesondere den Genfer Konventionen, in ihrem nationalen Recht umgesetzt haben, wobei diese Angaben auch geprüft und in einem Dialog kritisch hinterfragt werden. Berichtsverfahren als Kontrollinstrument existieren bereits in anderen Völkerrechtsbereichen wie in den Menschenrechten und im Umweltrecht.

Der Fachausschuß des DRK „Humanitäres Völkerrecht“ feierte bereits im vergangenen Jahr sein 25jähriges Bestehen. Er ist der zweitälteste Ausschuß dieser Art weltweit und genießt hohes Ansehen bei Regierungen und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz.

Blut wird knapp

Feiertage, die beginnende Ferienzeit und sommerliches Wetter haben zu einem starken Einbruch bei den Blutspenden geführt. Das Deutsche Rote Kreuz befürchtet Versorgungsengpässe bei allen Blutgruppen und ruft die Bürger dringend verstärkt zu Blutspenden auf.

Im Schnitt kamen in den vergangenen Wochen 10 Prozent weniger Blutspender als erwartet. In einzelnen Regionen beträgt der Rückgang sogar 30 - 40 Prozent. Der Vorrat an Blutkonserven ist aufgebraucht. Es

ist keine Katastrophenreserve mehr vorhanden. Vereinzelt wurden geplante Operationen mangels Blutkonserven bereits abgesagt.

Insgesamt sind im vergangenen Jahr die Blutspenden um 5 Prozent gestiegen. Blutkonserven sind nur begrenzt haltbar. Deshalb treten in der Urlaubszeit in jedem Jahr Engpässe auf. Das Rote Kreuz appelliert an alle Bürger zwischen 18 und 68 Jahren, jetzt Blut zu spenden.

Informationen zu Blutspendemöglichkeiten gibt es unter der kostenlosen Senice-Telefonnummer 0800 / 11 949 11.





Umfassende Hilfe der Johanniter

„Innerhalb der vergangenen 35 Stunden haben 60.000 Kosovo-Flüchtlinge die Grenze nach Albanien überquert“, meldeten die Nachrichtenagenturen dpa und Reuters übereinstimmend am 30. März. Die Nachricht des folgenden Tages besagte, bereits 90.000 Menschen hätten während der vergangenen Tage das Kosovo auf der Flucht verlassen.

Es war der siebte Kriegstag im Konflikt zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien. Mit dem Versuch der endgültigen Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo bahnte sich eine menschliche Tragödie an. Ein Flüchtlingsdrama, das mehr als 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges den meisten Europäern für ihren Kontinent als unvorstellbar erschien.

Schnelles und entschlossenes Handeln der großen Hilfsorganisationen war gefragt. Die Johanniter reagierten unmittelbar. Auf Initiative des JUH-Bundesvorstandes Andreas von Block-Schlesier wurde am 30. März der Einsatzstab „Nothilfe Kosovo“ gegründet, der noch am selben Tag in den Räumlichkeiten des Regionalverbandes Köln die Arbeit aufnahm. Der Standort Köln bot sich an, da hier auch die Abteilung JOIN (Johanniter International) der Organisation beheimatet ist. So bildete sich innerhalb weniger Tage ein erfahrenes und kompetentes Team, bestehend aus den Mitgliedern des Stabes und den Mitarbeitern von JOIN. „Die Erfahrung und das Wissen aus der langjährigen Auslandsprojektarbeit von JOIN waren uns besonders wichtig“, beschreibt Einsatzleiter Matthias Ludwig die Situation. Besonders bei den Zollformalitäten, den Versicherungsfragen, der Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten und der Antragstellung beim Auswärtigen Amt und den zuständigen Stellen der Europäischen Union, konnte JOIN die Arbeit des Stabes maßgeblich unterstützen.

Die Teamarbeit bewährte sich rasch. Innerhalb von zwei Tagen gelang es, einen Konvoi mit sechs Lastwagen aus den Landesverbänden Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammenzustellen. So konnten bereits über Ostern 100 Tonnen Hilfsgüter im Wert von 200.000 Mark in die mazedonische Hauptstadt Skopje gebracht werden. Gleichzeitig begab sich der Verbindungsmann der Johanniter, Alfred Heinrichs, in die mazedonische Hauptstadt. Seine Aufgabe: die Verteilung der Hilfsgüter in Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche Mazedoniens zu organisieren und zu überwachen. Bis zum 23. März hatte Heinrichs bereits sechs Monate das Koordinationsbüro in Pristina geleitet.

Mit der Einrichtung von Zeltunterkünften für die Flüchtlinge wuchs auch das Aufgabenspektrum der Johanniter. Im Lager Neprostenno, sechs Kilometer nordöstlich von Tetovo, übernahmen die Johanniter mit ihrem Medical Point, bestehend aus zwei OP-Containern, die medizinische Versorgung der Flüchtlinge. Ein internationales medizinisches Team, bestehend aus zwei Ärzten, vier Krankenschwestern, einer Hebamme, einer Rettungsassistentin, einem Logistiker und einem Sanitäter, versorgt hier pro Tag bis zu 200 Menschen medizinisch. Zehn Betten stehen für einen vorübergehenden stationären Aufenthalt zur Verfügung. „Beeindruckend unsere Leistung, doch die menschliche Katastrophe ist perfekt“, schildert der Bundesarzt der Johanniter, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Wilms, seine Eindrücke. Besonders Kinder und alte Menschen seien in Folge tagelanger Märsche betroffen von Mangelernährung, Durchfallerkrankungen und fieberhaften Infekten. Zu welchen Leistungen das medizinische Team fähig ist, stellten die Johanniter in Neprostenno in der Nacht zum

23. April eindrucksvoll unter Beweis. „Wir waren gerade mit dem Aufbau des Kreißsaals fertig, als die hochschwängere Frau mit ihrem Mann um 22 Uhr zu uns kam“, berichtet der Leiter des Medical Points, Colin Hieronymus. Drei Stunden betreute das Geburtsteam der Johanniter, die Ärztin Dr. med. Juliane Färber, die Hebamme Kerstin Rauh (Regionalverband Niedersachsen Mitte) und die Krankenschwester Daniella Benkert (Kreisverband Donauwörth), die Schwangere. Trotz der besonderen Umstände verlief die Geburt ohne Komplikationen. Einen Jungen, 53 Zentimeter groß, brachte die Mutter gesund auf die Welt.

Mit dabei waren die Johanniter natürlich auch bei der Überführung von Flüchtlingen nach Deutschland. Fast alle Landesverbände beteiligten sich an dieser Aktion. Die medizinischen Teams der Johanniter betreuten zwölf Flüge.

Insgesamt haben die Johanniter seit dem 30. März 889 Tonnen Hilfsgüter im Gesamtwert von 2.596.500 Mark nach Mazedonien und Montenegro bringen können. Mit Transalls der Bundeswehr und mit eigenen Lastwagenkonvois transportierten sie vorwiegend Lebensmittel, Medikamente, Babynahrung und medizinisches Gerät in die Krisenregion. „Hervorragend gestaltet sich besonders die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, sowohl beim Transport als auch vor Ort in Mazedonien“, stellt Einsatzstabsleiter Matthias Ludwig fest.

Fest steht, daß der Einsatzstab „Nothilfe Kosovo“ bis zum Abschluß aller Johanniter-Hilfsaktionen bestehen bleiben wird. Auf Vorschlag des Bundesvorstandes wird zur Entlastung des Einsatzstabes jedoch die Projektentwicklung den beteiligten Landesverbänden übergeben.

„Wir haben uns darauf eingerichtet, den Opfern des Krieges so lange zu helfen, wie es nötig ist“, bekräftigt der Leiter des Einsatzstabes, Matthias Ludwig, das Engagement der Johanniter.

*Christoph Ernesti
Pressesprecher JUH
Bundesgeschäftsstelle Berlin*

Jeder Vierte in Deutschland engagiert sich ehrenamtlich

Studie im Auftrag der Malteser bringt interessante Erkenntnisse

Fast 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland engagiert sich ehrenamtlich. Dabei investiert jeder Ehrenamtliche durchschnittlich 20 Stunden im Monat in unentgeltliche, außerberufliche Tätigkeiten, die sich am Gemeinwohl orientieren.

Das geht aus einer aktuellen EMNID-Untersuchung im Auftrag des Malteser Hilfsdienstes hervor, die Elisabeth Freifrau von Spies, Vizepräsidentin der Hilfsorganisation, in der über 30.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tätig sind, in Köln vorstellte. „Die Summe von viereinhalb Milliarden Stunden, die jährlich unbezahlt für andere geleistet werden und einem Geldbetrag von 214 Mrd. Mark entsprechen, zeigt über die volkswirtschaftliche Bedeutung hinaus auch die soziale Relevanz des Ehrenamtes“, betonte die ehrenamtliche Führungskraft der Malteser. So wurde in der Studie soziales Verantwortungsbewußtsein - vor dem Gemeinschaftserlebnis und der Möglichkeit, sich persönlich weiterzuentwickeln - am häufigsten als Motiv für ehrenamtliche Aktivitäten genannt.

80 Prozent der repräsentativ Befragten erwarten, daß in der Zukunft der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement eher zunimmt als abnimmt. „Deshalb liegen wir Malteser richtig, wenn wir künftig noch stärker auf das Ehrenamt setzen“, sagte Freifrau von Spies, die eine bundesweite Projektgruppe der Malteser zur Erneuerung des Ehrenamtes leitet. „Neben der Stärkung unseres klassischen Ehrenamtes wie etwa im Katastrophenschutz, im Sanitätsdienst und in der Erste-Hilfe-Ausbildung geht es uns vor allem um den Aufbau eines neuen Ehrenamtes in den sozialen Betreuungsdiensten und in der Begleitung Sterbender. Denn die neuen sozialen Nöte brauchen ein neues Engagement.“

Mit zahlreichen Aktionen widmen sich die Malteser das ganze Jahr 1999 über besonders dem Ehrenamt.

Die aktuelle Malteser-Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Kosovo wäre ohne ehrenamtliche Helferinnen und Helfer undenkbar. Von den 54

bisher eingesetzten Kräften waren 50 ehrenamtlich tätig. Im Malteser Flüchtlingscamp im albanischen Shkoder betreuen sie unentgeltlich Flüchtlinge, errichten Zelte, stellen Trinkwasser her, kochen Mahlzeiten oder sorgen für elektrischen Strom und die Kommunikationstechnik.

Auch im Katastrophenschutz aktiv Jahresbericht 1998 gibt einen Einblick

Nachdem 1997 das neue Zivilschutzgesetz in Kraft getreten war, war eine bundesweite Neuorganisation des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig geworden. Inzwischen hat sich die Einbindung von Maltesereinheiten in die spezifischen Katastrophenschutzstrukturen der Bundesländer konsolidiert. Ebenso ist die Integration der vom Bund bereitgestellten Einsatzfahrzeuge des Sanitäts- und Betreuungsdienstes in die neuen Einheiten nahezu vollständig umgesetzt.

Nun gilt es, die in den Verhandlungen mit dem Bund getroffenen Kompromisse zur Ausbildung und Finanzierung des bundesseitigen Katastrophenschutzes in die Praxis umzusetzen. In dieser schwierigen Situation ist es den Maltesern gelungen, trotz Personalreduzierung in den Einheiten ihre Einsatzpotentiale für den Katastrophenschutz auf einem relativ hohen Niveau zu halten.

Mit ihren 860 Einheiten für den Katastrophenschutz bieten die Malteser damit den Ländern eine wesentliche Grundlage für Maßnahmen und Planungen im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge.

Von besonderer Bedeutung sind dabei die mittlerweile 31 „Leitungen

Einsatzdienste“, deren wesentliche Aufgaben die ortsübergreifende Bündelung des ehrenamtlichen Einsatzes, die Initiierung und Koordination von Ausbildungsmaßnahmen und vor allem die Vernetzung und Erweiterung von ehrenamtlichen Aktivitäten sind.

Die starke Beteiligung ehrenamtlicher Helfer aus dem Katastrophenschutz an Groß- und Hilfeinsätzen im Jahr 1998 macht deutlich, daß dieser Teil des klassischen Ehrenamts nach wie vor eine tragende Säule der Hilfsorganisation bildet. Beispielhaft seien hier aufgeführt: der Einsatz anlässlich des Deutschen Katholikentages in Mainz, der Einsatz der Malteser in Medjugorje (Bosnien) und die zahlreichen Einsätze bei Festivals und großen Konzertveranstaltungen.

Es zeigt sich, daß der Malteser Katastrophenschutz auf dem richtigen Weg ist: Mit der Umgestaltung seiner Einheiten, mit dem gezielten Neuaufbau von Einsatzgruppen (auch für den Katastrophenschutz) und mit der Verbesserung des Ausbildungsstandes der aktiven Helferschaft sichert er auch weiterhin die Handlungsfähigkeit als Hilfsorganisation.





Zukunftsorientierte Katastrophenforschung und -vorsorge

1. Einleitung

Das Nachdenken über eine zukunftsorientierte Katastrophenforschung und -vorsorge, erfordert zunächst eine Bestandsaufnahme des Stellenwertes der Thematik in Wissenschaft, Öffentlichkeit und bei den in Deutschland teilweise komplexen und plural ausgeprägten bzw. ausgerichteten Verantwortungsebenen und -trägern.

Zum einen sind Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge in Deutschland aufgrund föderaler Strukturen nicht einheitlich konzipiert. Bund und Länder überlassen in ihren Gesetzen die Organisationshoheit der Katastrophenvorsorge, den auf Kreisebene zuständigen Katastrophenschutzbehörden, die naturgemäß mehr an operativ-technischen, weniger an wissenschaftlichen Problemstellungen Interesse zeigen. Planung und Organisation der Katastrophenvorsorge werden in Deutschland derzeit nicht als zentrale Aufgabe des Staates begriffen. Instrumente für eine nationale Steuerung und Koordination der Katastrophenforschung und Katastrophenvorsorge existieren gegenwärtig nur in ersten Ansätzen. Katastrophenrelevante Teilaspekte sind auf verschiedene Ressortzuständigkeiten verteilt und berühren die Bereiche Inneres, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wirtschaft und Technologie, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Soziales, Bildung und Forschung bis hin zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Auswärtigem und Verteidigung.

Eine personelle, organisatorische, technische, ausbildungsmäßige, kommunikative, logistische und allokativer Integration von Elementen der Katastrophenvorsorge existiert derzeit ebensowenig wie eine integrative Gesetzgebung und Katastrophenforschung.

Vortrag von Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, ARKAT-Bundesvorsitzender (Braunschweig) anlässlich des IDNDR-Werkstattgespräches „Zukünftige Bedrohung durch (anthropogene) Naturkatastrophen“ am 30. April 1999 in Potsdam

2. Defizite der Katastrophenforschung und der Katastrophenvorsorge in Deutschland

Die Katastrophenvorsorge ist in Deutschland trotz Zunahme der Katastrophenanfälligkeit, Katastrophenschäden und -risiken personell, finanziell und institutionell aus Kostengründen mehr und mehr reduziert worden. Es ist dabei im Grunde nur schwer nachvollziehbar, daß die Katastrophenanfälligkeit in unserer Welt immer mehr zunimmt, aber politisches Denken und Handeln diesen Herausforderungen zu wenig folgt.

Defizite in der Katastrophenvorsorge bestehen heute vor allem in

- der Transparenz von Risikopotentialen,
- fehlender Interdisziplinarität in der Katastrophenforschung,
- mangelnder Integration und Vernetzung in der Katastrophenvorsorge,
- präventionsrelevanter Raum- und Regionalplanung,
- mangelnden Selbsthilfefähigkeiten, der Ausbildung,
- den Warnmöglichkeiten,
- der integrativen Führung, Logistik und Kommunikation sowie
- der Akzeptanz und Sensibilität in Staat und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund bedarf es notwendiger denn je einer die nationale und internationale Dimension der Katastrophenvorsorge transparent machenden und für konzeptionelle Zukunftslösungen beratend und impulsgebend wirkenden Insti-

tution, die dazu beiträgt, Staat und Gesellschaft für diese Aufgabe zu sensibilisieren. Dabei muß transdisziplinär auch die ökologische, soziale und volkswirtschaftliche Dimension der Katastrophenvorsorge im Sinne des Erhalts der nachhaltigen Zukunftsfähigkeit eines Landes stärker in Politik, Technik und Wissenschaft eingebracht werden können. Katastrophenvorsorge gehört zu den Kernaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung von Staaten und Gesellschaften. Im Sinne der in der Agenda 21 von der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro festgelegten Grundsätze sind die folgenden künftigen Aufgabenschwerpunkte in der Katastrophenvorsorge weiterhin notwendig:

- Bewertung der Katastrophenanfälligkeit,
- Nachhaltige globale Katastrophenvorbeugung (grenzüberschreitend),
- Beratung und Vermittlung von Informationen und Kontakten, die Katastrophenvorsorge betreffend,
- Entwicklung und Erprobung von Integrationslösungen, z. B. auf dem Gebiet der Selbsthilfe (Vernetzung mit öffentlicher, gemeinnütziger und betrieblicher Vorsorge),
- Vernetzung von Katastrophen- und Umweltschutz,
- Mobilisierung von Nutz- und Synergieeffekten,
- Aufbau einer interdisziplinären Katastrophenforschung,
- Durchführung von Seminaren, Workshops und Förderung des internationalen Erfahrungsaustausches, im Sinne der Einleitung symbiotischer Entwicklungsprozesse,
- Entwicklung neuer Schutz- und Vorsorgetechnologien und deren Transfer.

Die genannten Forschungs- und Dienstleistungsbereiche werden in Einzelaspekten zwar an einigen Universitäts- und Forschungsinstituten durchaus berührt. Ein ganzheitlicher Ansatz im Sinne einer integrierten

ven (interdisziplinären) Katastrophenforschung und -vorbeugung existiert aber nicht. Das Thema ist bisher auch bei keiner der nationalen forschungsfördernden Institutionen (DFG, BMBF, Stiftung Volkswagen,...) ein ausgewiesener Förder-schwerpunkt.

3. Interdisziplinäre Katastrophenforschung

Das deutsche IDNDR-Komitee hatte bereits 1993 im Bericht des Wissenschaftlichen Beirats bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft dazu aufgefordert, die gesamte Wirkungskette von den verursachenden natürlichen und anthropogenen Einflußfaktoren über die Wirkungen auf Bevölkerung, Infrastruktur, Sach- und Naturkapital(-inventar) bis hin zur Hilfeleistung und Linderung langandauernder negativer Folgen für Staaten und Gesellschaften interdisziplinär zu erforschen. Katastrophenforschung soll damit einen Beitrag im Sinne des von der internationalen Staatengemeinschaft formulierten gesellschaftlichen Oberziels „Nachhaltiger Entwicklung“ (sustainable development) leisten.

Während sich beispielsweise in den USA heute über 50 Organisationen und über 80 Universitäten, wissenschaftliche Zentren und international orientierte Institutionen der Katastrophenforschung widmen, nehmen sich auf diesem Gebiet nationale Aktivitäten eher bescheiden aus. Auch findet notwendiges interdisziplinär vernetztes Denken und Handeln in der Katastrophenvorsorge noch zu wenig statt.

Zu einzelnen Themenschwerpunkten, z. B. Katastrophenmedizin, Katastrophensoziologie und -psychologie sowie der allgemeinen Sicherheitsforschung (z. B. Brand- und Katastrophenbekämpfung, Notfallrettung etc.) sind in Einzelaspekten bzw. ereignisbezogen (Erdbeben, Vulkanismus, Stürme, Hochwasser und Sturmfluten etc.) zwar einschlägige Forschungen durchgeführt worden. Eine institutionell und interdisziplinären Aspekten Rechnung tragende integrative Katastrophenforschung existiert bisher nur in einigen wenigen Ansätzen.

Während das Bundesministerium des Innern und die dort angesiedelte Schutzkommission in den ver-

fassungsmäßig festgelegten Grenzen und Ressortzuständigkeiten sowie in Abstimmung mit den Ländern seine künftigen Forschungsaktivitäten (Fördervolumen: rd. 3 Millionen DM/Jahr) auf die Gebiete

- Baulicher Schutz
 - Physikalische Methoden zur schnellen Diagnose und Prognose in Gefahrenlagen
 - Strahlenwirkung, Diagnostik und Therapie
 - Katastrophenmedizin
 - Schutz vor den Risiken und Gefahren chemischer Katastrophen
 - Verhalten der Menschen in Katastrophensituationen
 - Krisenmanagementsysteme
 - Angewandte Technik im Zivil- und Katastrophenschutz und
 - Ausbildungswesen
- auszudehnen beabsichtigt, sucht man in weiteren Bundesressorts bisher vergebens nach Referaten bzw. Ansprechpartnern für den Bereich der Katastrophenvorsorge.

Die Erkenntnis, daß Schutzmaßnahmen für den Menschen und seine Umwelt vom Grundsatz her ganzheitlich zu betrachten sind, kennzeichnen eigentlich alle neueren internationalen Diskussionen. Es ist unter dieser Perspektive zu fragen, ob die zur Zeit noch vorgenommenen fachlichen Trennungen und Ressortzuständigkeiten für die Katastrophenvorsorge und den Umweltschutz, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Prävention noch sinnvoll sind.

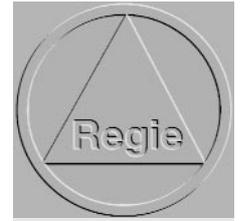
Integrative Katastrophenforschung ist a priori nur interdisziplinär möglich. Sie muß sich wie jede andere Interdisziplinarität, selbstverständlich auf Methoden und Ergebnissen der die Katastrophenforschung insgesamt berührenden Forschungsdisziplinen aufbauen. Sie ist darauf angewiesen, Expertenwissen aus den verschiedensten Praxis- und Wissenschaftsbereichen auszutauschen, um die überaus komplexen Beziehungsgefüge häufig additiv verlaufender Schadensereignisse ursachen- und wirkungsbezogen raumstrukturiert für die Katastrophenvorsorge und das Katastrophenmanagement indizieren, analysieren und bewerten zu können.

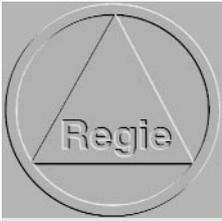
Wichtige methodische Bausteine und Grundlagen für eine Modellierung und Verknüpfung von katastrophenrelevanten Indikatoren und

Szenarien lassen sich häufig gleichsam synergetisch aus umweltwissenschaftlichen Forschungen ableiten, in dem man diese oder beispielsweise andere aus gesellschafts-, wirtschafts-, natur-, ingenieur-, oder organisationswissenschaftlichen Disziplinen bekannten Methoden und Systeme mit den katastrophenvorsorge relevanten Daten und Ressourcen in geeigneter Weise zusammenführt. D. h., die jeweiligen katastrophensystemaren Wechselwirkungen in ihrer raumstrukturellen Ausprägung schadens- und vorsorgebezogen transparent werden zu lassen. Integrative Katastrophenforschung darf sich dabei jedoch nicht allein auf eine disziplinübergreifende Adaption grundlagen- und anwendungsorientierter Wissenschaftsbereiche beschränken. Vielmehr müssen diese ausgehend von vorhandenen, die Katastrophenforschung berührenden Kernkompetenzen, z. B. auf den Gebieten der Umwelt-, Sozial-, Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, problem- und projektorientiert mit weiteren andernorts verfügbaren spezifischen Fachkompetenzen vernetzt werden können.

4. Zentren/Netzwerke der Katastrophenforschung

Das deutsche IDNDR-Komitee und andere Akteure haben in den vergangenen Jahren bereits einige wichtige Kooperationsfelder auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge fach- und institutionsübergreifend initiiert und hierzu auch mehrere Projekte definiert. Diese Kooperationen in wesentlichen Teilbereichen der Katastrophenvorsorge können dabei gleichsam als Nukleus für eine bessere und breitenwirksamere Vernetzung in diesem Bereich dienen. Das Erreichen von Synergieeffekten und das Entstehen fruchtbarer Kooperationsbeziehungen in der Katastrophenvorsorge ist teilweise jedoch noch immer vielfältigen Interessen-, Veränderungs- und vor allem Zuständigkeitsbarrieren ausgesetzt. Zum einen mangelte es bisher an einer geeigneten Koordinationsinstanz, die sich um eine ganzheitliche und vernetzte Sichtweise auch ernsthaft bemüht. Zum anderen behinderten allein funktional orientierte Strukturen und häufig eine mangelnde Methodenkompetenz das





Entstehen symbiontischer Austauschbeziehungen. Ein wirklich synergetischer Gesamtansatz in der Katastrophenvorsorge muß deshalb alle Dimensionen und Prozesse umfassen und mit dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung von Staaten und Gesellschaften konzeptionell auch verknüpft werden können.

Überlegungen, Kompetenzen auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge und Katastrophenforschung durch Aufbau von fach- und institutionsübergreifenden Zentren/Netzwerken effizienter zu bündeln erwachsen aus

- der gestiegenen Bedeutung der Katastrophenvorsorge im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung von Staaten und Gesellschaften,
- der in Deutschland völlig unterkomplexen Verankerung der Katastrophenvorsorge in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sowie
- der Notwendigkeit, die bisher verteilten Ressourcen in der Katastrophenvorsorge, insbesondere auf dem Gebiet der Katastrophenforschung besser zu vernetzen.

Diesen Vernetzungsprozeß versucht eine nunmehr vom deutschen IDNDR-Komitee in Auftrag gegebene Vorstudie national in Gang zu bringen. Gerade und vor allem auch, weil eine integrative und von ihrem Ansatz her interdisziplinäre Katastrophenvorsorge und -forschung in national und global immer enger zusammenwachsenden Lebenswelten für die Zukunftsfähigkeit von elementarer Bedeutung sein werden.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, daß sich auf internationaler Ebene bereits einige derartige Zentren bzw. Netzwerke im Aufbau oder in der Diskussion befinden. So in Großbritannien, wo kürzlich ein internationales Netzwerk für „Natural Hazards Disasters“ gegründet wurde. Von Schweizer Seite wird die Gründung eines „World Institute on Natural Disaster“ in Washington lanciert. Ebenso hat der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Jahrestgutachten 1998 die Gründung eines UN-Risk Assessment Panel, das ebenfalls als Netzwerk arbeiten soll, vorgeschlagen.

Als Aufgaben eines fach- und institutionsübergreifenden interdiszi-

plinären Netzwerkes der Katastrophenvorsorge und -forschung kommen - in Abhängigkeit vom Bedarf, von bereits vorhandenen Vernetzungsansätzen, von den institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Standortes und den verfügbaren finanziellen Ressourcen -u. a. vorzüglich in Betracht:

- Informationsmanagement (Archivierung und Bereitstellung katastrophenrelevanter Daten),
- Raumstrukturelle Aufarbeitung der Daten für Zwecke der Katastrophenhilfe und Katastrophenmanagement oder sonstige operative und wissenschaftliche Zwecke,
- Durchführung von interdisziplinären Auftragsforschungen für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie für die Privatwirtschaft,
- Konzipieren, Durchführen und Projektträgerschaft von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen

Ein solches nicht nur auf Naturkatastrophen zu beschränkendes Netzwerk sollte sich zudem sowohl mit der Vorbereitung der von deutschen Organisationen zu leistenden internationalen Katastrophenhilfe wie dem Aufbau von Katastrophenvorsorgestrukturen in Entwicklungs- und Transformationsländern befassen. Es muß damit gerechnet werden, daß die internationale Katastrophenhilfe Deutschlands in Zukunft noch weiter zunehmen wird. Der Bedarf, diese Hilfe und die Vorsorge- und Transformationsmaßnahmen besser zu strukturieren und zu vernetzen, ist nach Auffassung von Experten in den folgenden wichtigen Bereichen gegeben:

- Raumstrukturierte Bewertung von Katastrophenrisiken,
- Warnung vor Katastrophen,
- Aufbau von Katastrophenschutzorganisationen (Organisation der akuten und längerfristigen Nothilfe: Rettung, Bergung, Evakuierung, Notversorgung),
- Flüchtlingshilfe.

Es würde sich dabei also auch um eine Institution handeln, die die Aktivitäten des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe beim Auswärtigen Amt und der entwicklungspolitischen Organisationen sowie der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz in sinnvoller Weise unterstützen könnte.

Katastrophen machen vor Länder- und Verwaltungsgrenzen keinen Halt. Katastrophenforschung ist daher von ihrem Gegenstand her international (global) angelegt. Angesichts der verschwimmenden Grenze zwischen Natur- und Zivilisationskatastrophen (Beispiel: Klimawandel) gilt dies in zunehmendem Maße. Da Katastrophen Komplexe aus der Triade „Ereignis - Schadenspotential - Bewältigungspotential“ darstellen, erfordern diese über Vulnerabilitätsanalysen den internationalen Vergleich. Nationale Netzwerke der Katastrophenvorsorge und -forschung erfordern deshalb von vornherein eine interorganisatorische Vernetzung, damit diese bedarfsweise grenzüberschreitend aktiviert und die im internationalen Netzwerk verteilten Ressourcen arbeitsteilig und dynamisch verbunden werden können.

5. Zusammenfassung

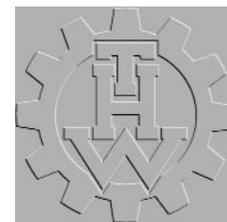
Der Aufbau einer integrativen (interdisziplinären) Katastrophenvorsorge und -forschung macht das flexible Zusammenwirken unterschiedlicher Fachdisziplinen erforderlich. In den entstehenden Netzwerken können durch neue Mechanismen für das Projektmanagement und den Austausch von Informationen erhebliche Innovationspotentiale freigesetzt und durch temporär wandlungsfähige Organisationsformen zur Lösung hochkomplexer Problemstellungen in der Katastrophenvorsorge beigetragen werden. Durch Vernetzung über Länder-, Institutions-, Kapazitäts- und Wissensgrenzen hinaus lassen sich die Aktivitäten auf die gemeinsamen Ziele ausrichten und durch Selbstabstimmung koordinieren. Durch den Aufbau eines Netzwerkes für die Katastrophenvorsorge und -forschung sollen relevante Wissensquellen stufenweise dezentral zusammengeführt, verdichtet und gegebenenfalls flexibel erweitert werden können.

Schrifttum:

Lass, W., Reusswig, F., Kühn, K.-D. (1998): Katastrophenanfälligkeit und „Nachhaltige Entwicklung“. Ein Indikatorensystem für Deutschland. Pilotstudie (Deutsche IDNDR-Reihe 14), Bonn

Kühn, K.-D., Reusswig, F. (1999): Katastrophennetzwerke (Vorstudie im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees)

Albanien profitiert vom Kosovo-Flüchtlingsstrom



„Polizei und Militär kamen bewaffnet und haben unser Dorf mit 2.000 Einwohnern umstellt. Sie haben unsere Dokumente zerrissen und schließlich die Häuser in Brand gesteckt. Wer sein Geld nicht freiwillig herausrückte, dem haben sie das Gewehr an die Schläfe gesetzt.“ Geduldig hörte sich Otto Schily im albanischen Lager Spitalle unweit der Hafenstadt Durres die schrecklichen Erlebnisse des Familienvaters an, obwohl ähnliche Schicksale der Vertriebenen aus dem Kosovo bekannt sind. Der Besuch des Bundesinnenministers galt dann auch vor allem der Organisation von Flüchtlingscamps. Und da steht es nicht überall zum besten.

„Es muß der Wille und die Hoffnung bei den Vertriebenen erhalten bleiben, daß sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zurückkehren können. Aus diesem Grund ist die Hilfe vor Ort die angemessene“, hält Schily grundsätzlich fest. Evakuierung nach Westeuropa müsse die Ausnahme bleiben. Doch die Zeltstadt Spitalle mit inzwischen rund 6.000 Kosovo-Flüchtlings, die die humanitären Organisationen Care, Technisches Hilfswerk (THW), Schweizer Katastrophenhilfekorps (SKH) und Frankreichs Malteser Hilfsdienst gemeinsam betreuen, liegt keineswegs ideal.

Der muffige Qualm einer benachbarten brennenden Müllkippe weht dem Minister bei seiner Ankunft um die Nase. Einen etwas besseren Platz hätte man schon bereitstellen können, moniert der deutsche Minister. So fordert er den anwesenden Präfekten der Region auf, zumindest die Ursache des Gestanks einzudämmen.

Albanien hat zwar viel freien Raum, doch die Suche nach einem geeigneten Areal für die inzwischen annähernd eine halbe Million Kosovo-Flüchtlings gleicht trotzdem der einer Stecknadel im sprichwörtlichen Heuhaufen. „Wir haben 80 Plätze aus einer Liste der Regierung

Bundesinnenminister Otto Schily läßt sich von THW-Regional-Manager Klaus Buchmüller die Arbeiten im Flüchtlingslager Cegrane (Mazedonien) erklären.

(Foto: Winterfeldt)



unter die Lupe genommen“, erklärt der stellvertretende THW-Einsatzsachleiter in Albanien, Gerold Reichenbach. Unter dem Strich als brauchbar seien gerade mal vier übrig geblieben. „Wasserprobleme“ oder „felsiger Untergrund“ heißt es bereits in den Anmerkungen auf der Liste verfügbarer Areale aus Staatsbesitz. „Wer wird schon in einer kontaminierten Industriebrache ein Flüchtlingslager aufschlagen“, gibt Reichenbach zu bedenken.

Angesichts der mangelhaften Unterstützung durch die zuständigen albanischen Regierungsressorts schauen sich die neun Architekten und Bauingenieure der THW-Task Force Albania selber in der Hauptstadt Tirana sowie Umgebung nach geeigneten Objekten für kleinere oder größere Flüchtlingsheime um. Skizzen und Pläne an den Wänden des THW-Office belegen, daß die eigenen Erkundungen erfolgreich waren. In einer ehemaligen Kaserne, einer Techniker-Schule oder einer halb leerstehenden Fabrik beispielsweise lassen sich durchaus Kosovo-Vertriebene unterbringen. Allerdings sind die Gebäude zumeist derart marode, daß praktisch alle Installationen wie Elektroleitungen und Wasser-/Abwasserrohre erneuert werden müssen. Oft sind auch Türen und Fenster einzusetzen, Zwischenwände zu ziehen oder die Sanitäranlagen auszubauen.

Mit diesen Aufgaben hat das THW zweifellos im Auslandseinsatz ein zweites Feld neben dem klassischen Bild des Helfers bei Katastrophen oder größeren Unglücken. Der humanitäre Auftrag bleibt unter zweierlei Aspekten. Kosovo-Flüchtlings erhalten eine wetterfeste vorübergehende Bleibe. Gleichzeitig wird auch Entwicklungshilfe geleistet. „Das THW investiert in die Gebäude, solange der UNHCR-Flüchtlingsstatus besteht und drei Monate Zeit zur Rückkehr darüber hinaus“, erläutert Dipl.-Ing. Rudi Scharl die Voraussetzungen. Anschließend kann der jeweilige Besitzer von den baulichen Verbesserungen profitieren. Da viele Aufträge von albanischen Firmen ausgeführt werden, erhält auch die einheimische Wirtschaft Beschäftigungsimpulse. Scharl: „Allein für die Arbeiten in der Techniker-Schule hat das THW Aufträge über mehr als 100.000 DM an nationale Betriebe vergeben.“

Verschiedene Bürgermeister haben inzwischen den Dreh heraus, wie die mangelhafte Infrastruktur ihrer Orte kostengünstig beseitigt werden kann. Sie sagen ja zu Kosovo-Flüchtlings in der Gemeinde, machen aber neue Stromleitungen sowie Ver- und Entsorgungsnetze zur Bedingung.

Horst Engelhard

Feuerwehr übt für Tunnelbrände

Eine positive Bilanz haben die Verantwortlichen des neuen Zentrums für Brandschutz- und Rettungsdiensttraining „Risc Ruhr Dortmund“ nach den ersten Betriebsmonaten gezogen. Das neue Zentrum, das in seiner Art bundesweit einmalig ist, ermöglicht die Ausbildung von Feuerwehrleuten und anderen Rettungskräften unter realistischen Bedingungen. Einer der Schwerpunkte ist dabei die Bekämpfung von Tunnelbränden - ein Thema, das angesichts der jüngsten Tunnelkatastrophen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist.

In einem Teilbereich des Zentrums haben bereits die ersten Lehrgänge stattgefunden. Die Feuerwehrleute und Rettungskräfte müssen dabei im wahrsten Sinn des Wortes „durchs Feuer“ gehen. Im unterirdischen Brandtunnel werden sie Feuer, Rauch und Brandgasen ausgesetzt und trainieren hier Orientierung, Rettung und Löschangriff in engen und verrauchten Räumen. Verschiedene technische Einrichtungen ermöglichen die realitätsnahe Simulation diverser Brandsituationen, darunter auch den berüchtigten „Flash-Over“, eine Feuerwalze, die durch das explosionsartige Durchzünden von Rauchgasen, zum Beispiel bei Bränden in geschlossenen Räumen entsteht. Zusätzlich werden spezielle Trainingskurse für Flughäfen, Schiffs- und Industriebrände angeboten.

Freie Fahrt für Ehrenamtliche

Mercedes-Benz Deutschland hat jetzt für eine wichtige Kundengruppe und für eine gute Sache „Feuer gefangen“. Ab sofort stehen den 16 Vorsit-

DFV-Präsident Gerald Schäuble und Manfred Hommel als Vertreter von Mercedes-Benz bei der symbolischen Schlüsselübergabe in Berlin.

(Foto: DaimlerChrysler)



zenden der Bundes- und Landesverbände der deutschen Feuerwehren für ein Jahr lang kostenlos neue Mercedes-Benz C-Klasse T-Modelle zur freien Verfügung. „Damit wollen wir die Tätigkeit und den Einsatz der Ehrenamtlichen für ihren Berufsstand, aber auch für alle unsere Mitbürger anerkennen und unterstützen“, erklärte Manfred Hommel, Leiter des Sonderfahrzeugbereichs von Mercedes-Benz Deutschland. Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Gerald Schäuble, Bonn, bedankte sich im Rahmen der kleinen Feierstunde für den „großen Beitrag, den diese Hilfe zur Entlastung des Budgets für unsere tägliche Arbeit im Rahmen von Rettung, Brandbekämpfung und technischer Hilfeleistung bedeutet“. Zur Übernahme der mit Martinshorn und Blaulicht ausgerüsteten Mercedes-Benz C 200 T-Modelle waren Ende April Delegationen aus ganz Deutschland nach Berlin angereist.

Rettungshubschrauber: Eine stolze Bilanz

60 000 mal brachten bundesdeutsche Rettungshubschrauber im vorigen Jahr schnelle ärztliche Hilfe aus der Luft. Die fliegenden Notärzte versorgten dabei 53 300 Patienten bei schweren Erkrankun-

gen und nach Unfällen im Verkehr, am Arbeitsplatz oder zu Hause. Wie aus der jetzt vom ADAC vorgelegten Einsatzstatistik hervorgeht, leisteten 1998 die Rettungshubschrauber 3,8 Prozent mehr Einsätze als im Vorjahr.

Pro Tag rückten die an den 51 Stützpunkten stationierten Hubschrauber durchschnittlich 164 mal zu Noteinsätzen aus. Untersuchungen haben ergeben, daß bei zehn bis 15 Prozent aller Flüge unmittelbar Menschenleben gerettet wurden. Über 20 Patienten verdanken somit täglich den Hubschrauberbesatzungen ihr Leben.

Das flächendeckende deutsche Luftrettungsnetz ist weltweit beispielhaft. Es besteht aus 18 Stationen der gemeinnützigen ADAC-Luftrettung GmbH, der Katastrophenschutz betreibt 16, die Deutsche Rettungsflugwacht elf, die Bundeswehr fünf und die Internationale Flugambulanz eine Station.

Seit dem vom ADAC initiierten Start der Luftrettung im Jahr 1970 sind in der Bundesrepublik Rettungshubschrauber zu insgesamt 850.000 Rettungsflügen abgehoben. Mehr als 740.000 Menschen erhielten auf diesem Weg schnellstmögliche Erste Hilfe. 95 Prozent der Bevölkerung können im Notfall ärztliche Rettung per Helikopter erhalten. Rettungshubschrauber sind für jedermann da und über Notruf 112 beziehungsweise 110 zu erreichen.

In Würzburg brennt es bald täglich

„Damit Floriansjünger ihre breit gefächerten und gefährlichen Aufgaben bewältigen können, ist eine realitätsnahe praktische Ausbildung nötig. Der Neubau der mit modernster Technik ausgestatteten Brandübungsanlage an der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg kann die praktische Vorbereitung auf den Dienst maßgeblich verbessern“, freute sich Innenminister Dr. Günther Beckstein über den kürzlich begonnenen Bau des rund 5,3 Millionen DM teuren Projekts. Die erste Übungsanlage für Feuerwehren mit modernster Brandsimulationstechnik in Bayern soll noch 1999 fertig werden.

Das Übungshaus soll nach einem Probebetrieb ab dem Ausbildungsjahr 2000 für die praktischen Schulungen und Übungen eingesetzt werden. Durch die eingebaute Brandsimulationsanlage, dem „Herz“ des Projekts, entsteht in den Brandräumen eine realistische Wärme-, Flammen- und Rauchentwicklung. Dort läßt sich das Vorgehen der Einsatzkräfte zum Löschen von Bränden und bei der Personensuche und Rettung unter realen Temperatur- und Sichtbedingungen optimal üben.

„Wenn sich die Anlage in der Praxis bewährt, werden wir die daraus gewonnenen Erkenntnisse für Planung und Bau weiterer Feuerwehrrübungshäuser an den beiden anderen bayerischen Feuerweherschulen nutzen“, kündigte Beckstein an.

BZS-Sportgemeinschaft steigt auf

Ohne Rückrundenniederlage ist die Tischtennismannschaft des Bundesamts für Zi-

vilschutz (BZS) in die höchste Betriebssportklasse T1 aufgestiegen und wird in der nächsten Saison versuchen, dort einen Platz im gesicherten Mittelfeld zu erspielen.

Die Betriebssportgemeinschaft ist ein Zusammenschluß von drei Behörden, so daß in den jeweiligen Mannschaften Spieler des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesamts für Zivilschutz ein Team bilden.

In der erfolgreichen Mannschaft BZS 1 spielten im oberen Paarkreuz Carsten Ibel (BMFSFJ) und Markus Möller (BZS), sowie im unteren Paarkreuz die Spieler Michael Janta (BMFSFJ) und Dr. Willy Marzi (BZS).

25. DRF-Hubschrauber in Dienst gestellt

Am 18. Mai hat Siegfried Steiger, Präsident der Deutschen Rettungsflugwacht e. V. (DRF), in Stuttgart den 25. Hubschrauber der DRF offiziell in Dienst gestellt.

Der Intensivtransporthubschrauber vom Typ BK 117 wird im Bereich der Notfallrettung als schneller Notarztzubringer und als Transportmittel für Notfallpatienten auf dem Weg ins Krankenhaus eingesetzt. Darüber hinaus eignet sich der mit einem Notarzt und einem Rettungsassistenten

besetzte Hubschrauber als sicheres und schonendes Transportmittel für die Verlegung von Patienten zwischen Kliniken. An Bord befinden sich dazu alle medizintechnischen Geräte, die für die Versorgung und Überwachung von Intensivpatienten notwendig sind.

Bundesweit hält die DRF an insgesamt 18 Luftrettungszentren Hubschrauber für die Notfallrettung bereit. Im 27. Jahr ihres Bestehens führte die DRF 1998 insgesamt 17.792 Einsätze zur Rettung von Menschenleben durch. Zu den einsatzstärksten Stationen zählten dabei Göttingen, Karlsruhe, Leonberg, Nürnberg, Ochsenfurt, Rendsburg, Villingen-Schwenningen und Zwickau mit jeweils über tausend Einsätzen.

Ausland: ADAC half 395.000 mal

Die Zahl der Urlaubsreisen ist im vergangenen Jahr um 1,2 auf 63,4 Millionen gestiegen, am meisten profitiert haben davon ausländische Ziele: Sieben von zehn Deutschen passierten für die schönste Zeit des Jahres die Grenzen. Allerdings nicht immer mit dem gewünschten Ergebnis, wie die Bilanz der 15 ADAC-Auslands-Notrufstationen zeigt: Annähernd 395.000 Urlauber benötigten die Hilfe des Automobilclubs, das sind 25 Prozent mehr als noch 1997.

Die ADAC-Stützpunkte sind das ganze Jahr über besetzt. Daneben ist die Münchner

Bei der Bordbuchübergabe (v. rechts): DRF-Präsident Siegfried Steiger, Pilot Michael Klippert und der Stuttgarter Regierungsvizepräsident Dr. Horst Rapp.

(Foto: DRF)





Hier helfen die ADAC-Notrufstationen

Niederlande (0592) 390 560	Schweden (00945) 794 24285	Dänemark 79 42 42 85	Tschech. Rep. (02) 61 10 43 51/52	Polen (022) 6 22 20 60
USA/Kanada 1-888-222-1373	Österreich (01) 9 85 69 66	Frankreich 04 72 17 12 22	Spanien 935 08 28 28 915 93 00 41	Portugal (00 34) 935 08 28 08
Italien 02 66 15 91	Griechenland (01) 9 60 12 66	Türkei (0212) 2 88 71 90	Zypern (griech. Teil) (00301) 9 60 12 66	Mazedonien (99 38 111) 42 27 07
				Jugoslawien (011) 42 27 07 (011) 42 28 01
				Kroatien (01) 363 66 66 (01) 363 60 00
				Slowenien (00 3851) 363 65 00
				Rumänien (01) 2 23 45 25
				Ungarn (061) 212 51 67
				Slowakei (004202) 61 10 43 51

ADAC Infogramm

ADAC-Notrufzentrale unter der Telefonnummer 22 22 22 ebenfalls 365 Tage im Jahr erreichbar. Sie organisiert weltweit alle nötigen Hilfeleistungen.

Atombombe auf Bonn simuliert

Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnete am 22. Mai im Berliner Gropius-Bau eine Ausstellung unter dem Titel „Einigkeit und Recht und Freiheit - Wege der Deutschen 1949-1999“.

Auf zwei Etagen werden 6.000 Objekte aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Alltag beider deutscher Staaten gezeigt. Aus Zivilschutz-Sicht ist neben verschiedenen Zivilschutzgeräten ein rund fünf Quadratmeter großer Ausschnitt des aus den 60er Jahren stammenden und insgesamt 36 Quadratmeter großen „Modells Bonn“ besonders interes-

sant. Hier wird im Detail gezeigt, was hätte passieren können, wenn eine zwei Kilotonnen starke Atombombe über der Kennedy-Brücke detoniert wäre. Die Ausstellung ist noch bis 3. Oktober 1999 geöffnet.

Wieder Hochwasser – diesmal in Bayern

Nach der Oder im Osten, Rhein und Mosel im Westen war es diesmal die Donau mit ihren Nebenflüssen im Süden der Bundesrepublik, die über die Ufer trat, Dämme brechen ließ und weite Landstriche überschwemmte. Leider waren in diesem Fall auch Menschenleben zu beklagen.

Die Chronologie

Heftige Regenfälle am Alpenrand und Schneeschmelze führen ab Freitag (21. Mai) zu Hochwasser in Südbayern.

Vier Landkreise - Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Landsberg am Lech und Oberallgäu stellen im Laufe des Freitags bzw. Samstags (22. Mai) den Katastrophenfall fest. Mehrere tausend Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Sanitätsorganisationen, Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Technischem Hilfswerk, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz sind im Einsatz. Mehrere Städte, unter anderem Garmisch-Partenkirchen und Sonthofen, sind von den Verkehrsverbindungen abgeschnitten. Zwei Personen sterben in ihren überfluteten Kellern.

Bis zum Sonntag (23. Mai 1999) weitet sich die Lage so aus, daß auch die Kreise Neu-Ulm, Donau-Ries, Augsburg, Fürstfeldbruck und Neuburg-Schrobenhausen den Katastrophenfall feststellen müssen. Die Iller hat verschiedene Wohnbereiche überflutet, die Wertach hat nach einem Dammbruch Teile von Augsburg unter Wasser gesetzt, auch der Lech hat Wohngebiete

te von Augsburg überschwemmt. Der Paar hat gleiches in seinem Verlauf gemacht. Ein 19jähriger wird in der Vils vermißt.

Am Montag (24. Mai 1999) muß die Stadt Regensburg den K-Fall feststellen. Die Donau weist Abflüsse auf, die im Mittel nur alle 100 Jahre erreicht werden. In Neustadt ist der Donaudamm gebrochen, Ortsteile von Neustadt und Bad Gögging sind überflutet. Ebenfalls überflutet sind inzwischen Teile der Stadt Regensburg. Während die Kreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau, Oberallgäu, Neu-Ulm und Donau-Ries sowie die Stadt Augsburg den K-Alarm aufheben können, bleibt er für Landsberg am Lech, Eichstätt, Fürstenfeldbruck, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt, Regensburg, Pfaffenhofen und Kelheim bestehen bzw. muß für diese Kreise festgestellt werden.

Auch am Dienstag (25. Mai 1999) geht der Kampf gegen das Hochwasser weiter. Die Zahl der Toten ist auf vier angestiegen. Sieben Landkreise bzw. Städte haben noch K-Alarm (Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen, Fürstenfeldbruck, Ingolstadt, Regensburg, Pfaffenhofen und Kelheim). Der Pegel in Kelheim zeigt die Marke eines hundertjährigen Hochwassers.

Am späten Dienstag bzw. in den Morgenstunden des Mittwochs (26. Mai 1999) führt ein Dammbruch an der Amper dazu, daß auch der Landkreis Freising den K-Fall feststellen muß. Gleiches gilt schließlich auch für die Stadt Passau, in der der Inn den Pegel deutlich anschwellen läßt. Bei Moosburg bemühen sich örtliche Kräfte mit Unterstützung durch die Bundeswehr und Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes, Schäden am Damm der Amper zu begrenzen. Im Laufe des Nachmittags gibt es für Regensburg, Pfaffenhofen und Eichstätt Entwarnung, später auch für Ingolstadt und Fürstenfeldbruck. Die Zahl der Toten hat

sich auf fünf erhöht, eine Person wird weiterhin vermißt.

Allmählich beruhigt sich die Hochwasserlage. Am Donnerstag (27. Mai 1999) ist der Katastrophenfall nur noch für die Landkreise Kelheim und Freising sowie die Stadt Passau festgestellt. In Passau ist der Pegel vom Höchststand mit 9,30 m inzwischen auf 8,70 m gesunken.

Am Freitag (28. Mai 1999), eine Woche nach Beginn der Katastrophe, kann schließlich auch für den Kreis Freising und die Stadt Passau der Katastrophenfall aufgehoben werden. In und um Passau sind allerdings trotz sinkender Pegel noch Teile der Altstadt und der Flugplatz Vilshofen überflutet. Die Lage klärt sich aber im Tagesverlauf zusehends.

Die Bilanz

Noch ist es zu früh, genau Bilanz zu ziehen. Schäden in Land- und Forstwirtschaft, an Einrichtungen der Infrastruktur, an Häusern und Wohnungen, an privatem und öffentlichem Eigentum werden enorm sein. Derzeit ist von einer Milliardensumme die Rede. Entschädigung aus Steuergeldern spielt sich im einstelligen Prozentbereich ab. Versicherungen, die wie im Osten der Republik beim Oderhochwasser einspringen müssen, gibt es im Westen nicht (s. auch Kommentar 2. Umschlagseite).

Die Einsätze erstreckten sich über mehrere Tage. Noch sind die Helferstunden nicht gezählt. Wochenlang, wie an der Oder, war zum Glück niemand betroffen. Trotzdem sind derartige Einsätze mit ehrenamtlichen Helfern allein nicht zu schaffen. Die Unterstützung durch Bundeswehr und Bundesgrenzschutz war insbesondere auch wegen der Transportmöglichkeiten zu Lande und in der Luft erforderlich und wurde gerne angenommen.

Seminare „Veterinärverwaltung“ an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz (AkNZ) führt im Herbst zwei Seminare für Veterinärmediziner durch, die in der Fachverwaltung sowie in sonstigen Bereichen der Lebensmittelversorgung tätig sind.

Die Seminare, die in Bad Neuenahr-Ahrweiler stattfinden, informieren einfürend über die Aufgaben der Veterinärverwaltung im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes der Bundesrepublik.

Weitere Themen sind die länderübergreifende Koordination bei Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung am Beispiel des Bundesmaßnahmenkataloges, die Tierseuchenbekämpfung auf Kreisebene sowie die EDV-Unterstützung in derartigen Situationen.

Ziel der Seminare ist die Bearbeitung von besonderen veterinärmedizinischen und -technischen Problemen im Rahmen der Versorgung der Bevölkerung und des Tierseuchenschutzes.

Termine:

Veranstaltungs-Nr. 37-5 vom 13. bis 14. September 1999

Veranstaltungs-Nr. 44-4 vom 02. bis 03. November 1999

Anmeldung: Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im BZS, Ramersbacher Straße 95, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon (0 26 41) 381 - 220 (Lehrgangsbüro, Frau Dörnen) - (0 26 41) 381 - 258 (Seminarleitung, Frau Dr. Friedrich)

Fax: (0 26 41) 381 - 218
eMail: AkNZ-Ahrweiler@t-online.de

Termine

14.-16. Oktober 1999: Fachmesse „Florian 99“
Ort: Erfurt
Info: Ortec Messe Dresden GmbH, Bertold-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden

16. Oktober 1999: Gemeinsame Fachtagung des Sozialministeriums Baden-Württemberg und der Deutschen Rettungsflugwacht e. V. „Experten zum Thema Gefahrgutunfälle“
Ort: Stuttgart
Info: Tagungsbüro, Echterdinger Straße 89, 70794 Filderstadt

19.-21. Oktober 1999 (Terminänderung): Messe für Sicherheitstechnik „Security“
Ort: Amsterdam (NL)
Info: Royal Dutch Jaarbeurs, Jaarbeursplein, NL-3521 Utrecht

4.-6. Mai 2000: Trauma Care 2000
Ort: Mainz
Info: Klinik für Anästhesiologie, Universität Mainz, 55101 Mainz

5.-7. Mai 2000: 125 Jahre Berufsfeuerwehr Nürnberg
Info: Stadt Nürnberg, Feuerwehr, Regenstraße 4, 90317 Nürnberg

16.-18. Juni 2000: Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren
Ort: Augsburg
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

20.-25. Juni 2000: Interschutz / 27. Deutscher Feuerwehrtag
Ort: Augsburg
Info: Organisationsbüro, Berliner Allee 30, 86153 Augsburg

23.-30. September 2000: 58. IAA Nutzfahrzeuge
Ort: Frankfurt am Main
Info: VDA, Postfach 17 05 63, 60079 Frankfurt

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Auergesellschaft GmbH, Postfach 620, 12006 Berlin: Das Lehrgangsprogramm zu den Lehrgängen und Seminaren 1999 kann angefordert werden.

Brandschutz- und Katastrophenschutzschule, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge: Die Lehrgangspläne für das 2. Halbjahr 1999 für die Feuerwehrausbildung sowie die Lehrgänge des Bildungszentrums Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt können angefordert werden.

Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V., Info: Sekretariat der Unfallchirurgischen Klinik Westend, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin: 10. Jahrestagung am 23.-24.10.1999.

FeuerTRUTZ GmbH, Kanalstraße 24, 82515 Wolfratshausen: 1999 werden mehrere Brandschutzseminare angeboten, Programme können angefordert werden.

Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh: 27.-29.9., 8.-10.10.: Brandschutz-Seminare.

mic information center, Postfach 1752, 86887 Landsberg: 22.-24.9.: Spezialseminare für Gefahrgut-Experten, 25.-27.10.: 6. Münchner Umwelt-Tage, 23.-25.11.: Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz, 24.-26.11.: 15. Münchner Gefahrgut-Tage.

SAFE-TEC GmbH, Novesiastraße 56, 41564 Kaarst: 6.-7.9.: Betrieblicher Notfall-Koordinator, 8.9.: Brandschutztechnische Unterweisung für Beschäftigte.

Technische Akademie Wuppertal e.V., 42097 Wuppertal: 20.10. Seminar Brandschutz in Gemeinden.

Total Feuerschutz GmbH; Industriestraße 13, 68526 Ladenburg: Der Lehrgangsplan für die Brandschutz-Ausbildung kann angefordert werden.

VdS Schadenverhütung, Schulung und Information, Pasteurstraße 17a, 50735 Köln: 2.9.: Kongreß „Brandschutz in Krankenhäusern - Sicherheit als Unternehmensziel“

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesamt für Zivilschutz
Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:
Hans-Walter Roth
Telefon (02 28) 940 - 1100
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:
Paul Claes
Telefon (02 28) 940 - 1164
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

Heute: Notstromaggregat (NAG 61 kVA), THW

Mobile Notstromaggregate (NAG) sind seit langem bei den Einheiten des Katastrophenschutzes, vor allem jedoch beim Technischen Hilfswerk (THW) in unterschiedlichen Größenordnungen im Einsatz. Die Anhängfahrzeuge - es gibt beim THW und bei der Feuerwehr auch einige auf Motorfahrzeugen fest verlastete NAG - dienen zur vorübergehenden Versorgung wichtiger Einrichtungen beziehungsweise der Einsatzstellen mit Energie. Auch die beim THW neu aufgestellten Fachgruppen Elektroversorgung (FGr E) sind mit sogenannten „Netzersatzanlage-Anhängern“ (Anh. NEA, 175 kVA) ausgestattet.

Das Modell

Das hier gezeigte Grundmodell eines Polyma-Notstromaggregates (61 kVA) stammt aus der Polyurethan-Produktion eines Kleinserien-Herstellers. Es wurde als Bausatz geliefert, von dem jedoch nur der Aufbau genutzt wurde. Das Modell (Maße Aufbau: 4,5 cm Länge, 2,3 cm Breite, 2,5 cm Höhe) erhielt ein neues Fahrgestell (Leichter Lkw-Anhänger, z.B. der Firma Brekina, Nr. 5525) einschließlich Reifen und Anhängedeichsel. Zusätzlich angebracht werden auf dem Aufbaudach ein Ablüfter sowie am Aufbau vorn (unterer Rand) zwei Radkeile (Roco-Zubehöerteile). An der Deichsel werden die beiden Versorgungsleitungen mit dünnen Feuerwehrschräuchen (aus dem Preiser-Programm) imitiert. Die heckseitige Sichtscheibe muß mit einer Aggre-



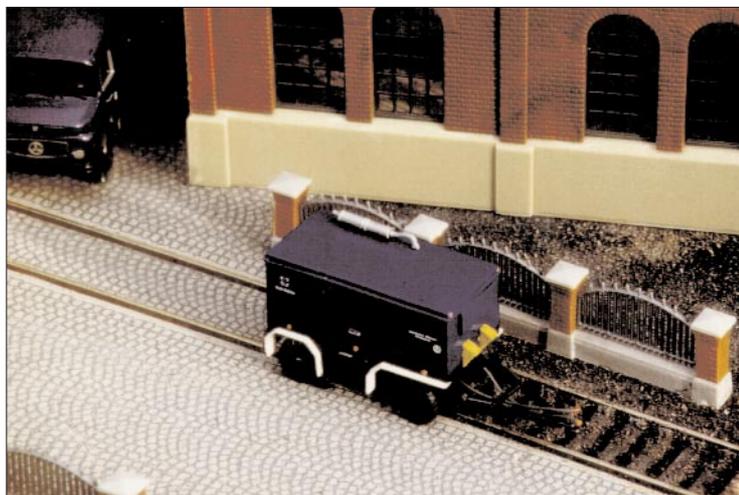
61-kVA-Aggregat des THW-Ortsverbands Erlangen von Polyma. Zur Beachtung: heckseitige Sichtscheibe, Reflektoren.

gat-Imitation (Preiser, Roco oder Herpa-Zubehör) hinterlegt werden.

Der Polyurethan-Aufbau des Grundmodells wird dann zunächst sorgfältig versäubert, geschliffen und farbgrundiert. Danach erfolgt die vorbildgerechte Lackierung in RAL 5002 (THW-Blau im oberen Bereich, schwarz im unteren Fahrgestellbereich). Die Rad-

ausschnitte erhalten eine weiße Farbgebung, der Lüfter (Auspuß) alufarben, die Radkeile gelb.

Im Detail erfolgt die Farbgebung zudem wie folgt: Fachgriffe silber, Reflektoren orange, Rückleuchten rot, Schlauchkupplungen an der Deichsel rot und gelb. Zur Beschriftung werden THW-Sets von Müller oder Preiser verwendet.



Das Polyma-NAG im Modell.



Zur logistischen Versorgung der von Mazedonien aufgenommenen Kosovo-Vertriebenen und zum Aufbau weiterer Lager hat Bundesinnenminister Otto Schily zehn fabrikneue Lkw im Wert von 1,1 Mio DM zur Verfügung gestellt. Die Fahrzeuge, wie sie vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS) zur ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes beschafft werden, sind beladen mit jeweils fünf Katastrophenschutzzelten und einem Notstromaggregat. Außerdem erhielt Mazedonien 20 gebrauchte Krankentransport-Fahrzeuge vom Typ Ford-Transit.

Eine symbolischen Schlüsselübergabe an den mazedonischen Botschafter Dr. Srgjan Kerim fand im Auslieferungslager des BZS in Bonn statt. Dabei betonte Minister Schily vor geladenen Gästen und Medienvertretern, daß die Unterstützung von Albanien und Mazedonien bei der Aufnahme und Unterbringung der Menschen in der Region im Vordergrund der deutschen Hilfe für Kosovo-Vertriebene stehe. Sowohl in Albanien wie auch in Mazedonien helfe Deutschland bei der Versorgung der Vertriebenen in erheblichem Maße.

Botschafter Dr. Kerim bedankte sich für die Hilfsbereitschaft gegenüber Mazedonien. Es sei für sein Land nicht einfach, derart viele Flüchtlinge ordentlich unterzubringen und zu versorgen, ohne Hilfe anderer Staaten in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der aufgenommenen Kosovo-Vertriebenen entspräche derzeit 14 Prozent der Bevölkerung seines Landes, sagte Dr. Kerim (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).
(Fotos: Hilberath)